

Geschichte des Jahres 1848. Ein Gedenkbuch für das deutsche ...

Eduard Brinckmeier



Geschichte des Jahres

1848.



ERZHERZOG JOHANN.



Geschichte des Jahres
1848.

Ein Gedenkbuch
für
das deutsche Volk.

Von

Eduard Brinckmeier.

Mit 6 Portraits.

Braunschweig,
Verlagsbuchhandlung von Oehme & Müller.
1849.

Nachdem seit Jahrtausenden sogar der Gedanke an die ursprüngliche Gleichheit der Menschen vergessen, und die Gegenüberstellung von Herren und Knechten eine so unantastbare geworden war, daß selbst die freie christliche Unterordnung, um Gottes willen, zu einer Rechtspflicht gestempelt und auch durch den empörendsten Mißbrauch nur einzelne vorübergehende Zuckungen erregt werden konnten, beginnt die gesammte christliche Welt von ihrem Schlafe sich zu erheben, die allgemeine Menschenwürde, die Verbrüderung der Völker und das hohe Gut des gemeinsamen Stammes tritt in das Bewußtsein der großen Menge und verscheucht durch das Erwachen selbst den langen düstern Traum, in dem die Geister der Menschheit gebunden lagen. Freilich giebt es leider noch immer nur zu Viele, die bei der Fortdauer des Schlafes betheiligt sind und den Erwachenden die süßesten Schlummerlieder vorsingen, ja Einzelne haben sogar den desperaten Versuch gewagt, dem Volke mit Gewalt die Augen zuzudrücken, oder doch durch Schlaftränke ihm das Erwachen zu verleiden, oder es durch phantastische Spukgestalten, durch

Lug und Trug im Zustande des Halbwachens zu erhalten: — und ihre Bemühungen sind leider nicht ohne Erfolg geblieben.

Die Geschichte ist eine ernste Lehrerin. Wenden wir ihre Erfahrungen auf die Zustände und Erscheinungen der Gegenwart an, so zeigt sich uns, wie in allen Ländern, wo früher die Völker am Rücksichtslosesten niedergetreten wurden, sich dieselben jedesmal am Kräftigsten aufgerafft haben und in ihren Forderungen und Ansprüchen am Weitesten gehen, wogegen dort, wo auch nur einige Gerechtigkeit gehandhabt wurde, die Ansprüche auf das Unabweisbare, wie es in der Gutmüthigkeit der Menschen und ihrer Liebe zum Frieden liegt, mit größerer Mäßigung gestellt werden. — An Unzufriedenen fehlt es in keinem Lande, denn kein Land ist ohne Ungerechtigkeit; allein wie verschieden haben sich die öffentlichen Zustände in Griechenland und in Norwegen, in Portugal und Dänemark, in Spanien und England, in Italien und Ungarn gestaltet! Und stellen wir zuletzt Deutschland und Frankreich einander gegenüber: — wie allgemein verbreitet war im Anfang dieses Jahres eine wohlbegründete Mißstimmung in beiden Ländern, und gleichwohl, wie verschieden war ihre Aeußerung; in jedem von beiden ging sie freilich von einem einzigen Manne aus, der aber in Frankreich ein von dem Volke frei erwählter König, in Deutschland, — o der Schande! — nur ein durch fremdes Geld bestochener, zu jeder Zeit käuflicher Minister war!

In Frankreich, seit länger als einem halben Jahrhunderte von Revolutionen durchwühlt, hatte man 1830 einem ehrgeizigen Fürsten die Krone aufgesetzt, welche dem Haupte Karl's X., eines Mannes entfiel, den eine vierzigjährige Verbannung nicht weiser zu machen im Stande gewesen war, und vielleicht ist noch nie eine Thronbesteigung mit stürmischerm Jubel begrüßt worden, als die des Bürgerkönigs. Aber statt auf das Wohl Frankreichs, war das ganze Streben Ludwig Philipp's auf äußere Befestigung der Gewalt in seinem Hause gerichtet. Seine Regierungskunst bestand in einer

neuen Anwendung des alten „Herrschens durch Trennung“. Er setzte einen ungerecht begonnenen Krieg fort, und führte ihn mit einer Grausamkeit, die blutige Flüche über Frankreich heraufbeschwur; er brach seine heiligsten Gelöbnisse und Bürgerblut floß in den Straßen von Paris; die dunkeln Schatten der Rue Transnonain, die ermordeten Araber der Höhle von Dahra, die entsittlichten Christen von Tahiti, die räuberisch überfallenen Cochinchinesen, und seine unglückliche, in die Arme des Lasters geführte Nichte sind ein trauriges Leichengefolge für den alternden Greis, der selbst durch den schrecklichen Tod des Erben seiner Krone sich nicht warnen ließ, der die Lüge und die Bestechung zur Stütze seiner Dynastie gemacht und Allen, die sich ihm opferten, mit schnödem Undank vergolten hat, um bei dem Beginn seines achtzehnten Regierungsjahres tausendmal verhaßter zu sein, als der König, den er stürzte, und nur noch auf Bajonette seinen wankenden Thron stützen zu können, der doch in weniger als vierundzwanzig Stunden zusammenbrach.

Und wie in Frankreich herrschten überall Selbstsucht, Lüge und Käuflichkeit, so weit der Einfluß desselben reichte; in Spanien und Portugal folgte ein Aufstand dem andern, die Staatsmänner wetteiferten nur noch in der Unterdrückung der Völker, und die Fürsten hatten kaum einen andern Gedanken übrigbehalten, als Schätze zu sammeln, um der gewohnten Ueppigkeit nicht entsagen zu müssen, wenn die gefürchtete Stunde des Aufstehens der Völker schlüge, der sie mit Zittern entgegensahen, und welche sie doch durch ihr wüstes Treiben beschleunigten.

Besser stände es in England, wenn dort nicht die Sünde einer vergangenen Zeit gegen das unglückliche Irland, wenn dort nicht die hartherzigste Geistlichkeit und eine eingefleischte, auf großen Grundbesitz gestützte Aristokratie sich als unheilvolle Schäden des Landes zeigten, die wie bösartige Geschwüre fortfressen und eben jetzt aufzubrechen drohen.

In Europa's Norden sind die Kräfte noch nicht lebendig geworden, die den Süden und Westen Europa's in Gährung setzen, und erst im Laufe dieses Jahres, und nur in Folge des Umschwungs der Verhältnisse in Deutschland, ist aus einer häuslichen Fehde zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein der Anfang eines Kampfes geworden, dessen Ende kein Mensch voraussehen kann. Selbst Ungarn war bei dem Beginn dieses Jahres mehr mit der Vorbereitung zu künftigen Thaten beschäftigt, und während in Siebenbürgen schwache Anfänge zur Befreiung der menschlichen Thätigkeit von unerträglich gewordenen Lasten und zur bessern Regelung der Eigenthumsverhältnisse gemacht wurden, erlebten wir in Griechenland das klägliche Schauspiel, daß ein König, der sich so weit vergaß, das Völkerrecht zu verletzen, nicht den Muth und die Kraft in sich fand, den begangenen Fehler durch ein offenes Geständniß wieder gut zu machen, sondern lieber dem Königthume den höchsten Schimpf zufügte, ungerecht zu erscheinen. Von der Regierung Griechenlands zu sprechen, ist ein zu unerfreuliches Geschäft, als daß wir dabei verweilen sollten, denn fanariotische Schlauheit reicht dort der französischen Rücksichtslosigkeit die befleckte Hand, und kaum hat die Geschichte ein Beispiel eines schlechter verwalteten Landes aufzuzeigen.

Einen erfreulichern Anblick gewährte allerdings die Schweiz, wo die Gesetzlichkeit und Bundeseinheit einen Sieg über die Trennungsgelüste feierte. Eben so Italien, wo drei Fürsten im Bunde mit ihren Völkern wetteiferten, veraltete Schäden auszuschneiden und auf friedlichem Wege eine neue bessere Zeit herbeizuführen: — an der Spitze der Papst, der die hundertjährigen Fesseln seines Volkes brach und die eiserne Kette seiner Bedränger löste, ohne sich irre machen zu lassen durch das Entsetzen der Pfaffen und Jesuiten, die das unwillkommene Licht mit wüstem Eulengekreisch begrüßten. An ihn schloß sich Toskana, und das ernste, thatkräftige Sardinien an, während freilich in Neapel noch die blutige Geißel

herrschte. Der Gedanke des italienischen Zollvereines allein würde schon das Jahr 1847 zu einem der denkwürdigsten Jahre der Neuzeit gemacht haben, wäre nicht das Jahr 1848 ihm durch seine Thaten so weit vorausgeeilt.

Deutschland seufzte während dieser Zeit unter dem Drucke einer Beamtendespotie, deren verderblicher Einfluß auf alle Verhältnisse immer unerträglicher wurde, es seufzte unter einer Willkür, die sein „beschränkter Unterthanenverstand“ als eine Verhöhnung der Menschenwürde ansah, und harrte seit 33 Jahren vergebens auf Verleihung derjenigen Verfassung, welche ihm, in der Zeit der Noth, von seinen Fürsten verheißen worden war. Das allgemeine Mißtrauen zwischen Volk und Regierung war zu einem Grade gediehen, daß es nur eines zündenden Funkens bedurfte, um ganz Deutschland in Flammen zu setzen.

So war die Lage Europa's bei dem Eintritt des Jahres 1848. Alle Völker rings um Deuschland herum, mit alleiniger Ausnahme des starren Nordens, finden wir in lebendiger Bewegung, und zwar meist in drohender und verzweifelnder. Jener zündende Funke aber kam von Frankreich, und so weit wir in den Tafeln der Geschichte zurückgehen, es giebt weder in alter, noch in neuer Zeit ein Beispiel so rascher und so vollständiger Umwandlungen, wie sie das laufende Jahr unseren Blicken vorübergeführt hat. Es sind Reiche gefallen und Reiche aus dem Nichts zu rascher Größe emporgestiegen; es sind Länder und Städte verwüstet, es sind Armeen vernichtet und Throne gestürzt worden; es sind Eide geschworen und gebrochen, Verheißungen gegeben und nicht erfüllt worden; ein so allgemeiner, gründlicher und unerwarteter Umsturz aller bestehenden Verhältnisse, von dem nur wenige europäische Länder ganz verschont geblieben sind, hat sich noch niemals zugetragen, so weit die Geschichte reicht.

Gewiß ist, daß die Lüge nie unbedingter und allgemeiner herrschte, als zu eben der Zeit, wo dieselbe den täuschenden Man-

tel aufrichtigen Wohlwollens am Festesten um sich geschlungen hatte, so wie, daß sie ihre größesten Siege unmittelbar vor ihrem tiefsten Falle feierte. Während einer Reihe von 17 Friedensjahren schien der Thron Ludwig Philipp's in dem sonst so vulkanischen Boden Frankreichs feste Wurzel geschlagen zu haben, schien die Dynastie des jüngern Zweigs der Bourbonen unauflöslich verschmolzen zu sein mit dem Volke, dessen freie Wahl sie berufen. Der „Napoleon des Friedens" schien diesen an seine Fersen gefesselt zu haben, und für die bewundernde Mitwelt galt sein System für das Sublimste der Staatsweisheit, und zwar so sehr, daß noch im Jahre 1847 der König von Preußen den König Ludwig Philipp als die festeste Stütze der Throne bezeichnete. Aber nur für diejenigen galt jenes System als solches, die nach dem Scheine vorübergehender, äußerer Erfolge ihr Urtheil zu bemessen pflegen, die nicht wissen, daß ein freies Volk dauernd nur von demjenigen regiert werden kann, welchem die sittlichen Ideen desselben heilig sind, und welcher diesen Ideen im vollen Maße ihr unveräußerliches Recht gewährt.

Ludwig Philipp war nach einem ruhmreichen moralischen Aufschwunge der französischen Nation auf den mächtigsten Thron des Continents erhoben. Mit einer rührenden Hingebung hatte sich das Volk in seine Arme geworfen, hatte unermeßliche Mittel in seine Hand gelegt, und hoffte von ihm die endliche Verwirklichung der Grundsätze wahrer Freiheit. Die Nation stand jetzt sittlich gereift da. Die blutige Anarchie der ersten Revolution, der rohe Kriegsruhm, den Napoleon anstatt der sittlichen Freiheitsideen eingeschwärzt, beides lag hinter ihm. Ein Thron, umgeben mit republikanischen Institutionen, vollkommene constitutionelle Freiheit, gegründet auf Volkssouverainetät, der Nationalwille, ausgeübt und vertreten durch die verfassungsmäßig constituirten Gewalten, Wahlrecht aller selbstständigen Bürger, eine, dieser großen Nationalsouverainetät würdige Stellung im europäischen Staatenbunde, moralischer Einfluß auf die Verwirklichung der Freiheitsideen bei den

durch Absolutismus niedergehaltenen Völkern, Nichtintervention, — das waren die Principien, die Ludwig Philipp auf den Thron erhoben, die er selbst feierlich beschworen; diese Principien mußte er heilig halten oder stürzen, wie die älteren Bourbonen. Aber er verleugnete diese Ideen. Er lenkte zwar mit seltener Schlauheit, von Kurzsichtigen zur Weisheit gestempelt, mit bewunderungswürdiger Consequenz, aber mit eben so unbegreiflicher Selbsttäuschung, zu einem reactionären Systeme über, dessen glückliche Erfolge, durch äußere Zufälligkeiten bedingt, ihn in immer sicherere Träume einwiegten. An die Stelle der Volkssouverainetät nach innen und außen trat die Kehrseite derselben. Nach außen Verrath an Völkern, die man durch hinterlistige Zusagen getäuscht. Das Julikönigthum sah österreichischer Intervention in Italien zur festern Begründung der Despotie ruhig zu, duldete die Vernichtung polnischer Nationalität, ja endlich durch die Einverleibung Krakau's jede Spur der Erinnerung an dieselbe, und vergebens mahnte die Kammer jedes Jahr an die gewährleisteten Rechte der Polen. Das Julikönigthum, uneingedenk der Quadrupelalliance, unterstützte den Kampf des Don Carlos in Spanien für den Absolutismus, es unterstützte die freiheitsmörderischen Bestrebungen der Aristokraten- und Jesuitenpartei in der Schweiz, es versorgte den Sonderbund mit Waffen, es beantragte noch an der Schwelle des Jahres 1847 eine unmittelbare, thatsächliche Mitwirkung zu einer energischen Vermittelung in der Schweizerangelegenheit. Es gab die aufstrebende ägyptische Macht dem Absolutismus preis; es blieb kalt bei den neuesten Freiheitsregungen der italienischen Völker, es buhlte um Englands Gunst mit Hintansetzung der Nationalehre beim Durchsuchungsvertrage, es täuschte dasselbe England bei der spanischen Heirathsfrage mit einer Hinterlist, die den abgenutzten diplomatischen Taschenspielerkunststücken des 18. Jahrhunderts nichts nachgiebt. Es wollte den Frieden um jeden Preis, selbst um den Preis seiner Achtung im In- und Auslande. Eben dieses heillose Verkennen der

Ideen der Julirevolution machte sich auch im Innern geltend. An die Stelle jener trat der crasseste Egoismus, der gröbste Materialismus, die Nationalinteressen wurden den Familieninteressen Ludwig Philipp's aufgeopfert. Absolute Regierungsgewalt herrschte, beschränkt wurde die Departemental- und Municipalverfassung, unterdrückt die Associationsfreiheit, gegen das eigne Volk wurden die detaschirten Forts um Paris errichtet. Die bitter getäuschte Nation murrte, in blutig unterdrückten Aufständen zeigten sich ihre Zuckungen. Eine auf Volkssouverainetät gegründete Regierung ist nur stark, wenn sie in freier Uebereinstimmung mit dem verfassungsmäßig ausgesprochenen Gesammtwillen handelt. Das Bürgerkönigthum, seine Stärke in Verfälschung und Brechung dieses Gesammtwillens suchend, griff ein in das unantastbare Recht der freien Association. Der Aufstand zu Lyon war die Antwort des Volkes darauf. Es folgten sich rasch Unruhen und Attentate. Der König eines freien Volkes durfte nicht mehr wagen, sich anders als unter schützender Bedeckung demselben zu zeigen. Auf Fieschi's Attentat folgten die Septembergesetze, welche der Pairskammer das Recht verliehen, über jedes Preßvergehen zu urtheilen, in welchem der Charakter eines Attentats liege, oder in welches hinein eine subtile Interpretation diesen Charakter zu legen verstand. Ein Alibaud, Meunier, Huber, Darmes waffneten nach einander ihren Arm gegen einen König, der so oft mit pomphaften Phrasen verkündet, daß Frankreichs Glück seines Lebens einzige Aufgabe und sein Stolz sei, und während die Oberfläche der Gesellschaft einen ruhigen Spiegel darzustellen schien, brüteten republikanische und communistische geheime Verbindungen Plane der Rache, Plane der Befreiung aus einem unerträglich gewordenen Zustande. Nicht des Volkes Wohl lag der Regierung am Herzen, nur die reichen Capitalisten wußte sie zu beschützen, deshalb die hartnäckige Verweigerung der so dringend geforderten Rentenconversion, die hartnäckige Beibehaltung von Schutz- und Prohibitivzöllen. An die Stelle der

Ideen trat der unsittlichste Materialismus, eine Feilheit ohne Grenzen verpestete die Gesellschaft, die Bestechungsprocesse gegen Teste, Cubières, Pellapra, Parmentier, Lasalle ꝛc. bezeugten klar genug den sittlichen Verfall der sogenannten höheren Stände der Gesellschaft, gestatteten einen tiefen Blick in das schamlose Getriebe der höhern Verwaltung, und machten es dem „Siècle" möglich, einen stehenden Artikel für öffentliche Scandale anzukündigen. Nachdem alle Grundsätze einer unverfälschten constitutionellen Regierung mit Füßen getreten waren, trat an die Stelle des verfassungsmäßig ausgedrückten souverainen Volkswillens die Pensée immuable, trat die persönliche Regierung, von den Spöttern die „große Politik" getauft. Wohin dieser „unwandelbare Gedanke" führen müsse, sprach am Kühnsten und Klarsten der „National" aus, in folgenden Worten: — „Was kommt darauf an, ob dieser Mensch (Guizot) von der Regierung entfernt werde, wenn der Gedanke, von welchem er seine Eingebungen empfängt, ihn überlebt? Wissen wir denn nicht, daß er nur das Werkzeug einer höhern Politik ist? Alles Uebel rührt von dem System her, das seit 16 Jahren mit unablässiger Beharrlichkeit geübt wird. Wenn endlich Frankreich müde sein wird, seine Interessen gefährdet, seine Ehre aller Orten und immer hingeopfert zu sehen, wird es von den Wirkungen zu den Ursachen aufsteigen, und dann gilt es nicht mehr, ein Ministerium, sondern das System selbst zu stürzen." Klingen diese Worte nicht wie eine Prophezeihung, die eben so wohl auch für unser deutsches Vaterland paßte?

Allen Mahnungen der öffentlichen Meinung zum Trotz verfolgte indessen die Regierung, d. h. Ludwig Philipp und Guizot, das gefügige Werkzeug seiner Familienhabgier, ihr System mit einer Beharrlichkeit, die einer bessern Sache werth gewesen wäre; sie pochte auf die ergebene Schaar einer durch alle Künste der Bestechung immer von Neuem recrutirten künstlichen Majorität der Deputirten, welche, als Bevollmächtigte der privilegirten Classe der

Reichen, sich allen Forderungen der aufgeklärten Opposition widersetzten. Daher wandten sich alle Bestrebungen der Besseren hauptsächlich einer einzuführenden Reform des Wahlgesetzes zu, und seit 1835 verging kein Jahr, in welchem nicht diese Frage angeregt und — beseitigt wäre. Auf etwas mehr oder weniger Rechte, die man der Volkskammer ertheilt, kommt bei Weitem nicht so viel an, als auf ein gutes Wahlgesetz. Tüchtige und getreue Abgeordnete werden auch ein geringeres Maaß von Rechten zum Heile des Vaterlandes auszuüben wissen, ja, sie werden darin die Mittel finden, noch weitere ihrer edlen Bestimmung entsprechende Rechte zu erringen. Jedenfalls werden sie das Volksrecht und das Volkswohl niemals unvertheidigt lassen, wogegen eine mit den stattlichsten Rechten ausgerüstete, aber nach einem schlechten Wahlgesetz gebildete Kammer solche Rechte ungebraucht lassen, oder auch davon einen verderblichen Mißbrauch machen, oder sie endlich aufgeben oder zernichten wird auf den Wink einer durch Corruption herrschenden Regierung. Wo aber diese Meinung sich geltend macht vermag keine menschliche Macht, die in einem Lande auftauchende Bewegung, das allgemeine Streben nach politischem Besserwerden zurückzuhalten.

Wer Wind säet, wird Sturm ärndten; aber die französische Regierung blieb taub, sie glaubte nicht eher an den Sturm, als bis sein Brausen vernichtend über ihr Haupt fuhr. — Hauptsächlich war es übrigens die Zweideutigkeit der französischen Regierung, welche durch die dem englischen Ministerium aufgedrungene Nothwendigkeit, sich gegen die gehässigsten Anschuldigungen zu rechtfertigen, zuerst in ihrer ganzen Blöße aufgedeckt wurde, und in den Franzosen die geringe Achtung, die sie noch gegen den König gehegt hatten, gänzlich erstickte, während sich mit der Verachtung des Königs der glühendste Haß gegen Guizot, seinen Schüler und sein Werkzeug, verband. Ich bin noch heute fest überzeugt, daß vor den spanischen Heirathen und vor den Enthüllungen des zweideutigen

Benehmens der französischen Regierung in der Schweiz und in Italien der Erfolg des 24. Februar in Frankreich unmöglich gewesen sein würde. Es mußte der letzte Rest von Vertrauen erloschen sein, ehe das Verbot des Reformbanketts zu Befürchtungen führen konnte, wie dieselben am 22. Februar in Paris wirklich gehegt wurden, und ein König und ein Minister mußten ihres trügerischen Spieles sich so deutlich bewußt sein, wie es Guizot und Ludwig Philipp wirklich waren, um einer aufbrausenden Menge gegenüber so schnell Thron und Reich aufzugeben, wie dieselben von Ludwig Philipp und Guizot wirklich aufgegeben wurden. Noch am 28. Dec. 1847, an welchem Ludwig Philipp die französischen Kammern in gewohnter Weise eröffnete, wußte er nicht Rühmens genug von dem wachsenden Wohlstande (bei steigender Verschuldung) und von der allgemeinsten Zustimmung zu den Grundsätzen seiner Minister zu machen, während ihn doch die unverkennbare Furcht vor einer öffentlichen Darlegung der Unzufriedenheit mit seiner Regierung beseelte, welche die Beistimmung zu ihren Maßregeln durch die furchtbarste Zerrüttung des öffentlichen Geistes nicht zu theuer zu erkaufen glaubte.

Der Kampf um die Reformbankette wurde überaus hitzig geführt. In den französischen Kammern standen sich zwei Parteien mit fast unerhörter Feindseligkeit gegenüber: — eine bestochene Mehrheit, von welcher die Regierung und Guizot, dieser „Makler der Corruption", um jeden Preis unterstützt wurden, und eine Minderheit, welche eine heftige Opposition bildete. Ludwig Philipp selbst aber hatte durch den Tod seiner Schwester seine vertrauteste Beratherin verloren, und sein Gang zeigte von da an Spuren einer Schwäche, die ihn eigensinnig machte, und allmälig selbst diejenigen von ihm entfernte, die es sonst am Treuesten mit ihm gehalten hatten.

Ein Bankett sollte die Veranlassung seines Sturzes und die Nemesis werden, die er nur zu oft herausgefordert hatte. Die

Mitglieder der zweiten Kammer, die bereits in der Zwischenzeit der Sitzungen das Land bereist und öffentliche Gastmähler zu dem Zwecke veranstaltet hatten, sich gegen das System unleidlicher Bestechung auszusprechen, die das französische Staatsleben durch und durch zerfressen hatte, Ehrenmänner, welche durch die erkaufte Majorität der Kammer auf Antrag der Minister wegen eben dieser Bestrebungen als Thoren und Verbrecher gebrandmarkt waren, sahen sich durch diese Anmaßung genöthigt, die bestrittene Gesetzlichkeit der abgehaltenen Reformbankette dadurch zu erweisen, daß sie ein solches in Paris veranstalteten, und die Regierung zu gerichtlichem Einschreiten aufforderten, um eine endliche Lösung der Frage herbeizuführen. Wirklich erklärte am 9. Februar der Minister Duchatel in der Kammer, daß die Regierung entschlossen sei, die Abhaltung des Wahlreformbankettes zu verbieten. Dagegen traten sämmtliche Oppositionsmitglieder mit der Behauptung auf, daß, wenn auch das Recht der freien Association durch die Charte nicht garantirt sei, es doch zu Vereinigungen in Privatlocalen einer vorhergehenden Erlaubniß nicht bedürfe. Das Ministerium aber blieb verstockt, und die ministerielle Majorität in der Kammer war ehrlos genug, bei der Adressdebatte den Paragraphen, welcher auf Wahlreform drang, am folgenden Tage zu verwerfen. Von dem Augenblicke an mußte auch der Blindeste überzeugt sein, daß von dieser feilen Majorität, diesen bestochenen Werkzeugen einer perfiden Regierung kein Heil zu erwarten, daß also die Wahlreform in der That eine Lebensfrage geworden sei. Je mehr diese Minister der Reaction über ihre Majorität frohlockten, desto energischer schloß sich die Opposition an einander, desto unwiderruflicher stand ihr Entschluß fest, das Reformbankett abzuhalten. Warnend erhob sich am 12. Februar Lamartine's Stimme: — „In dem Recht der Bankette liegt das Recht, seine Meinung auszusprechen, ein Recht, mächtiger als jede Macht. Ueber den drei gesetzlichen Gewalten steht die höchste Macht, der oberste Richter: — die öffentliche Mei-

nung, das Land, die Nation. Spricht diese sich frei aus, so bringt sie nicht, sondern verhindert die Revolution. Am 14. Februar veröffentlichen hundert Mitglieder der Opposition: — das Vereinigungsrecht der Bürger sei ein in jeder freien Verfassung sich von selbst verstehendes, durch die Gesetze Frankreichs förmlich anerkanntes, das sie mit allen verfassungsmäßigen und gesetzlichen Mitteln wahren würden.

Das Bankett wird auf den 22. Februar angesetzt, und zwar auf einen Dinstag, um die am Sonntage und bisweilen auch am Montage feiernden Arbeiter davon zurückzuhalten. Zuerst werden die Elysäischen Felder als Versammlungsort bestimmt, dann aber, nachdem der Herzog von Montpensier den Platz mit Geschütz hat besetzen lassen, ein Local auf der Chaillotstraße. Die daran theilnehmenden Deputirten erklären öffentlich, daß sie das Bankett als einen großen Act gesetzlichen Widerstandes gegen eine Maßregel betrachteten, welche den Grundsätzen der Constitution und dem Wortlaut der Gesetze widerspräche. An demselben Tage erschien ein polizeiliches Verbot des Banketts, und am 22. veröffentlichten die Deputirten eine Erklärung, daß sie das Bankett aufschöben, alle Folgen eines Verbots, welches die Bevölkerung von Paris bis an die Schwelle des Bürgerkriegs führe, auf das Ministerium lüden.

So war denn die auf Volkssouverainetät gegründete Regierung auf der verhängnißvollen Bahn der Reaction fortgeschritten, die öffentliche Meinung, dieser lebendige Athemzug jeder wahrhaft constitutionellen Monarchie, mit frevelhaftem Uebermuthe mißachtet, und unter dem perfiden Deckmantel einer corrumpirten Majorität die laute, gerechte Forderung des Landes von Neuem zurückgewiesen. Das unveräußerliche Recht eines jeden freien Volkes, das Recht der Association, ward unter der heuchlerischen Maske des Gesetzes in den Staub getreten, das lange Sündenregister um eine Todsünde vermehrt. Und diese Sünde wurde ihr Grab. Der Würfel war gefallen. Aus unbedeutenden Hin- und Herzügen am 22.

Februar wurde bald ein Barricadenkampf, und dieser so ernst, daß binnen 24 Stunden dem Ministerium Guizot das Ministerium Molé, und diesem das Ministerium Odilon-Barrot folgte, mit welchem das Volk in der ersten Ueberraschung sich zufrieden erklärte. Das erweiterte Wahlrecht hatte einen unblutigen Sieg errungen. Da trat einer jener Momente ein, worin die Rachegeister unmittelbar einzugreifen scheinen in die Geschicke des Menschengeschlechts, um dieselben zu einem entscheidenden Punkte zu führen. Jubelnd zog das Volk vor den von Guizot bewohnten Palast der auswärtigen Angelegenheiten, um dort seine Freude über die Entsetzung dieses Mannes kund zu geben; der Palast war rings mit Truppen und Nationalgarden besetzt, doch zog das Volk unbewaffnet heran, und es lag nicht die mindeste Veranlassung zum Einschreiten vor. Zufällig, — wie denn der Zufall in neuerer Zeit auch in Deutschland bei ähnlichen Gelegenheiten eine große Rolle spielte, — entladet sich im Garten des Palastes ein Gewehr, das Pferd eines Obristlieutenants stürzt, und dieser, einen Ueberfall befürchtend, commandirt Feuer. Eine Menge Menschen fällt; des Volkes Vertrauen ist bereits so gründlich vergiftet, daß es sich für verrathen hält, wüthend stürmt es vorwärts, und 24 Stunden später hat Ludwig Philipp zu Gunsten seines Enkels abgedankt. Aber dieser Enkel wird von der Nation verworfen und Frankreich als Republik ausgerufen. Die letzte Regentenhandlung Ludwig Philipp's war die Vollziehung der Entsagungsacte; allein sie fand keinen Anklang mehr, und der Mann, der kaum zwei Monate zuvor an die Liebe seines Volkes glaubte und mit unnatürlichem Hohne die wahren Freunde von sich stieß, die ihm ehrlich den Abgrund zeigten, an welchem er stand, verließ flüchtend das Schloß, ohne Kinder, ohne Freunde, und so völlig von Gelde entblößt, daß es einer Sammlung bedurfte, um ihn nur mit dem unentbehrlichsten Reisegelde zu versehen. Nach einer langen und gefahrvollen Reise entkam er mit seiner Gemahlin glücklich nach England, nach demselben Lande, des-



sen Königin er verrathen, dessen Minister er unwürdig getäuscht hatte, um seinem unersättlichen Ehrgeiz zu genügen. Als ein Flüchtling betrat er die Küste, auf deren Verderben er gesonnen hatte, und mußte sich glücklich schätzen, dort eine Freistatt zu finden. Ihm folgten seine Kinder, während die Herzogin von Orleans mit ihren Kindern den Weg nach Deutschland einschlug, und anfangs in Ems, dann in Eisenach wohnte, wo sie noch jetzt, schlicht und einfach wie eine Bürgersfrau, lebt.

Im Saale des Palastes der Bourbonen war die Republik ausgerufen; eine provisorische Regierung, mit Dupont de l'Eure und dem edlen Lamartine an der Spitze, ward ernannt, und so war zum dritten Male eine Dynastie vom Throne gestoßen, der Frankreich die größte Erhebung und die tiefste Erniedrigung, ganz Deutschland aber die Grundsätze der Entartung verdankt, über welche gleich darauf ein Gottesgericht hereinbrach, dessen Donnerstimme sich nicht mehr überhören ließ.

Mag es sein, wie man seit dem 24. Februar unzählige Male versichert hat und seit dem 24. Juni von Neuem versichert, daß Frankreich durch und durch republikanisch gesinnt sei: — Thatsache ist, daß dies am 22. Februar noch nicht der Fall war. Und hätte die Republik, die doch das Recht und die Macht hat, die fähigsten und redlichsten Männer des Landes an die Spitze der Regierung zu rufen, das Vertrauen des Landes genossen, woher dann die Entwerthung alles Eigenthums und vorzugsweise des auf dem Vertrauen des Landes begründeten Eigenthums? Woher dann das unaufhaltsame Sinken des Werths der Staatspapiere, woher dann die Nothwendigkeit, selbst den Credit der Bank mit Zwangsmaßregeln aufrecht zu erhalten? Uebernahm es in den ersten Tagen des Sturmes der wahrhaft hochherzige Lamartine, zu retten, was von Ordnung und Frieden zu retten war, so zeigten doch schon damals die Maßregeln Ledru-Rollin's, auf welches Ziel die Führer lossteuerten, und die freie Hand, die Louis Blanc gelassen wurde,

aus dem Staate ein großes Arbeitshaus zu machen, konnte dem Tieferblickenden den Ausgang vor Augen stellen, zu dem Alles hindrängte, und welcher nach wenigen Monaten zu einem Kampfe des Thieres mit der Menschheit führte, wie die Welt denselben kaum je zuvor gesehen hat. — Die neugewählte Nationalversammlung, aus den seltsamsten Elementen zusammengesetzt, fand weder die Kraft in sich, den Blanc'schen Ideen zu entsagen, noch die Nationalwerkstätten mit kräftiger Hand zu schließen. Sie griff zu halben Maßregeln, und diese riefen den Aufstand des Proletariats gegen das souveraine Volk mit Besitz hervor, welcher nur durch die Umsicht und Thatkraft eines in den afrikanischen Feldzügen erprobten Feldherrn zu einem blutigen Siege der Besitzenden führte, der aber sicherlich den Krig nicht für immer beendigt haben wird. Mit der Ernennung des Siegers aber zum Präsidenten der Regierung hat Frankreich zugleich sich ein Armuthszeugniß ausgestellt und das Geständniß abgelegt, daß es für die Selbstregierung nicht gemacht sei, oder aber, daß es keine Republik wollte. Der Franzose kann sich nicht, wie der Deutsche, für ein Ideal begeistern; er bedarf einer Persönlichkeit, zu welcher er bewundernd, hoffend, fürchtend oder hassend emporsieht. General Cavaignac's Umsicht und Thatkraft verdankt Frankreich seine wiedergewonnene Ruhe und Ordnung; aber Cavaignac ist ein Mann, der ehrlich und von Herzen die wahre Republik will; er wollte sich, nach Washington's edlem Beispiele, die undankbare Mühe geben, seine Landsleute zu Republikanern zu erziehen.

Die neuen Wahlen aber haben bewiesen, daß das französische Volk keine Republik will oder ihrer nicht würdig ist. Sie fürchten Cavaignac's edlen Republikanismus, und haben, den Mann, der es wahrhaft redlich meinte, aufopfernd, ihre Stimmen einem Abenteurer gegeben, der weder Geist, noch Talente, noch Charakter besitzt, und der zu seiner Empfehlung nichts hatte, als den ererbten Namen „Napoleon“. Dieser Name ist es, der die Franzosen ge-



Gal Cavaignac



Louis Napoléon Bonaparte

blendet hat, und wenn selbst die Legitimisten ihm ihre Stimme gaben, so geschah es nur, weil sie in ihm einen Uebergangspunkt zu der alten Dynastie sahen. Louis Napoleon ist ein Spielwerk in der Hand des schlauen Fuchses Thiêrs, und wir können voraussehen, daß der Unverstand des einen und die ehrgeizige Politik des andern vielleicht bald die halbe Welt in Flammen setzen werden.

Es konnte nicht fehlen, daß dieses ungeheure Ereigniß, welches in wenigen Stunden eine von allen Seiten für unerschütterlich fest begründet gehaltene Regierung und einen König, den ein mächtiger deutscher Fürst noch einige Monate vorher als die „festeste Stütze der Throne" bezeichnet hatte, stürzte, in dem übrigen Europa und zunächst in dem Nachbarlande Deutschland einen lauten Wiederhall fand, und daß dieses Beispiel von entschiedener Willenskraft einer großen, edlen Nation mächtig einwirken mußte auf unser Vaterland, in welchem innere Zerklüftung, eine immer drückendere Reaction und Bevormundung und die weltkundige Feilheit und Bestechlichkeit eines ehrsüchtigen schlauen Mannes —, dessen Verrätherei am Vaterlande längst erwiesen war, und von welchem der deutsche Bund und die deutschen Regierungen sich dennoch leiten ließen, — längst eine Gährung hervorgerufen, die seit zwanzig Jahren wiederholt und drohend sich geäußert hatte. Gab es für die in Frankreich laut gewordenen Ideen irgend einen günstigen Boden, mußte die offenkundig gewordene Corruption in Frankreich dem Volke irgend eines Landes die Augen öffnen über seine eigne Lage, und ihm den Abgrund zeigen, welchem es systematisch entgegengeführt wurde, so war dies gerade Deutschland, noch dazu in einer Zeit, wo das allgemeine Mißbehagen bereits die höchste Stufe erreicht und unverkennbare Manifestationen eines drohenden Ausbruchs gegeben hatte. Ich erinnere hier zunächst an die Vorgänge in München, wo das erbitterte Volk, in Verbindung mit einem in seinem jahrelangen Streben gehemmten Clerus und einem in seinem Stolze verletzten Adel, seine Rache an dem Uebermuthe

einer Buhlerin bis zu offener Empörung trieb, und am 9. Februar seinen Willen durchzusetzen wußte. War durch dieses Ereigniß zuerst das Band des blinden Gehorsams in Süddeutschland gelockert, war der fürstlichen Würde der Nimbus der göttlichen Einsetzung abgezogen, so konnte überhaupt sich Niemand mehr verbergen, daß allenthalben die Saiten so hoch gespannt waren, daß der geringste Luftzug sie zerreißen konnte.

Vor allem verhaßt wegen seiner von dem Fürsten Metternich dirigirten systematischen Unterdrückung und Entsittlichung des deutschen Volkes war der in Frankfurt tagende deutsche Bund. Schon im Jahre 1833, am Gründonnerstage, machten einige entschlossene Patrioten in Frankfurt den Versuch, das Vaterland von diesem Geschwüre zu befreien, und obwohl die Ohnmacht der öffentlichen Meinung und ein zu großes Vertrauen auf dieselbe diesen Versuch scheitern ließen, glimmte der dadurch geweckte Funke doch unter der Asche fort, verzehrte allmälig immer mehr das Vertrauen des Volks zu seinen Regierungen, und ließ das ganze Deutschland als einen Vulcan erscheinen, dessen Ausbruch sich in jeder Minute, bei jeder Veranlassung erwarten ließ, und dessen Drohen die Regierungen mit Angst und Entsetzen erfüllte.

Noch vor dem Ausbruch der französischen Revolution war in der Kammer eines Landes, das seit einem Vierteljahrhundert an der Spitze Deutschlands für das Zugeständniß der ihm widerrechtlich vorenthaltenen Volksrechte gekämpft hatte, ein entscheidender Antrag gestellt worden, der wie ein Blitz ganz Deutschland durchzuckte und völlig dazu geeignet war, das Volk für die kommenden Ereignisse vorzubereiten und empfänglich zu machen. Friedrich Bassermann hatte den Muth gehabt, offen zu verlangen, daß der deutsche Bund von Grund aus regenerirt, durch eine Volkskammer verstärkt, und daß dieser vereinigte Reichstag zum Träger deutscher Freiheit erhoben würde. Gebunden durch Rücksichten gegen den deutschen Bundestag, sträubte sich das sonst höchst freisinnige Mini-

sterium dagegen, aber der Antrag wurde trotzdem in die Abtheilungen verwiesen. Noch bevor indessen der Bericht, der in Welcker's Händen war, erstattet werden konnte, und fast gleichzeitig mit der Nachricht von der französischen Revolution, ging am 27. Februar bei der badischen Kammer eine Petition ein, worin Mannheim diejenigen Forderungen stellte, welche bald das ganze deutsche Volk für seine eigenen erklärte. Am 28. nahm Heinrich von Gagern unter allgemeinem begeisterten Zuruf den Antrag Bassermann's auch in der hessischen Kammer auf, und schon am 1. März brach sogar der geängstigte Bundestag sein vieljähriges Schweigen, und er, der Niemandem Vertrauen erwiesen hatte, schämte sich in seiner feigen Verzagtheit nicht, zu dem lang getäuschten Vertrauen des deutschen Volkes seine Zuflucht zu nehmen.

Die Ereignisse folgten sich jetzt Schlag auf Schlag. An demselben Tage verkündigten Baden und Würtemberg, daß sie ihren Völkern die Preßfreiheit nicht länger vorenthalten würden, wenn auch der deutsche Bund den von der Mehrzahl der deutschen Fürsten wiederholt gestellten Anträgen keine Folge geben sollte. Aber das aufgeregte Volk in Mannheim ließ es bei der schriftlichen Bitte nicht bewenden, es zog selbst in Schaaren nach Carlsruhe, und bewies, wohin Zorn und Entrüstung die erbitterten Menschen führen können. — Von jetzt an war jeder Tag Zeuge eines neuen Sieges über die Beamtenherrschaft, die in dreiunddreißig Jahren volle Zeit gehabt und sie benutzt hatte, sich recht gründlich verhaßt zu machen und dem Volke die Ueberzeugung aufzubringen, daß es von diesen Männern, auch unter veränderten Umständen und auch nach Beseitigung der Fesseln, welche der Bundestag der Entwickelung des deutschen Volkes zur Einheit und Größe angelegt hatte, dennoch nichts zu hoffen habe. Es ist der deutlichste Beweis, wie tief verschuldet das deutsche Beamtenthum dem Volke war, daß es nicht ein einziges deutsches Land giebt, wo nicht die Ministerien vor dem entschlossenen Willen des Volkes ganz oder theilweise hätten zurück-

treten müssen, und wo nicht dieser Rücktritt selbst zum Beweis gedient hätte, daß das Gewissen ihnen sagte, wie sehr sie sich an dem Volke versündigt hatten. Es sei fern von mir, zu behaupten, daß es nicht unter den abgetretenen Ministern viele redliche, geschickte und talentvolle Staatsdiener gegeben habe; aber es fehlte ihnen insgesammt das Verständniß der Zeit, sie hatten kein Auge für den Geist, der, in den Jahren von 1813 bis 1815 wach gerufen, wohl in Schlummer gewiegt, aber nicht mehr unterdrückt werden konnte. Sie sahen nicht, wie das Volk immer ungestümer nach Verwirklichung jener Verheißungen verlangte, die ein aus Gottes Hand hervorgegangenes Recht sind, das von Fürstenwillkür nicht ungestraft unterschlagen werden sollte. Und es ist nicht wahr, daß die Regierungen nicht gewarnt, daß ihnen nicht der Weg gezeigt worden wäre, die Dinge zu einer friedlichen Lösung zu führen. Ich darf hier nur an die Mahnungen der Jahre 1830, 1833, 1834, 1840 u. a. erinnern. Aber man täuschte sich über die Gefahr, man wollte nicht hören: — es war zu süß, nach Willkür über die edelsten Kräfte der Menschen zu schalten, man hatte für Warnungen und Bitten kein Ohr. Selbst in dem vergangenen Hungerjahre, wo die Noth auf das Höchste stieg, empfanden die Regierungen nur Eifersucht für ihre Macht; sie feilschten über den Umfang ihrer Versprechungen, den der „beschränkte Unterthanenverstand" nicht begreifen könne, und nirgend geschah das Mindeste, um das Volk dauernd zufrieden zu stellen, viel weniger, daß dieselben die Pflicht erkannt hätten, den alten Verheißungen nachzukommen, oder sich doch an die Spitze derer zu stellen, die einen vernünftigen Fortschritt wollten, um sich auf diese Weise der drohenden Bewegung bei Zeiten zu bemächtigen.

Unter allen deutschen Staaten am meisten fortgeschritten war Baden, welches unter allen zuerst eine wahrhaft constitutionelle Verfassung erhalten und seit 1817 constitutionell verwaltet war, obschon auch dort seit 1833 eine Partei sich des Staatsruders bemächtigt

hatte, die mit Anstrengung aller Kräfte das Schiff rückwärts zu führen versuchte. Schon 1831 hatte diese Partei ein elendes Preßgesetz errungen, — welches überall der Punkt ist, von welchem aus Recht und Gerechtigkeit über den Haufen geworfen werden können, — als der Verrath Ludwig Philipp's an der Sache der Freiheit den Bundestag ermuthigte, fast zu derselben Zeit, wo er nach Außen durch die Aufopferung von Luxemburg die größeste Schwäche zeigte, nach innen durch die Beschlüsse von 1831 und 1832 die größeste Strenge zu entwickeln. Das Preßgesetz wurde durch eine Gewaltthat ohne Gleichen außer Wirksamkeit gesetzt, und wie über Deutschland, brach auch über Baden eine trübe Zeit herein.

Es war am 27. Februar, als unter Itzstein's Vorsitz eine Volksversammlung in Mannheim, außer anderen Beschlüssen zuerst die Idee der Zusammenberufung eines deutschen Parlamentes aussprach. Diese sämmtlichen Forderungen aber, welche auch die badische Kammer fast einstimmig annahm, bildeten von da an in ganz Deutschland den Grundton aller Wünsche, welche in unzähligen Volksversammlungen besprochen, angenommen, und — sei es mit oder ohne Blutvergießen, — durchgesetzt wurden. Sie haben einen so vollständigen Umsturz der Verhältnisse des alten Deutschlands bewirkt, wie die Geschichte von keinem zweiten Falle berichtet.

Des unerhörten Preßzwanges unerachtet, und Dank der Nicht-Einheit Deuschlands, hatte doch hier und da etwas von dem allgemeinen, täglich wachsenden, täglich unerträglichern Drucke verlautet, und seit Jahren war Alles auf einen allgemeinen Ausbruch auf den Todestag Ludwig Philipp's gefaßt. Niemand freilich dachte daran, daß Ludwig Philipp selbst durch seinen Uebermuth das drohende Verhängniß, welches über den Häuptern seiner Familie schwebte, auf sein eignes Haupt herabziehen werde. Doch mit den Blitzen ist nicht zu scherzen. Seit die siegreiche Revolution in Frankreich mit einem Male die Hindernisse beseitigte, welche bis dahin der Bundestag oder vielmehr der schreckliche Mensch, der auch den

Bundestag nöthigte, seine Wege zu gehen, jedem Versuche, die deutsche Treue zu Ehren zu bringen, in den Weg gelegt hatte, von dem Augenblicke an, bis in die neueste Zeit, haben wir nur noch von den Concessionen zu sprechen, die seit jenem Augenblicke dem Volke gemacht wurden. Sämmtliche Volkswünsche in allen deutschen Ländern wurden von den durch die Noth gedrängten Regierungen eben so schnell gewährt, als sie gefordert wurden.

Sonderbar: — gerade in Baden, dessen Regierung dem Volke mit der unbegrenztesten Offenheit entgegenkam, geschah es, daß eine verblendete Minderzahl die Fahne des Aufruhrs und des Vaterlandsverrathes erhob, und die Schrecken des Bürgerkrieges herbeiführte. In dem aufgeregten Mannheim hatte sich eine republikanische Partei gebildet, welche durch Zeitschriften, den Volksfreund von Hecker, die Mannheimer Abendzeitung von Grahe, und den Zuschauer von G. von Struve, einem unbeschäftigten Arzte, redigirt, auf das Volk zu wirken suchten. So lange sie noch Hoffnung hatten, mit Hülfe Gleichgesinnter, unter denen Itz, Hecker, Winter, die beiden Leisler, Vogt, Titus, Blum, Schaffrath, Todt, Schlöffel und Jacobi die namhaftesten waren, ihren Zweck durch das Vorparlament zu erreichen, hielten sie sich auf dem gesetzlichen Wege, obwohl ihre Beziehung zu Paris unter Herwegh's, Börnstein's und des Fürstenspions Bornstedt Leitung, sowie zu der Schweiz, wo Heinzen wirkte, in eine viel frühere Zeit zurückweisen; wie denn auch in dem an die Schweiz gränzenden badenschen Seekreise der Advocat Fickler Alles aufbot, um die Köpfe für republikanische oder vielmehr communistische Ideen empfänglich zu machen, und dem Volke glauben zu machen, daß unter der Herrschaft dieser kleinen, größtentheils aus heruntergekommenen Menschen bestehenden Partei ein goldenes Zeitalter ohne Arbeit, ohne Abgaben, ohne Hungersnoth anbrechen würde. Späterhin bewiesen sie, daß ihnen, gleich den Jesuiten, jedes Mittel zum Zwecke recht sei, ja daß sie jene darin noch überboten, denn die Erhebung der

Menschlichkeit zu ihrem Rechte war der Aushängeschild, unter dem sie kämpften, als ob die Menschheit durch Verbrechen gehoben werden könnte! — Bei dem Vorparlamente in Frankfurt war es Struve, der die Anträge dieser deutschen Republikaner, die bald als die Verfechter der „Rothen Republik" auftraten, befürwortete. Späterhin wiederholte Zitz unter anderer Form die nämlichen Anträge, und als auch diese mit großer Majorität verworfen wurden, traten in kindischem Eigensinn 42 Republikaner aus dem Parlamente, und ließen sich nur durch Itzstein's ernstliches Zureden zum Wiedereintritt bewegen. Auf ihre Pläne verzichteten sie aber keineswegs, wenn sie sich für den Augenblick auch noch von gewaltsamen Schritten zurückhielten, bis am 8. April Fickler auf dem Bahnhofe in Carlsruhe verhaftet ward, und Hecker und Struve, das gleiche Loos befürchtend, sich heimlich entfernten, um am 12. April in Constanz förmlich die Republik zu verkündigen, an deren Spitze der feigherzige Regierungsdirector Peter gestellt wurde, ohne seinen Posten länger als einige Tage behaupten zu können. Auf Anlaß der letzteren drei Namen hat der Volkswitz die nun folgenden Unruhen als „Hecker-Struwwelpeterschen Krawall" verhöhnt. Eine Volksversammlung am 13. April in Stockach verbreitete die Empörung über den ganzen Seekreis, und am 16. langten in Straßburg die von Herwegh und Bornstedt geführten Freischaaren an, die über Deutschland die Segnungen der Republik verbreiten sollten.

So hehr und ideal die wahre Republik jedem denkenden Menschen erscheinen muß, eben so verachtungswürdig, eben so abscheulich steht das Unding da, welches man, um es von jener zu unterscheiden — denn jene verwilderten zuchtlosen Schaaren mißbrauchten frech den Namen der Republik — als die rothe Republik bezeichnete. Während jene Alles in schöne, feste Formen fügt, geht diese auf den Umsturz alles Bestehenden aus. Was der verrufene Communismus Scheußliches hatte, wird von ihnen noch überboten; ihnen ist Nichts heilig, weder die staatsbürgerliche Freiheit, noch

Familienbande, noch das Eigenthum. Wie Raubmörder stahlen sie nicht nur die öffentlichen Cassen, sondern nahmen auch das, was ihnen nicht gutwillig gegeben wurde, mit bewaffneter Hand weg: — Verbrechen, die einzig und allein diesen rothen Republikanern zur Last fallen, während bei dem erhabenen Aufstande des deutschen Volkes im März, und selbst bei den blutigen Barrikadenkämpfen in Wien, Berlin und Prag, überall das Eigenthum für heilig gehalten und respectirt wurde.

Es ist bekannt, daß bereits seit einigen Jahren, von Frankreich und der Schweiz aus genährt, im Südwesten Deutschlands communistische Umtriebe auftauchten, und es war natürlich, daß sich die Leiter derselben durch die Verschrobenheit ihrer Ansichten hinreißen ließen, die Erhebung der deutschen Nation im März d. J. für eine günstige Gelegenheit zu halten, ihre selbstsüchtigen Pläne auszuführen. Daß sie auf Beistand rechnen konnten, ließ sich erwarten, und wirklich fanden sie an einer großen Zahl aus Frankreich zurückgewiesener deutscher Arbeiter, die man durch falsche Vorspiegelungen gewonnen, sowie an vielen heimathlosen Polen und anderen Abenteurern einen zahlreichen Succurs. Es bildete sich in dem Badenschen Seekreise ein Comité, eine sogenannte „provisorische Regierung", an deren Spitze Hecker, Struve, Herwegh u. A. traten, und der erste entscheidende Schritt, welcher geschah, war ein von Stockach aus am 13. April erlassener Aufruf Hecker's, worin dieser die Republik proclamirte und das Volk zu den Waffen rief. Schon an demselben Tage fanden in Freiburg, Constanz und anderen Orten Tumulte statt; am 14. früh um fünf Uhr wurde in Constanz der Generalmarsch geschlagen, die Anarchisten versammelten sich, um als zweiter Zug den Hecker'schen Banden nachzurücken. Diese letzteren trafen am 14. in Engen ein, und erreichten am folgenden Tage Gesingen. Hecker marschirte an der Spitze des Zuges, in eine blaue Blouse gekleidet, einen Gürtel mit zwei Pistolen um den Leib, einen Säbel an der Seite, einen weiß-grauen Hut

mit einer Hahnenfeder auf dem Kopfe. An eben diesem Tage traf Struve mit etwa 500 Sensenmännern in Donaueschingen ein. Man hatte die Bewohner theils durch die Versicherung gewonnen, es solle, auf Befehl der Regierung, gegen die Franzosen gehen, theils ihren Muth durch die Vorspiegelung erhöht, in Stuttgart sei ein Aufruhr ausgebrochen und alles Militair dahin aufgeboten. Aber bereits am 16. April trat ein Umstand ein, der den betrogenen Theilnehmern hätte die Augen öffnen müssen. Es rückten in Donaueschingen 2 Regimenter Soldaten und eine Batterie ein, um die Rebellen zu verjagen. Um sich einigermaßen aus dieser üblen Lage zu ziehen, begab sich Struve an der Spitze einer Deputation zu dem Chef der Truppen, um sich 2 Stunden, und als diese verweigert wurden, eine halbe Stunde Bedenkzeit auszubitten. Aber auch dies wurde nicht gewährt, die Deputation kehrte zurück, und als gleich darauf eine Abtheilung Plänkler die Straßen und umliegenden Gärten durchspürte, fanden sie zu ihrer Verwunderung, daß die tapferen Sensenmänner die Flucht ergriffen und ihre Sensen weggeworfen hatten, die haufenweis in den Straßen zu finden waren. Indeß sammelten sie sich wieder, vereinigten sich mit Hecker und dieser zog mit einer Schaar von etwa 3000 Mann gegen Donaueschingen und Freiburg. An demselben Tage wurde der Amtsbezirk Constanz zur Republik erklärt, an deren Spitze der bisherige Regierungsdirector Peter stand. Während dem schalteten die Aufrührer überall wie in Feindesland, und es wurde auch hier wieder der Beweis geliefert, daß die Republik sich recht gut mit dem Despotismus verträgt.

Uebrigens mußte Hecker schon jetzt mit Schmerz sehen, wie sehr er sich verrechnet hatte; die „Lawine“, welche fortwährend wachsen sollte, blieb wie sie war, und er, der den Regierungen so oft vorgeworfen, daß sie das Volk nicht kennten, machte nun die trübe Erfahrung, daß auch er selbst das Volk nicht richtig beurtheilt hatte, und schon damals soll er sich bitter über Täuschung von

Seiten aufmunternder Freunde beklagt haben. Auch würde er, seinem eigenen Geständnisse nach, schon jetzt zurückgetreten sein, hätte er seinen freien Willen gehabt und wäre er nicht von seinen eigenen Leuten streng überwacht worden.

Während dem zogen sich immer mehr würtembergische Truppen zusammen, so daß die Aufwiegler, die überall zurückwichen, endlich eine Zuflucht in dem Gebirge suchten. Am 19. war das Hauptquartier in Schopfheim und wurde am 20. nach Kandern verlegt. Hier war es, wo die Rebellen, die nicht mehr entweichen konnten, eine entscheidende Niederlage erlitten; zunächst das Hecker'sche Corps, von Hecker und Kaiser commandirt, — bei dieser Attacke wurde v. Gagern erschossen. — Nachdem das Corps völlig zersprengt war, stießen die Truppen bei Steinen auf Struve und Weißhaar, und auch diese Schaar von etwa 1000 Mann wurde zersprengt. Struve und Weißhaar hatten in der ganzen Gegend mit Mord und Brand gedroht, wenn nicht Alles von 18 bis 30 Jahren mitzöge oder 200 bis 500 Gulden zahle; aber aus dem ganzen Wiesenthale ging kein Mann mit. Die ganze Straße nach Basel jedoch war mit flüchtigen Republikanern bedeckt, und Hecker selbst traf am 21. in Basel ein, wurde jedoch zwei Tage darauf polizeilich von dort verwiesen. Er verbürgte jedoch von hier aus mit seinem Ehrenworte, daß General v. Gagern nicht meuchlings erschossen, sondern erst dann getroffen sei, nachdem auf die Freischaaren die erste Salve abgefeuert wäre. Indeß gestehen selbst die Gegner, daß die Freischaaren im Ganzen sehr tapfer, selbst mit Verzweiflung gekämpft, daß jedoch viele gleich anfangs die oft sehr eigenthümlichen Waffen abgeworfen, und sich aus dem Staube gemacht haben. — Nach Hecker langte auch Struve in Basel an, das nun die beiden Häupter dieses Aufstandes in seinen Mauern sah. — Indeß hatten die Republikaner ihre Pläne keineswegs aufgegeben. Aller Orten im Badenschen Seekreise und Oberlande rotteten sie sich von Neuem zusammen, wurden von der Schweiz und

dem Elsaß aus bedeutend verstärkt, und fast täglich fielen Scharmützel zwischen den Truppen und den Insurgenten vor, namentlich am 23., dem Ostersonntage, in Freiburg, wo die Schaaren unter Sigl's Leitung und von Barrikaden herab fochten, aber noch an dem nämlichen Tage gesprengt wurden. — Eine andere Schaar, an deren Spitze Herwegh mit seiner Frau, die Mannskleider und Pistolen trug, stand, hatte sich in die Schwarzwaldschluchten bei Kandern geworfen, doch ist bekannt, wie erbärmlich sich dieser Wortheld mit seiner Amazone, nachdem er vor dem Gefechte ohnmächtig geworden war, aus dem Staube machte. Ein Haufen von gegen 300 Arbeitern unter Heinzen auf der Schusterinsel im Rhein ging auf Hecker's Zureden auseinander. Von nun an wurde die Lage der Insurgenten immer übler, sie fingen an, sich in kleine Banden aufzulösen und in ihre Heimath zu flüchten, und schon stellte sich nach all diesen tragischen Ereignissen der Humor wieder ein, indem man den überstandenen Wirren den Spitznamen des „Hecker-Struwel-Peter'schen" Unternehmens beilegte. Eine Menge der Freischärler war gefangen, ihr Ansehen ward als banditenartig, aber mitleiderregend geschildert. Da empörte sich jedes Gemüth bei dem Gedanken, daß solches Gesindel, wie dieses da, die Vermessenheit hatte, die Grundzüge zu Deutschlands künftiger Gestaltung vorschreiben zu wollen. Uebrigens scheint Bornstedt, der bekannte ehemalige Spion des preußischen Cabinets, seltsamerweise der einzige von den Führern gewesen zu sein, welcher nach Beendigung des Aufstandes bei den deutschen Arbeitern noch einiger Achtung genoß, aber wohl einzig nur aus dem Grunde, weil er wenigstens das Schicksal der Gefangenen standhaft mit ihnen theilen wollte, und sich nicht wie Struve, Herwegh, Hecker und Sigl, oder wie Herwegh's Frau, die man öfter in spanischem Costüme von blauem Sammet mit hohen Stulpstiefeln und weißem Schlapphut sah, noch während des Gefechts durch die Flucht entfernte.

So viel aber steht fest, daß der einzige wirklich achtbare Mann

bei diesem Unternehmen Friedrich Hecker war. Er schwärmte für ein Ideal, blieb in seiner Gesinnung stets edel und ächt deutsch, desto fürchterlicher aber mußte er sich niedergeschlagen fühlen, als er die Folgen seiner Handlungsweise, seines Irrthums erkannte und einsah, wie er sich im Grunde nur zum Spielwerk eigennütziger oder ehrgeiziger Verworfenen hergegeben hatte. Bekannt ist, daß Hecker, voll Reue über seine Handlungsweise, den Schauplatz derselben gänzlich verlassen und sich nach Nordamerika eingeschifft hat, bekannt auch das ergreifende Bekenntniß, welches er vor seiner Abreise ablegte. Deutschland verliert in ihm einen edlen Mann, der ihm, wäre er minder exaltirt gewesen, zu großem Segen gereicht haben würde.

Man hätte glauben sollen, daß das gänzliche Scheitern dieses ersten Versuchs die Lust zu neuen Unternehmungen auf lange Zeit verscheucht haben würde. Aber die allgemeine Gährung, welche Deutschland bei Gelegenheit des Malmöer Waffenstillstandes ergriffen hatte, bot den heimathlosen Flüchtlingen eine zu günstige Aussicht dar, abermals Wirren anzuzetteln, als daß sie dieselbe hätten unbenutzt lassen sollen. Und diesmal war, da Hecker fehlte, Struve allein das Haupt des Unternehmens. Das Geschehene ist noch zu neu, lebt noch zu sehr in Aller Gedächtniß, als daß wir hier die Jedem bekannten Ereignisse nochmals aufzählen sollten, deren Hauptpunkte der blutige Barrikadenkampf in Frankfurt, Struve's Einfall in Deutschland von der Schweiz her, und endlich dessen Gefangennahme bilden.

Was aber erwächst uns für eine Lehre daraus? Worin kann uns dieser Gräuel zur Warnung dienen? Zunächst als Warnung vor allen Sondergelüsten, mögen sie sich in den höchsten oder tiefsten Regionen des Volkes zeigen. Sobald Sondergelüste ihren Einfluß zu äußern beginnen, lockert sich der Staatsverband immer mehr, je weiter sie um sich greifen, und nichts wird lieber und leichter nachgeahmt, als ein schlechtes Beispiel. Zur Lehre aber

können sie uns darin dienen, daß nur ein wahrhaft freies Volk, nur eine wahrhaft volksthümliche Regierung, mit einem Worte nur eine demokratische Verfassung im Stande sind, dergleichen blutige Auftritte unmöglich zu machen.

„Vor dem Sclaven, der die Ketten zerbricht", muß man zittern, nicht aber vor dem freien Manne. Nur ein politisch-rohes Volk läßt sich verleiten, aus Unwissenheit seine eigenen Eingeweide zu zerfleischen, während in einem politisch-gebildeten, unter demokratischen Institutionen lebenden Volke keine andere Umwälzung vor sich gehen kann, als eine ruhige, erhabene, eine nirgend aus dem Bereich des Gesetzes hinausschreitende. Das Gefühl der wahren staatsbürgerlichen Freiheit ist viel zu stark, das Selbstgefühl des Bürgers viel zu groß und die Ueberzeugung, daß die Beschränkung der natürlichen Freiheit im Staate nur zur Kräftigung der bürgerlichen Freiheit, und dadurch zur Erreichung des Staatszweckes beiträgt, viel zu lebendig, als daß es dem Einzelnen jemals einfallen könnte, sich dem Staate gegenüber anders, denn als ein, in der Allgemeinheit aufgehendes Glied des großen Ganzen zu betrachten, als daß es ihm jemals einfallen könnte, sich als Einzelwesen dem Staate entgegenzustellen. Das ist das Gefühl, welches einen Staat kräftig und wohlthätig macht, und dieses Gefühl zu wecken und zu nähren ist vornämlich die leider nur zu lange versäumte Pflicht der Gesetzgeber und der Regierungen. Unter der Herrschaft der Bajonette und der Polizeidiener, unter Formen, die ein ganzes edles Volk entweder als eine Rotte aufrührerischer Sclaven oder aber als ein unmündiges Kind behandeln, kann freilich kein Gefühl der wahren Freiheit, kein Bewußtsein von bürgerlicher Würde aufkommen, und wenn das gedrückte und geknechtete Volk, unfähig, den unwürdigen Druck länger zu ertragen, sich verzweiflungsvoll und mit dem Schrei der Rache dagegen erhebt, wenn es endlich gewaltsam ein Joch abschüttelt, das ihm unerträglich wurde, so ist die Schuld auf Seiten derjenigen, welche diesen Druck aus-

übten, auf Seiten derer, welche dem Volke diejenige Freiheit vorenthielten, die die Grundlage jeder Staatsverfassung sein muß, wenn dieselbe nicht bloß auf dem Rechte des Stärkern beruhen soll. Sobald die bloße Stärke das Recht begründet, hat jedesmal derjenige Recht, welcher der Stärkere ist. Sobald man also ungestraft den Gehorsam verweigern kann, kann man es nach dieser Theorie mit Recht; man braucht sich der bloßen Gewalt nur so lange zu fügen, als man sich ihr nicht entziehen kann, und ist nur verpflichtet, gesetzmäßigen Gewalten zu gehorchen. Gesetzmäßig aber ist nur diejenige Gewalt, welche aus dem Allgemeinwillen hervorging und das Gesetz als über sich anerkennt, und daß zwischen einer solchen Regierung und dem regierten Volke jemals ein Zwiespalt entstehen könnte, ist eine offenbare Unmöglichkeit, wenigstens der Idee nach; denn jede menschliche Einrichtung wird ihre Mängel haben, aber bei einem politisch gebildeten Volke weniger, als bei einem rohen, bei einem sich frei fühlenden Volke weniger als bei einem beknechteten, und bis jetzt kennt die Geschichte noch kein Beispiel, daß in einem wahrhaft freien Volke eine blutige Revolution stattgefunden, noch daß ein solches, so lange es frei war, jemals von dem Wege der Gesetzlichkeit abgewichen sei.

Als die Nachricht von Guizot's Sturz nach Wien gekommen, soll Fürst Metternich sich die Hände gerieben und bemerkt haben: — es sei dies längst vorauszusehen gewesen. Als aber dieser Nachricht die zweite, von Ludwig Philipp's Flucht und von der Verkündigung der Republik auf dem Fuße gefolgt, da sei derselbe erschrocken und habe längere Zeit bewußtlos dagesessen. Es war dies die Stunde des Gerichts dieses gefährlichen Mannes, der Lüge und Betrug zu seinen vertrautesten Hülfsmitteln zählte und in der Wahrheit seine unversöhnlichste Feindin erblicken mußte, die er eben deshalb in der freien Presse auf das Unversöhnlichste verfolgte; denn daß er vorgab, die freie Presse um ihrer Lügen willen zu hassen, war eben auch nur eine große Lüge. Es ist bekannt, woher die

ungeheuren Schätze dieses ruchlosen Mannes stammen, wie er sie nur seiner Bestechlichkeit verdankte, wie er im Solde Rußlands stand, von dem er jährlich 75,000 Ducaten bekam, und diesem gefährlichsten Feinde Deutschlands dafür von jeher die heiligsten Interessen seines Vaterlandes verrieth. Er diente der vollendeten Selbstsucht, die durch keinen Zug irgend einer Tugend gemildert wird; es ist von ihm nicht eine einzige Handlung der Großmuth oder der Aufopferung oder einer menschlichen Regung bekannt, die doch im Leben anderer berühmten Männer so Vieles in einem freundlichern Lichte erscheinen lassen. Er war grausam, boshaft, rachsüchtig, und so viele Polen und Italiener in den österreichischen Festungen geschmachtet haben, so viele Ankläger gegen seine Menschlichkeit stehen auf; gegen ihn schreien Deutsche und Ungarn um Gerechtigkeit, die Flüche der ganzen Welt fallen auf sein Haupt, denn so weit sein mächtiger Arm reichte, hat er Unheil gesäet, und es verlautet nicht, daß er auch nur in einem einzigen Falle seine Stimme zu Gunsten der Unterdrückten erhoben hätte. Er war es auch, der seit 1818 die Fürsten von einem Wortbruch zum andern verführte, der die Fesseln schmiedete, in welche das deutsche Volk geschlagen wurde; die Beschlüsse von Carlsbad, von Laibach, von Verona, von Wien, kurz jeder Beschluß, der die Willkürherrschaft begünstigte und Fürstenwort zu Schanden machte, ging von Metternich aus, und alle eidbrüchigen Fürsten, alle Verräther an Glauben und Vaterland fanden an ihm, wenn nicht ihren Verführer, doch ihren Schützer und Gönner, und er war es auch, dessen Einfluß im Jahre 1820 Carl Albert von Carignan zum Treubruch an seinen Genossen verleitete; — es war nur gerechte Vergeltung, wenn dieser ihm mit gleicher Münze zahlte. Je älter er ward, desto eifriger und leidenschaftlicher ward er, und noch kurz vor seinem Sturze hat er sich Uebereilungen zu Schulden kommen lassen, um deren willen er sich öffentlich Lügen strafen lassen mußte. Er kämpfte einen Kampf um Tod und Leben mit der Presse, und dem

ersten freien Worte fiel er zum Opfer. — Wie streng auch immer die Presse in Oesterreich überwacht wurde, so konnten doch die Pariser Ereignisse, die ihren Wiederhall in ganz Deutschland gefunden hatten, auch in Wien nicht unbekannt und nicht unempfunden bleiben, und dies um so weniger, je entschiedener bereits Ungarn fortgeschritten war auf dem Wege zur Wiedereroberung seiner unterschlagenen, verfassungsmäßigen Freiheiten. Die Bundesbeschlüsse vom 1., 3. und 9. März berechtigten Wien zu Forderungen, und die Ernennung des Grafen Colloredo-Wallsee zum Bundespräsidialgesandten, statt des bereitwilligsten Werkzeugs Metternich's, des Präsidialgesandten Münch-Bellinghausen, erregte Hoffnungen, deren Erfüllung sich von Metternich allerdings nicht erwarten ließ. Da kam der Geist der Freiheit über die Universität, und ihre eigenen Professoren übernahmen es, eine Petition um verfassungsmäßige Sicherstellungen an den Kaiser zu bringen. Mit allgemeiner Spannung wurde der auf den 13. März festgesetzten Eröffnung des Landtages entgegengesehen. Vergebens unterließ man die sonst übliche feierliche Auffahrt; die Stände begaben sich zu Fuße in das Ständehaus, aber Tausende umlagerten es, und eine Deputation der Universität fragte an, welche Schritte zur Erreichung der allgemeinen Wünsche geschehen würden. Die Ständeversammlung sah sich genöthigt, einige ihrer Mitglieder nach der Hofburg zu entsenden, und das Volk blieb versammelt, um ihre Rückkehr zu erwarten. Während dem trat im Hofe des Landeshauses ein Ungar, Dr. Fischhof (später vom 26. Mai bis zu Eröffnung des Reichstags Präsident des Sicherheitsausschusses, jetzt Rath im Ministerium des Innern) auf, und ermahnte das Volk zur Besonnenheit, indem er zugleich als die nicht länger vorzuenthaltenden Wünsche des Volkes, außer den Forderungen, welche auch anderer Orten bereits laut geworden waren, namentlich Freiheit der Presse und der Person, Oeffentlichkeit, und Vertretung des Volkes bei dem deutschen Bunde bezeichnete. Er fand von allen Seiten die begeistertste Zu-

stimmung, und die Menge wurde allmälig so entflammt, daß die herumgereichte Petition der Stände, welche sich auf Regelung der Finanzen beschränkte, mit lautem Hohn zerrissen wurde. Nach ihm sprach unter anderen der Ritter von Böhm, ein Wiener, und stellte die Forderung, daß man die Jesuiten entfernen und auf Absetzung des Staatsmannes dringen müsse, in welchem das verderbliche System verkörpert sei. Stürmischer Beifall lohnte dem Redner, als er auf allgemeines Verlangen den verhaßten Namen aussprach, und der laute einstimmige Ruf: — Nieder mit Metternich! antwortete dem gestellten Antrage. Es ward beschlossen, eine aus Ständen und Bürgern bestehende Deputation an den Kaiser abzusenden und die Antwort zu erwarten. Während dem war ein Theil der Menge in das Ständehaus eingedrungen, und als jetzt aus einem Fenster des ersten Stockes herabgerufen wird, Böhm sei verhaftet, dringt Alles gewaltsam ein, befreit denselben und beginnt, durch eine zerstoßene Fensterscheibe zufällig angeregt, das Trauerwerk der Zerstörung, die sich auf Alles erstreckte, was irgend locker gemacht werden konnte.

Während dem hatte sich auch außerhalb des Landeshauses, auf der Herrengasse, eine Menge Volk versammelt, das ganz ruhig der Dinge, die da kommen sollten, harrte, als plötzlich, ohne vorherige Warnung, drei Gewehrsalven auf dasselbe gegeben wurden, deren Opfer neun Todte, meist Studenten, waren. Ein furchtbarer Tumult folgte, das Volk zerstreute sich in der ganzen Stadt, und viele kaiserliche Gebäude verfielen seiner Wuth. Die größte Menge hatte sich inzwischen nach dem Hofe geflüchtet, wo das bürgerliche Zeughaus steht, und rief nach Waffen, als auch dort eine Schwadron Kürassiere ebenfalls ohne vorgängige Warnung auf das Volk einhieb. Im Nu waren Barrikaden nach dem Judenplatz zu errichtet, allein sie wurden von den Truppen genommen, welche sich ohne Schonung ihrer Waffen bedienten. Und eben so ging es in vielen anderen Straßen, wo sogar viele der zur Beruhigung herbeieilenden

Bürgergardisten zu Opfern der ohne Wahl auf das Volk schießenden Soldaten wurden. — Bekannt ist die Demüthigung, welche Fürst Metternich, noch vor seinem Falle, durch den Erzherzog Johann zu erleiden hatte. Metternich sträubte sich, wie ein Rasender, in kindischer Verzweiflung, gegen das Unvermeidliche, warf dem Kaiserhause Undankbarkeit vor und berief sich auf seine Treue. Doch seine Stunde hatte geschlagen, sein Maaß war voll. Noch an demselben Abende um 9 Uhr ereilte ihn die Nemesis, und sein Sturz mußte ihn wie ein Blitz aus heiterm Himmel getroffen haben; denn der herz- und ehrlose Mann, den nichts erschüttern, nichts rühren, nichts beschämen, nichts aus der Fassung bringen konnte, stand vernichtet da und hatte alle Fassung, fast die Besinnung verloren.

Ein Officier der Bürgergarde verkündete dem aufgeregten Volke diesen ersten Sieg, und nun herrschte ein Paar Tage lang großer Jubel in Wien. Aber der hinkende Bote kam nach. Die von der Regierung im Drang der Umstände verheißenen Zugeständnisse wollten immer noch nicht kommen, und ließen um so länger auf sich warten, je mehr die Einwohnerschaft zur gewohnten Ruhe zurückzukehren schien. Stunde auf Stunde vergeht, und kein Anschlag, keine Bekanntmachung erscheint; immer unheimlicher gährt es, immer bänger beschleicht die Gemüther der Gedanke eines Verrathes, unheimliche Massen strömen aus den Vorstädten in die Stadt, die inzwischen bewaffnete Bürgergarde sammelt sich, um bedrohte Gegenden zu schützen — aber allgemein spricht sich der Entschluß aus, nicht von der Stelle zu weichen, bis Wort gehalten ist, volles ungeschmälertes Wort. Endlich erscheint ein Anschlag, der die Errichtung der Bürgerwehr zugesteht; er enthält aber nichts von Preßfreiheit, und erst eine neue drohende Demonstration ist nöthig, um eine Stunde später einen neuen Anschlag zu erzwingen, der die Aufhebung der Censur und ein Preßgesetz verheißt. Diese kärglichen Zugeständnisse aber erfüllten so wenig die allgemeine Hoffnung, daß

ohne einen am Abend einfallenden heftigen Regen neue Unruhen vorauszusehen waren.

In dieser Weise ging es fort; die Camarilla wich nur der äußersten Noth, ließ sich jedes kleine Zugeständniß förmlich abzwingen, und streute dem schwachen Kaiser Sand in die Augen. Doch bildete sich mit großem Eifer die Nationalgarde, und, unter der Leitung des Grafen Hoyos von Sprinzenstein, die akademische Legion, der bald eine Macht zufallen sollte, welche ihr in der Geschichte dieser Tage eine hervorragende Stellung anweist.

Fast gleichzeitig mit dem Unwillen, den eine volksfeindliche anmaßende Proclamation des Fürsten Windischgrätz hervorgerufen hatte, verbreitete sich am Nachmittage des 15. März das Gerücht, der Kaiser habe die Constitution verliehen und dieselbe werde bereits gedruckt. Ein Zug der Stände, mit einem Trompeter an der Spitze, bestätigte die Nachricht, es wurden Exemplare vertheilt, und nie herrschte in Wien ein größerer Jubel, als in diesem Augenblicke; es war ein förmlicher Rausch der Begeisterung, und die Lebehochs und Fackelzüge, die dem Kaiser gebracht wurden, nahmen kein Ende. Wer das Volk an diesem Abende gesehen, sagt ein Augenzeuge, und nicht erfahren hat, wie dasselbe mit rechtzeitigen freien Bewilligungen viel leichter zufrieden zu stellen ist, als mit den größten Zugeständnissen, die man sich abdringen läßt, der ist für immer zum Staatsmann verdorben.

An dem folgenden Tage währten die Freudenbezeugungen noch immer fort, und wurden noch mehr dadurch angeregt, daß der Polizeiminister und oberste Censor Graf Sedlnizki, und der Bürgermeister von Czapka, nächst Metternich die verhaßtesten Personen, ihre Stellen niedergelegt hatten. Indeß vergaß man über der Freude die ernsteren Angelegenheiten nicht. Mit der Zusicherung der Constitution schien jedoch die Regierung alle Haltung verloren zu haben, obschon sie keineswegs unthätig war; denn fast jeden Tag seit

dem 21. März, an welchem der Freiherr von Pillersdorf das Ministerium des Innern übernahm, bis zum 26. Mai, wo die eigentliche Regierungsgewalt auf einen aus Abgeordneten des Gemeindeausschusses, des Verwaltungsrathes der Nationalgarde und der Universität gebildeten Ausschuß überging, bezeichnet ein wichtiger Erlaß. Pillersdorf begann seine Thätigkeit am 22. März mit der großartigen, umfassenden Amnestie, hob die militärischen Maßregeln des Fürsten Windischgrätz auf, erließ am 4. Mai seine schöne Verordnung zum Schutz der persönlichen Freiheit, gab am 6. Mai eine freisinnige Verordnung über die Presse, und bewies am 7. Mai durch die Sendung des Appellationsrathes Ritter von Schmerling als Vertrauensmann nach Frankfurt, daß er die Absicht hatte, Oesterreich solle mit Deutschland gehen. Indeß auch der freisinnige Pillersdorf konnte nur das bewilligen, was der Hof ihm zugestand, und es ist ein in Wahrheit ekelhaftes Schauspiel, wie die verknöcherte österreichische Despotie sich Schritt für Schritt nur den Forderungen des Volkes bequemte, und dadurch, sowie durch die von verruchten Rathgebern anempfohlene und durchgesetzte Flucht des Kaisers aus Wien nach Inspruck, am 17. Mai, wurde das ganze Reich in Verwirrung gestürzt, der Auflösung nahe gebracht, und eine Krisis herbeigeführt, deren zu dem Gräßlichsten und Scheußlichsten, was die Geschichte kennt, gehörende Lösung in grellem Contraste steht mit dem Beinamen des „Gütigen und Milden", den eine speichelleckende, ehrlose Aristokratie dem Kaiser Ferdinand vor Kurzem beilegte. Gleich nach der Flucht des Kaisers zeigte es sich, wie es mit der Ehrlichkeit der gemachten Concessionen stehe. Schon am 25. Mai erklärte ein bereits vom 20. datirtes Decret, das ohne ministerielle Gegenzeichnung war, daß man sich an die — wenn auch im Sturme geforderten, so doch formell im verfassungsmäßigen Wege bewilligten — Zugeständnisse nicht gebunden erachte. Von diesem Augenblicke an war es den Bürgern klar, welch ein Spiel mit ihnen getrieben worden sei, und es verdient Bewun-

derung, daß dieselben, im Verein mit den Studenten und Arbeitern, trotz der ungeheuern Aufregung, trotz der aus Vorsicht errichteten haushohen Barrikaden und trotz ihrer guten Bewaffnung sofort auf den Weg der Gesetzlichkeit zurückkehrte, sobald das Ministerium, welches von dem Hofe so schmählich im Stiche gelassen war, alle Zusicherungen des 15. März auf's Neue garantirt hatte. Wiederholt drangen Deputationen in den Kaiser, die bittend, und später fordernd, die Rückkehr des Kaisers begehrten, und sein längeres Zögern für einen offenen Verrath am Vaterlande erklärten. Wirklich gab der Kaiser endlich die feste Versicherung, daß er nun zur Eröffnung des inzwischen berufenen Reichstages nach Wien zurückkehren werde; wir haben aber gesehen, wie er Wort gehalten. Er wurde glötzlich zu sehr gelegener Zeit krank, und ernannte am 16. Juni seinen Oheim, den Erzherzog Johann, zum Stellvertreter für Eröffnung des Reichstags. Mit großer Begeisterung empfangen, traf dieser am 24. Juni in Wien ein. Nach wenigen Tagen schon erhielt er in Wien die Nachricht von seiner Erwählung zum deutschen Reichsverweser, und entschloß sich, da der Reichstag wegen ermangelnder Mitgliederzahl nicht zur bestimmten Zeit eröffnet werden konnte, zum Antritt seiner Reichsverweserschaft noch vorher nach Frankfurt zu reisen. Um diese Zeit trat Pillersdorf aus dem Ministerium, und es wurde ein neues Ministerium unter Doblhof's und Wessenberg's Vorsitze errichtet, das sich in dreien seiner Mitglieder auf Größen stützte, die es durch die Revolution geworden, und in der Person des Dr. Fischhof den ersten Israeliten in den österreichischen Staatsdienst berief. Nachdem der Reichstag am 22. Juli durch den Erzherzog Johann eröffnet war, kehrte der Kaiser, auf dessen mehr als dringendes Ansuchen, am 12. August nach Wien zurück, wurde trotz alles Vorgefallenen mit Jubel empfangen, und so schien sich das große Drama friedlich lösen zu wollen. Aber das Maß der Leiden für das unglückliche Wien war noch nicht voll, der Himmel schien es dafür strafen zu wollen, daß es das

schändliche Joch der Metternich'schen Politik so lange ertragen. Was wir eben in kurzen Abrissen erzählten, war nur der erste Act eines Trauerspiels, dem eine fürchterliche Katastrophe folgen sollte, und die Geschichte bezeugt, daß an dem Ungeheuren, was nun geschah, nicht das Volk die Schuld trug, sondern diejenigen, deren Pflicht die Förderung des Wohls desselben war.

Werfen wir jetzt einen Blick auf das übrige Deutschland zurück, so sehen wir, daß die Bewegungen in den übrigen süddeutschen Staaten mit den Bewilligungen in Baden Hand in Hand gingen, und sich, wie durch elektrische Fäden fortgeführt, rasch bis in den hohen Norden erstreckten.

In Würtemberg wurden bereits am 2. März alle durch den Ausschuß der Stände und eine Volksversammlung dem Könige vorgelegten Wünsche des Volkes erfüllt, und am 3. März folgte Sigmaringen diesem Beispiele. Aber hier, wie dort, hatte man kein Vertrauen, daß die Männer, welche so lange dazu mitgewirkt hatten, dem Volke seine wohlerworbenen und verbrieften Rechte vorzuenthalten oder zu schmälern, oder doch dieselben in der Ausübung unwirksam zu machen, mit aufrichtigem Herzen der neuen Gestaltung der Dinge dienen könnten. Bald hatte sich daher in ganz Deutschland die öffentliche Meinung dahin erklärt, daß alle Männer, die entweder zu den bekannten geheimen Beschlüssen von 1834 mitgewirkt, oder doch zu denselben ihre Zustimmung gegeben, oder zu ihrer Ausführung beigetragen hatten, nicht länger im Rathe der Fürsten geduldet werden könnten. Ueberall sahen die Fürsten, ob auch zuweilen erst nach langem Zögern, ein, daß die Unvolksthümlichkeit ihrer Räthe nur zu geeignet sei, durch Beibehaltung derselben den gegründeten Zweifel zu erregen, ob auch die Fürsten von der Unhaltbarkeit der bisherigen Regierungsgrundsätze völlig überführt und entschlossen seien, von nun an den Rechten und Wünschen des Volkes Rechnung zu tragen, und hinfort dasselbe nicht mehr den Interessen einzelner privilegirten Stände zu opfern. Al-

lerdings machte man in Würtemberg wiederholte Versuche, unvolksthümliche Ministerien an die Spitze der Regierung zu stellen, ja es wurde daselbst von den Höflingen sogar die Schändlichkeit begangen, daß man dem König die wahre Stimmung des Landes verheimlichte und ihm nicht einmal die eigne Landeszeitung vorlegte, sondern das Bedenkliche in einem besondern Beiblatte drucken ließ und dies dem Könige unterschlug: — ein neuer Beweis, wie unerläßlich es ist, daß nicht nur die Preßfreiheit unantastbar sei, sondern daß auch die Könige schon früh gewöhnt werden, nicht bloß durch die Brille ihrer Umgebung zu sehen; denn das in Ränken und Schmeichelei aufgezogene Hofgeschmeiß hält den Fürsten einen Spiegel vor, in welchem sie den Zustand ihres Landes nur entstellt sehen. Einen Beweis von richtigem Tacte gaben die würtembergischen Kammern; sie fühlten, daß sie, gleich allen übrigen deutschen Kammern, unter dem Eindruck des allgemeinen Mißtrauens arbeiteten, der sich an Alles knüpfte, was unter der frühern Regierung geschaffen worden war, und beantragten denn auch am 16. März selbst ihre Auflösung, die schon am 28. desselben Monats erfolgte. Es ist dies ein Beweis von Zartgefühl, den wir von der letzten Braunschweigischen Kammer vergebens erwarteten, so nahe ihr dieser Schritt, der sich im Grunde von selbst verstand, durch die allgemein und offen ausgesprochene Stimme des Volkes auch gelegt wurde.

Das schon durch die Februarereignisse aufgeregte Baiern sollte nicht auf so unblutigem Wege zu seiner politischen Wiedergeburt gelangen, und zwar hier einzig und allein in Folge der Wortbrüchigkeit der Regierung. Einige bald wieder unterdrückte Unruhen gegen den Minister von Mercks am 2. März veranlaßten, daß der König, in Folge einer Adresse mit 10,000 Unterschriften, außer Preßfreiheit und Schwurgerichten, auch ein neues Wahlgesetz und sofortige Einberufung der Stände genehmigte. Statt aber diesem Versprechen nachzukommen, zog er in München immer mehr Mili-

tair zusammen, und die dadurch hervorgerufene bange Ahnung war nur zu gegründet. Die Regierung suchte ihre Zusagen zu umgehen, und erst als neue Stürme auszubrechen drohten, brachte am 6. März ein neuer Erlaß gänzliche Aufhebung der Censur, Beeidigung des Heeres auf die Verfassung, Ministerverantwortlichkeit, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege mit Schwurgerichten; und Versicherungen von des Königs warmer Liebe zu Deutschland schlossen diesen Erlaß, der von sämmtlichen baierischen Prinzen mit vollzogen war. Schon am 6. März wurde das Militair in ganz Baiern auf die Verfassung beeidigt, und der freisinnige Abgeordnete von Thon-Dittmar, bis dahin Bürgermeister in Regensburg, zum Minister des Innern ernannt. Baiern war beruhigt, und sicherlich würde in demselben kein Bürgerblut mehr geflossen sein, hätte sich nicht plötzlich am 17. März das Gerücht verbreitet, jene feile Tänzerin, die Gräfin von Landsfeld, sei wieder in München. Das moralisch empörte Volk stand auf, und legte nicht eher die Waffen nieder, als bis jene Person ihres Heimathsrechtes beraubt und mit den schimpflichsten Steckbriefen verfolgt worden war. Dem schwachen Könige, der aus der Hand der Jesuiten in die jener selbstgeschaffenen Gräfin übergegangen war, war dieser letzte Schlag zu stark. An demselben 20. März, an welchem er die Decrete gegen diese Tänzerin unterzeichnete, entsagte er der Krone, und gestattete dadurch den geduldigen Völkern einen tiefen Blick in die Unsittlichkeit der Höfe. An demselben Tage trat Maximilian II. die Regierung an, bestätigte die früheren Zusagen, umgab sich mit einem volksthümlichen Ministerium und eröffnete am 22. März die Kammern, die ihre Aufgabe in entschieden liberalem Sinne lösten. Allerdings tauchten bei der Regierung manche Sondergelüste auf, man schien sich von den kleineren deutschen Staaten trennen und mit Preußen und Oesterreich Hand in Hand gehen zu wollen, doch scheiterten alle diese Bestrebungen an dem entschiedenen Willen des Volkes.

Schneller und friedlicher bewirkten die kleineren süddeutschen Staaten den Uebergang in die neue Zeit. In Nassau und Darmstadt kamen die Regierungen den Kammern gewissermaßen zuvor; namentlich gewährte schon am 2. März der Großherzog ein Preßgesetz auf badischer Grundlage, Bürgerwehr und alle die Institutionen, welche dem deutschen Volke so lange vorenthalten waren. Da diese octroyirte Form der Gabe aber nicht genügte, und das Volk Garantieen forderte, so nahm der Großherzog den Erbgroßherzog Ludwig zum Mitregenten am 5. März an, und dieser kam dem Volke auf alle Weise entgegen, indem er zugleich die Aufrichtigkeit seiner Gesinnung durch Ernennung Heinrich's von Gagern zum Ministerpräsidenten bethätigte, den er „seinen Freund" nannte, und durch diese Wahl eben so wohl seinen Scharfblick, wie das volle Verständniß seiner Zeit kund gab; und von diesem Wege ist derselbe bis jetzt nicht wieder abgewichen.

In Homburg und Hohenzollern-Hechingen mußten die Zugeständnisse erzwungen werden; in ersterm Lande waren sogar die Zusicherungen der Bundesacte wegen Einführung landständischer Verfassung bis zu diesem Augenblicke unerfüllt geblieben. Daß Sigmaringen dem Beispiele des Königs von Würtemberg folgte, ist bereits erwähnt.

Werfen wir noch einen Blick auf diesen Umschwung der öffentlichen Verhältnisse in Süddeutschland, welches, an Frankreich grenzend, nothwendig den von dort ausgehenden Stoß heftiger als das ganze übrige Deutschland empfinden mußte, so ist vor allen Dingen der Umstand erfreulich, daß auch dort inmitten der höchsten Aufregung eine ächt deutsche Gesinnung sich aussprach, und durch alle Bestrebungen das Ringen nach Deutschlands Einheit vorherrschte. Allerdings hat der Süden heftigere Zuckungen gehabt, als der größeste Theil von Norddeutschland; aber es ist auch nicht zu leugnen, daß in ganz Süddeutschland noch Mißbräuche herrschend gewesen sind, die in dem größern Theile von Norddeutsch-

land seit länger als einem Vierteljahrhunderte beseitigt waren. Die Zahl und Höhe der Abgaben, mit denen Grund und Boden belastet sind, erscheint fast unglaublich und erklärt nicht nur vollständig den Zug der Auswanderung, der besonders von dort aus Amerika bevölkert hat, sondern auch die gewaltthätigen Ausbrüche, die in einem Theile von Hessen, Baden, Würtemberg und Baiern zu beklagen gewesen sind.

Was Norddeutschland betrifft, so hat zunächst im Königreich Sachsen die Umgestaltung einen raschen und durchaus friedlichen Verlauf genommen. Es ist eine unbestreitbare Thatsache, daß in keinem deutschen Lande die Regierung so aufrichtig constitutionell war, als gerade hier. Daher die Ruhe und Zufriedenheit, welche so überaus schnell zurückkehrte, und durch das am 13. März eingesetzte Ministerium (mit Braun und Oberländer), welches die allgemeinen Forderungen des deutschen Volkes als die vom König genehmigten Grundsätze seiner Verwaltung aufstellte, auch für die Folge gesichert wurde. Wenn Sachsen etwas zu fürchten hat, so ist es von der herrschenden Noth der Fabrikarbeiter, die sich allerdings zu einzelnen Excessen gegen mißliebige Personen, wie gegen den Fürsten von Schönburg-Waldenburg, hinreißen ließen.

Minder friedlich geschah die Lösung der Frage in den sächsischen Herzogthümern und in den Reußischen Landen. In Weimar nöthigte am 8. März eine Volksversammlung den Großherzog, nicht nur das bisherige Ministerium zu entlassen, sondern auch den Landtagsabgeordneten Advocat von Wydenbrugk zum Ministerpräsidenten zu ernennen. Auch setzte das Volk unmittelbare, statt der mittelbaren, Wahlen nach Frankfurt durch. Im Uebrigen blieb, bis in neuere Zeit, Alles ruhig. Die Herzöge von Meiningen und Coburg kamen dem Volke freundlich entgegen und verständigten sich leicht; nicht so der Herzog von Altenburg, welcher allerdings mit der von einigen Advocaten geleiteten durchaus republikanischen Bewegung, welche sogar das Schloß verbarrikadirte, einen harten

Strauß zu kämpfen hatte und endlich zur völligen Nachgiebigkeit gezwungen wurde.

In den Reußischen Landen wurden durch drei wunderlich stylisirte Erlasse des bekannten Fürsten von Reuß-Ebersdorf, der in neuester Zeit der Regierung völlig entsagte, die allerdings drückenden Beschwerden beseitigt, denn dort war die landesherrliche Fürsorge viel mehr dem Wildstande, als den Menschen gewidmet, und bei allen Beweisen von gewissermaßen anfliegender Gerechtigkeitsliebe des Fürsten lebte das Volk in einem völlig rechtlosen Zustande und erlag der Last unerschwinglicher Abgaben. Der Fürst von Reuß-Greiz gab erst am 3. Juni einer sehr ernstlichen Mahnung seiner Unterthanen nach, und in Gera kam es am 12. August sogar zu einem förmlichen Aufruhr der Bauern, welche in die Stadt einrückten, ein blutiges Zusammentreffen mit der Bürgerwehr bestanden, und erst allmälig wieder beruhigt werden konnten. In neuerer Zeit ist, wie auch in dem größesten Theile Thüringens, auf Anordnung der Reichsgewalt die Besetzung mit sächsischen Truppen erfolgt.

Noch bei Weitem drohender gestaltete sich der Uebergang aus der alten Zeit in die neue in Kurhessen, wo eine 1830 erzwungene freisinnige Verfassung von Seiten der despotischen Regierung durch offenbare Mißachtung der Gesetze auf das Aeußerste verunstaltet und zur höchsten Bedrückung des Volkes gemißbraucht worden war. Schon am 29. Februar erschien Hanau mit einer energischen Protestation, welcher bis zum 6. März so zahlreiche Anschlüsse folgten, daß der Kurfürst sich genöthigt sah, die Berufung neuer Stände zuzusichern. Gleichzeitig trat an die Stelle des verhaßten Ministeriums ein neues, das sofort die Einberufung der Stände zum zwanzigsten März verfügte. Inzwischen hatte sich am 9. März in Hanau eine provisorische Regierung gebildet, und erzwang neue Zugeständnisse von Seiten des Kurfürsten, ohne daß dadurch das Mißtrauen gegen die Aufrichtigkeit und den Charakter des letztern be-

seitigt, und die Aufregung gedämpft worden wäre. Endlich nach mehrstündiger Belagerung in seinem Schlosse am 11. März bewilligte er alle Forderungen des Volkes, ergänzte das Ministerium im Sinne des Volkes, und ernannte den bis dahin wahrhaft unmenschlich verfolgten Professor Jordan zum Vertrauensmann in Frankfurt. Trotz aller Bemühungen der Stände war aber der Kurfürst zu tief in die Netze des Hofes verstrickt und fand am Selbstregieren zu großes Gefallen, als daß er nicht seine eigenen Wünsche denen des Volkes vorgezogen haben sollte. Auch hier glaubte der Fürst „Von Gottes Gnaden", dem Volke gegenüber keine Pflichten, als sein bon plaisir zu haben, und scheuete sich nicht, die heiligsten Zusicherungen unerfüllt zu lassen. Dies trieb die Bewohner natürlich auf's Aeußerste, und erst der förmliche Antrag auf Absetzung des Kurfürsten brach den Starrsinn und die Despotie dieses Fürsten, der sich nun, trotz seines Widerstrebens, in alle ihm gestellten Bedingungen fügen und sogar den Professor Jordan zum Gesandten bei dem Bundestage ernennen mußte. Die sehr hohe Civilliste des kurfürstlichen Hauses stellt freilich, bei der immer größer werdenden Verarmung des Landes, neue gefährliche Kämpfe in Aussicht.

In Braunschweig begannen und verliefen die revolutionären Bewegungen genau so, wie in den meisten übrigen kleineren constitutionellen Staaten, nur mit dem Unterschiede, daß das Volk bei aller Energie seines Auftretens in keinem Falle den Weg der Gesetzlichkeit und Ordnung verließ, und von Seiten der Regierung auf das Bereitwilligste alle geforderten Zugeständnisse gemacht, und nicht wieder beschränkt oder zurückgenommen wurden. Allerdings gab es gelegentlich einmal einen Straßenscandal, wie es in so aufgeregter Zeit nicht anders sein kann; allein keiner derselben war eigentlich politischer Natur. Die einzelnen Excesse, welche bis in die neueste Zeit fortwährten, aber jedesmal ohne große Mühe gedämpft wurden, hatten meist eine Ausübung der Volksjustiz zum Zwecke, und richteten sich unter anderm gegen zwei Magistratsmit-

glieder, deren ehrenwerthen Charakter, deren Amtstreue und Befähigung bei den Verständigen keinem Zweifel unterliegen, und die in der öffentlichen Meinung längst gerechtfertigt dastehen. Daß die Umwälzung überhaupt einige Opfer fordern würde, ließ sich nicht anders erwarten. Volksversammlungen, Verwahrungen, Petitionen, Demonstrationen und Concessionen fehlten hier so wenig, als anderwärts. Am 1. März wurden die Wünsche des Volkes an den Herzog gebracht, der zuerst unter allen deutschen Fürsten sich bereit erklärte, seiner Selbstherrlichkeit zu Gunsten eines deutschen Reichsoberhauptes zu entsagen. Er schloß sich der Proclamation des Königs von Preußen an, und hat von allen Verheißungen nichts wieder zurückgenommen. Die anfangs für den 20. April einberufene Ständeversammlung trat bereits am 31. März zusammen, wurde von der indessen organisirten Bürgerwehr feierlich begleitet, empfing jedoch bei ihrer Eröffnung am 2. April ein Mißtrauensvotum von Seiten eines großen Theiles der Bürgerschaft, die in feierlichem Aufzuge, mit Fahnen und Insignien, nach dem landschaftlichen Hause zog, und eine Deputation mit der Erklärung entsandte, daß die Ständekammer, weil sie nach dem alten Wahlmodus zusammengesetzt sei, eben deshalb nicht das Vertrauen der Einwohner besitzen könne, daß man daher erwarte, sie werde ihre Thätigkeit lediglich auf ein neues Wahlgesetz beschränken, und dann einer neuen Kammer Platz machen. Diese Mahnung blieb aber ohne Erfolg, und wenn sich auch nicht in Abrede stellen läßt, daß die Kammer sich nach Kräften den Anforderungen der Zeit fügte, so war doch die herrschende Meinung die, daß sie sich eben nur f ü g t e. Schon am 4. ward ein Gesetz über die bis dahin beharrlich verweigerte Oeffentlichkeit der Verhandlungen angenommen. Am 15. wurde die vorläufige Aufhebung der Censur genehmigt und die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege zugesichert. Zwei Tage später trat der Staatsminister Graf von Veltheim, und zwei Tage darauf der an seine Stelle ernannte Minister G. von Koch, einer der ge-

lehrtesten und fähigsten Männer, namentlich im Fache der historischen Wissenschaften, und ein ausgezeichneter Staatsmann, wieder ab; ihm folgte der bisherige Finanzdirector von Geyso, mehrjähriger Präsident der Stände. Im Mai trat auch der Staatsminister Schulz zurück, in Folge dessen der Abgeordnete Hollandt seinen Antrag auf Anklage dieses Ministers zurücknahm. Die übrigen Beschlüsse der Kammer waren großentheils nur provisorisch, und werden von der nächsten Kammer wieder aufgenommen werden. — Für das Geschick Schleswig-Holstein's herrschte in allen Classen die regste Begeisterung, und der Herzog selbst drang nicht nur unablässig auf größern Ernst in der Führung dieses Krieges, sondern begab sich auch selbst an Ort und Stelle, um persönlich die Sache zu betreiben. — Das freie Associationsrecht trug in Braunschweig reiche Früchte; es bildeten sich der Vaterländische Verein, späterhin der Volksverein, und nach diesen Mustern im ganzen Lande ähnliche Vereine, deren entschiedener Einfluß auf die öffentliche Meinung noch jüngst bei den Landtagswahlen deutlich hervortrat.

Hannover gehört zu denjenigen deutschen Ländern, in welche der Geist der allgemeinen Aufregung zuletzt eingedrungen zu sein scheint. Trotz dem, daß seine Zustände aus einem offenen, gewaltsamen Verfassungsbruche hervorgegangen waren, blieb es lange ruhig, und während ringsum Volksversammlungen, Petitionen, Zugeständnisse, Aufrufe und Empörung sich zeigten, herrschte allein noch in Hannover tiefe Stille. Endlich ermannte sich die Stadt und trat am 5. März schüchtern mit einer Bittschrift hervor; allein der König wies dieselbe schroff zurück und wollte von nichts, nicht einmal von der vom Bundestage bereits zugestandenen Preßfreiheit hören. Aber eben diese Schroffheit rief die allgemeinste Entschiedenheit im ganzen Lande hervor. Alle bedeutenden Städte erhoben sich, und bereits am 17. März war der König genöthigt, Preßfreiheit, Amnestie, Associationsrecht, Oeffentlichkeit der Ständever

handluugen und eine Civilliste zuzugestehen. Am 19. erfolgte die Entlassung Falke's, am 22. die Aufhebung des königlichen Cabinets und die Einsetzung eines verantwortlichen Ministeriums, an dessen Spitze der bisherige Stimmführer der Opposition und eifrigste Gegner der Regierung, Stüve, gestellt wurde. War es der Ministerrock, oder war es die Hofluft, die Stüve nicht vertragen konnte, nie ist ein eclatanteres Umschlagen eines politischen Charakters vorgekommen, als in dem ehemaligen Volksmanne und jetzigen Ministerpräsidenten Stüve. Die inzwischen berufenen alten Stände entschieden sich, wie dies nicht anders sein konnte, im Sinne der Neuzeit, konnten aber, da sie aus dem alten schlechten Wahlgesetze hervorgegangen waren, bei aller ihrer Willfährigkeit nur Mißtrauen finden, und dieses steigerte sich so hoch, daß das ganze Land seinen Abgeordneten Aufseher nachschickte, die unter dem Namen von Condeputirten in Hannover förmliche Versammlungen hielten und zu einer wirklichen politischen Macht wurden, die erst mit der Verhaftung eines großen Theiles derselben endigte. Am 3. Mai wurde die Censur für immer aufgehoben. Im ganzen Lande zeigte sich die entschiedenste Theilnahme an dem Fortschritt; zahlreiche Volksversammlungen sprachen freimüthig ihre Ansichten über die Wiedergeburt Deutschlands im volksthümlichsten Sinne aus, und als Stüve am 6. Juni in einer Rede an die Ständeversammlung die bereits von seiner Regierung ausgesprochene Anerkennung der Centralgewalt und der Reichsversammlung, so wie des Aufgehens Hannovers in Deutschland, drehen und deuteln wollte, als er diese Versicherungen ihrem eigentlichen Wesen nach zurücknahm, zeigte er sich, woher ihm auch dieser plötzliche Meinungswechsel gekommen sein mochte, entschieden als charakterlos und als einen Feind des Volkes. Nach der Vertagung der Kammer am 8. Juli gab der König die Erklärung ab, daß er zwar die neue Centralgewalt und den Reichsverweser anerkenne, sich aber vorbehalte, wenn die neue Reichsverfassung seiner königlichen Würde zu nahe trete, auf letztere zu ver-

zichten. Doch erkannte der König späterhin sowohl den Oberbefehl des Reichsverwesers über das Heer an, als er sich auch bereit erklärte, das Gesetz über die Reichsgewalt anerkennen zu wollen, und in die Versicherung eines so charaktervollen Mannes läßt sich kein Zweifel setzen.

Mit bei weitem größeren Hindernissen hatte der freisinnige Theil des Volks in den beiden Meklenburgischen Ländern zu kämpfen, auf welche die Einrichtungen der Väter fast ohne Abänderung vererbt worden waren. In Meklenburg herrscht noch jetzt ein mit ungewöhnlichen Vorrechten ausgestatteter Adel, und das Volk war in politischer Bildung so weit zurück, daß noch am 12. März der Großherzog alle an ihn gebrachten Volkswünsche streng und entschieden zurückwies, und sogar noch am 25. Juli seinen Unterthanen geradezu das Recht bestritt, die bestehenden Mißbräuche anders als auf dem Wege der bisherigen elenden Verfassung zu beseitigen.

In Oldenburg und den freien Städten an der Ost- und Nordsee wurde längst schon auf Abänderungen der bestehenden Verfassung hingearbeitet. Schon 1847 waren in Oldenburg, wo die Verheißungen der Bundesacte ebenfalls noch unerfüllt geblieben waren, 34 Männer zur Bearbeitung einer neuen Verfassung einberufen. Aber ehe diese noch vollendet war, brachen die Märzereignisse über Deutschland herein, und am 7. und 10. März bewilligte bereits der Großherzog alle vom Volke gemachten Anträge, und namentlich den einer neuen Verfassung im Sinne des Fortschrittes. Und er hielt Wort. Bereits am 13. Mai war die Ausarbeitung der letztern vollendet, alsdann am 26. Juni die eines neuen Wahlgesetzes, und in demselben Monate folgte die Ernennung eines Ministeriums, dessen Mitglieder vorzugsweise bei Ausarbeitung der neuen Verfassung betheiligt waren, und von welchem sich eben deshalb erwarten ließ, daß es auf dem Boden derselben stehen würde.

Die jetzige Verfassung Lübecks war bereits vor der Märzre-

volution vollendet, fand auch nachher allseitige Zustimmung, und ist unverändert eingeführt worden.

Viel bedeutender war der Umschwung in Bremen, obwohl über die eigentliche Verwaltung nur Eine Stimme herrschte, und der Bürgermeister Smidt in allgemeiner Verehrung stand. Es handelte sich hier aber um Grundrechte des Volkes, sowie um Gleichstellung des Landes mit der Stadt, und der Senat genehmigte nicht nur Preßfreiheit und Schwurgerichte, sowie Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege, sondern vereinbarte auch bereits am 20. März mit der Bürgerschaft ein Wahlgesetz, auf dessen Grund am 19. April eine Bürgerversammlung zusammentrat, die einen Ausschuß von 13 Personen wählte, mit dem die neue Verfassung berathen wurde. Hamburg, die bedeutendste unter den Hansestädten, verfolgte von jeher eine selbstsüchtige Sonderpolitik, und eingeschnürt in eine seit 200 Jahren fast unverändert gebliebene Regierungsform, mit einem hocharistokratischen Senate, einer bureaukratischen Einrichtung und einer engherzigen erbgesessenen Bürgerschaft von Krämerseelen, umgeben von Heimlichkeit und Eifersucht, hatte es sich schon längst mit dem Geiste der Zeit in einen so feindseligen Widerspruch versetzt, daß bereits seit Jahren eine allgemeine Erbitterung gegen die Regierung herrschte. Bei dieser mit vollem Rechte feindseligen Stimmung konnte es nicht fehlen, daß dort die französische Revolution und die Nachricht von den Bewegungen in Süddeutschland mit hohem Jubel begrüßt wurden und, in Folge der Halsstarrigkeit des Senats, zu offenem Aufruhr führten, der am 3. März gegen den Bürgermeister und einige andere unbeliebte Personen ausbrach, dann sich am 11. Mai und 9. Juni wiederholte, an welchem Tage das Steinthor verbrannt wurde. Die zähen Bewilligungen des Senats standen, — zum Beweise, daß derselbe nur dem Zwange der äußeren Umstände nachgab, nicht aber seinem Gewissen folgte, — immer in genauem Verhältniß zu der Stärke des jedesmaligen Aufruhrs. Auch seine ersten Vor-

schläge vom 9. März waren nur auf die größtmögliche Verzögerung und die thunlichste Beschränkung der Zugeständnisse berechnet, wurden für lauter Trug gehalten, und erst nach dem Aufstande vom 11. März ließ er sich williger finden, indem am 12. ein Reformausschuß niedergesetzt wurde, der, aus Mitgliedern des Senats und der Bürgerschaft gebildet, in kürzester Frist einen neuen Verfassungsentwurf vorlegen sollte, der indeß am 9. August durch das Zugeständniß einer verfassunggebenden Versammlung ersetzt worden ist.

Die Geschichte Preußens in diesem Jahre bildet ein trauriges Schauspiel. Hatte das erste Auftreten König Friedrich Wilhelm's IV. das lebhafteste Vertrauen zu seinem Willen und zu seiner Thatkraft eingeflößt, so konnte man nur mit Schmerz die Rückschritte, die er seit jenem Anlaufe that, und das Sinken der Hoffnungen sehen, welche Deutschland auf ihn gesetzt. Unbegreiflich waren die Beschränkungen, welche er seinem Königsworte andeuteln ließ, und der Nation mußten völlig die Augen aufgehen, als er immer entschiedener mit der Behauptung hervortrat, anfangs, das Versprechen seines Vaters vom 22. Mai 1815 sei durch die Einführung der Provinzialstände im Jahre 1823 erfüllt, und sodann, er sei berechtigt gewesen, sein Versprechen zurückzunehmen. Es erschien unglaublich, daß ein Fürst, der auf dem Boden des biblischen Christenthums steht, dem es also nicht unbekannt sein kann, welches Gewicht dort auf die Unverbrüchlichkeit der Verheißungen gelegt wird, sich aus irgend einem Grunde so gegen die Wahrheit verblenden konnte, wie es hier offenbar geschah. Er ging in dem allgemeinen Vertrauen sichtbar zurück, und das Geschenk des Patents vom 3. Februar 1847, die beharrliche Weigerung, auf den Boden des Rechts zurückzukehren, am meisten aber das eigensinnige Bestehen auf der leeren Form bei voller Nachgiebigkeit in der Sache, löschten die letzten Hoffnungen für die deutsche Sache aus. Da traten die Märztage ein; im Angesicht der Barrikaden erschien das Patent vom 18. März, und zu dem Mißtrauen gesellte sich Ent-

rüstung, denn Niemand konnte diese Verheißungen für aufrichtig halten, der die Weigerung des Königs, die Versprechungen seines Vaters und das Gesetz vom 17. Januar 1820 zu erfüllen, für die Frucht einer, wenn auch irrigen, doch aufrichtigen Ueberzeugung hielt. Einiges Licht in diese Widersprüche bringt die Radowitz'sche Schrift: „Deutschland und Friedrich Wilhelm IV.", wonach der König nicht gegen seine Ueberzeugung, nicht aus Furcht gesprochen sondern nur das lange Vorbereitete kund gethan, nachdem die Rücksichten gefallen waren, die ihn bis dahin verhindert hatten, seinen Wünschen Ausdruck zu geben. Gewiß aber sei es, daß die deutschen Regierungen von selbst nie und nimmer zu einer solchen Vereinbarung gelangt sein würden, wie sie nach Radowitz der König anstrebte, und nur ihre Furcht hätte ihnen Zugeständnisse entreißen können, die es möglich gemacht hätten, diejenigen hohen Ziele zu erreichen, die der König seit Jahren verfolgt habe. Daß diese Ansicht der Dinge durch die neuesten Vorgänge in Preußen auffallend bestätigt wird, läßt sich nicht in Abrede stellen; doch wir wollen der Geschichte nicht vorgreifen.

Ernstliche Demonstrationen gingen zuerst am 7. März von einer Volksversammlung im Thiergarten aus, welche eine Adresse an den König sandte, worin sie die Forderungen aufstellte, welche zu derselben Zeit das gesammte Volk an seine Fürsten machte.

Dem stellte sich jedoch ein Hinderniß entgegen, welches deutlicher als viele andere Mißstände die tiefe Stufe bezeichnet, bis zu welcher das freie deutsche Volk hinabgedrückt worden war, und wie weit die Könige, die von Gottes Gnaden zu regieren behaupten, von Gottes Gnaden abgekommen waren. In der Sitzung des Ausschusses, der wegen Uebergabe der Adresse berieth, erschien der Polizeipräsident von Minutoli und rieth auf das Ernstlichste von dem Vorsatze ab, dem König die Adresse persönlich zu überreichen, indem er vielmehr den Weg durch die Stadtpost als den allein zulässigen bezeichnete. Er erklärte zugleich, daß er deshalb bereits

mit dem König gesprochen, und daß dieser entschieden die Annahme einer Deputation von der Hand gewiesen, und daß dieselbe, sollte sie dennoch versucht werden, selbst auf die Gefahr eines blutigen Zusammenstoßes hin verhindert werden würde. Während der allmächtige Gott täglich und stündlich den Bitten auch des Aermsten zugänglich ist, während er nichts lieber will, als daß wir bitten und anklopfen sollen, während er sogar die ungestüme Bitte nicht verwirft und jeder gläubigen Bitte Erhörung verheißt, macht ein König, ein armer schwacher Mensch wie wir, der bei Weitem nicht im Stande ist, alle Bitten zu erfüllen, sich der Bitte unzugänglich, und während allen Menschen gesagt ist, wende dich nicht ab von dem, der dich bittet, bestreiten die Könige das Recht der Bitte und verweigern den Bedrängten den Trost, der in dem Recht der Bitte liegt. Wo solcher Mißbrauch des göttlichen Rechts der Könige im Schwange ging, mußte es wohl dahin kommen, wohin es gekommen ist, denn wer das anvertraute Pfand vergräbt, dem soll es genommen werden, und es ist ihnen genommen worden; die Forderung ist an die Stelle der Bitte getreten, und jene Frage für immer beseitigt.

Die obige Petition gelangte, wenigstens ihrem Inhalte nach, am 14. März dennoch an den König, und zwar durch Abgeordnete, die allerdings Tags zuvor abgewiesen waren. Ueberhaupt antwortete der König nur sehr ausweichend auf dieselbe, und in Folge dessen wiederholten sich die Unruhen, welche bereits am 13. durch Waffengewalt unterdrückt werden mußten, am 14. von Neuem und in noch bedenklicherer Art, und führten zu einem blutigen Zusammentreffen in der Lindenstraße. Von diesem Tage an, bis zum 17., ließ sich in Berlin Alles zu vollem Aufruhr an; bereits wurden Barrikaden errichtet, vertheidigt und gestürmt, besonders in der Nacht vom 16. und 17. fielen der Erbitterung der Soldaten viele Opfer.

Am 17. Morgens bewilligte der König: — Aenderung des

Ministeriums, Censurfreiheit, schleunige Berufung des Landtags ꝛc. Als dieser Erlaß bekannt wurde, wogte eine ungeheure Menschenmenge nach dem Schlosse, um dem Könige jubelnde Lebehochs zu bringen. Noch während dieses Rufes stellte sich jedoch das Gardedragonerregiment auf, und der Ruf „Militair fort!" ertönte laut. Plötzlich ritt das Regiment im Trabe gegen die Menge an, und gleichzeitig brach aus dem mittlern Portal des Schlosses ein Bataillon Kaiser Franz hervor, ging bis zur Mitte des Schloßplatzes vor, fällte das Bajonnet und schwenkte links nach der langen Brücke ab, ohne den mindesten Widerstand zu finden, denn das Volk flüchtete überrascht und erschrocken in die benachbarten Straßen. Niemand wußte, wodurch diese Bewegung hervorgerufen war; als aber bei dieser Schwenkung „zufällig" einige Schüsse fielen, erscholl der Ruf: „Verrath!", und das Volk war zum äußersten Widerstande entschlossen. Vergebens drang eine Zahl achtungswerther und bekannter Männer in das Schloß und bat den Kriegsminister um Zurückziehung der Truppen, indem sie sich mit Leben und Ehre für die Erhaltung der Ruhe verbürgten; vergebens erneuerten sie ihre Bitten bei den Ministern von Arnim und Bodelschwingh; selbst die Bitte, ihnen den Zutritt zum Könige zu verschaffen, wurde mit Frechheit zurückgewiesen, und die einzige Erwiderung, die sie bekamen, war, daß es schimpflich für die Truppen sein würde, wenn man sie zurückzöge. Nur Prinz Carl, welcher hinzugetreten war, sicherte seine Vermittelung zu, die jedoch ebenfalls ohne Erfolg blieb. Der soldatische und adlige Hochmuth opferte Volk und Königthum dem Adel und dem Heere auf. Kaum aber hatte sich das Volk von der ersten Bestürzung erholt, als die ganze Stadt sich wie ein Mann erhob; mit wildem Geschrei wurden Waffen gefordert und gebracht, in allen Straßen wuchsen Barrikaden aus der Erde, und von diesem Augenblicke an wurden in Berlin Gräuel ausgeübt, die zu blutig und unerhört waren, als daß sie nicht uns allen noch im Gedächtniß sein sollten. Eine Concession des Königs

folgte der andern, und am 21. März erschien die Proclamation des Königs „an sein Volk und an Deutschland", und der Jubel der Berliner war plötzlich wieder eben so groß, als vorher ihre Wuth gewesen war. Die nun folgende Periode der Geschichte Berlins ist so widrig und ekelhaft, daß ich sie hier nur der Vollständigkeit wegen mit anführe, sie am liebsten aber gänzlich überginge. Grund zu einer neuen Aufregung gab besonders die Zurückberufung des Prinzen von Preußen am 10. Mai, der sich seit dem 18. März „in Aufträgen des Königs in London aufgehalten hatte", so daß sich sogar die Minister ernstlich gegen den Verdacht retrograder Bewegungen verwahren mußten. Durch ihren scheinbaren Sieg waren die Berliner übermüthig geworden, und dies um so mehr, je zahlreicher die Zustimmungen waren, die aus anderen Städten an sie eingingen. Wirklich vermuthete man bei den Berlinern diesmal einen hochherzigen Aufschwung, und setzte in der „intelligentesten Stadt des intelligentesten Staates" wenigstens das voraus, daß die Bürger derselben mit Bewußtsein und Selbstgefühl handeln, und in den heiligsten Zwecken des Bürgers einen Charakter zeigen würden. Leider aber erkannte Deutschland erst, als es zu spät war, daß alles in Berlin seit dem März Vorgefallene nichts weiter, als ein allerdings etwas bedeutender Krawall gewesen, daß es überhaupt nur auf Spektakel abgesehen war, auf etwas Neues, was Abwechselung in das langweilige Leben bringen konnte. Darum schlugen sie denn auch eben so rasch nach der andern Seite um, wenn diese neuer war, oder ihnen einen Zeitvertreib gewährte. Wie gegründet diese Ansicht ist, hat sich in neuester Zeit recht klar gezeigt, als der furchtbare Wrangel in Berlin hauste, die naiven Berliner aber, durch diese neue Erscheinung angezogen, bald von nichts, als von „Papa Wrangel" sprachen, und ihm abguckten und sich einander wiedersagten, was er hier und da, bei dieser oder jener Gelegenheit gesprochen, was er gegessen und getrunken. Berlin scheint in der Frivolität untergegangen zu sein; seine Bewohner

zeigten sich flach, wie der Sand der Mark, und unfähig für jeden dauernden Aufschwung, für jede höhere Begeisterung.

Haben wir es bisher nur mit inneren Umgestaltungen und Verbesserungen zu thun gehabt, so boten die Ereignisse an der Nordgrenze unsers Vaterlandes die anziehende Seite eines Kampfes um das Volksthum, dessen Kraft und Bedeutung, noch vor dreißig Jahren so völlig verkannt, daß Völkerstämme wie Heerden aus einander gerissen und vertheilt werden konnten, so gewachsen ist, daß die einzigen Kriege, welche in diesem Augenblicke Europa beunruhigen, um das Volksthum geführt werden. Ob Schleswig ursprünglich von Dänen oder Deutschen bewohnt war, ist nicht zu ermitteln. Dagegen steht fest, daß schon 984 Schleswig ein deutsches Markgrafenthum gewesen sei, und daß, als 1459 die Stände des Herzogthums die Regierung auf Christian I. von Dänemark übertrugen, dies unter der ausdrücklichen Bedingung geschah, daß Schleswig und Holstein ungetrennt zusammenbleiben und nicht als ein zum Königreich Dänemark gehöriger Gebietstheil angesehen werden sollten. So wurde Schleswig viele Jahre neben Holstein als ein deutsches Land regiert, und erst seit der Zeit kurz vor dem Tode Friedrichs VI., wo die Dänen die Sehnsucht nach der Freiheit ergriff, kam ihnen zugleich das Gelüste an, das deutsche Element in Schleswig zu beschränken und das freie deutsche Land in eine dänische Provinz zu verwandeln. Diese Bestrebungen gaben sich rückhaltlos kund, als am 20. Januar Friedrich IV. den Thron bestieg, und schon am 28. Januar unter dem Scheine großer Freisinnigkeit mit dem Plane einer constituirenden Versammlung hervortrat, in welcher die Dänen ein so entschiedenes Uebergewicht gehabt haben würden, daß, wären die Deutschen darauf eingegangen, ihre Niederlage im Voraus entschieden war. Das ganze Volk erkannte die Gefahr, und bereits am 17. Februar wurde der Beschluß gefaßt, die ausgeschriebenen Wahlen nur unter der ausdrücklichen Bedingung vorzunehmen, daß man der Einführung jeder auf

dem Grundsatz eines dänischen Gesammtstaates begründeten Verfassung widerspreche. Die Abgeordneten, welche dem Könige diese Verwahrung überreichten, empfingen eine ablehnende Antwort, und in Dänemark selbst hatte die überspannte Partei einen so entschiedenen Sieg gewonnen, daß der König genöthigt war, die feindseligsten Gegner Deutschlands, einen Tscherning und Orla Lehmann, in das Ministerium zu rufen, gegen deren Geschrei besonnene Männer, wie Hvidt u. A., so wenig vermochten, daß selbst die Abgeordneten nur mit Mühe vor thätlichen Beleidigungen geschützt werden konnten. Inzwischen brach die allgemeine deutsche Bewegung aus, der sich Altona am 11. und Kiel am 15. März anschloß. Am 18. wurde in einer Versammlung von Ständemitgliedern und Abgeordneten der sämmtlichen Bezirke des Landes ein Ausschuß aus den Abgeordneten Beseler, Graf Reventlow, Preetz und Bargum mit dem Rechte bekleidet, erforderlichen Falles die Ständeversammlung zu berufen, und als am 22. der Kammerherr von Scheel, ein Deutscher in dänischem Solde, seine unhaltbar gewordene Stellung als Regierungspräsident niederlegte, übernahm Beseler die Regierungsgeschäfte, und 2 Tage später bildete sich aus ihm, dem Prinzen Friedrich von Holstein, dem Grafen Reventlow-Preetz, J. Bremer und dem Kaufmann Schmidt eine provisorische Regierung, der später noch Olshausen beitrat, und welche am 3. April von der einberufenen Ständeversammlung anerkannt wurde. Gleichzeitig wurde bekannt, daß der König von Preußen erklärt habe, daß er Schleswig-Holstein als selbstständige und fest mit einander verbundene Staaten betrachte, in welchen allein der Mannsstamm erbberechtigt sei. Auch die Bundesversammlung erkannte am 4. April die provisorische Regierung an, erklärte die Grenze in Gefahr, und beauftragte Preußen, in Gemeinschaft mit den Staaten des 10. Armeecorps die nöthigen Maßregeln zu ergreifen. In Folge dessen rückten am 5. April 1400 Preußen in Rendsburg ein, alsdann zunächst das Corps der Braunschweiger, während die übrigen Trup-

pen des 10. Armeecorps nur zögernd nachfolgten. Hierdurch wurde es möglich, daß Dänemark, welches die Herzogthümer schon längst wehrlos gelassen hatte, mit einer schnell in Flensburg gelandeten Armee die neugebildeten Schleswig-Holstein'schen Truppen am 8. April bei Bau überfallen, über 1000 Mann, wenn auch nach tapferer Gegenwehr, gefangen nehmen, und bis zum 22. ganz Schleswig bis an die Eider besetzen konnte. An diesem Tage endlich rückten die Preußen, nachdem vom Bundestage dem General Wrangel der Oberbefehl in diesem Kriege übertragen worden war, von Rendsburg aus, stürmten am folgenden Tage das Danewerk, siegten bei Schleswig, und besetzten am 25. Flensburg, welches der Feind in wilder Flucht aufgab. Noch vor Ende April war Schleswig von den dänischen Truppen, die sich theils nach Alsen warfen, theils nach Jütland zurückzogen, völlig geräumt. Während aber Deutschland zu Lande siegreich war, empfand es tiefer als jemals den Mangel einer Flotte, denn leider hat das Völkerrecht, welches schon längst das Eigenthum der unbetheiligten Privatpersonen in seinen Schutz genommen hat, es noch nicht über sich vermocht, auch den auf der See befindlichen Gütern den gleichen Schutz zu sichern. Dänemark blokirte die deutschen Häfen, und wenn es gleich keine Kaperbriefe ausgab, so war doch die königliche Flotte hinreichend, um Deutschlands Handel, und namentlich dem der Hansestädte und Preußens, empfindlichen Schaden zu thun. Es wurden von derselben über 100 Handelsschiffe aufgebracht und man schätzt den angerichteten Schaden auf mehr als 50 Millionen Thaler. Dieser Umstand, dann die Einsprache Rußlands und Schwedens gegen die Besetzung Jütlands, dem eine Steuer von 2 Millionen Reichsthalern auferlegt worden war, um sich wegen der weggenommenen Schiffe eine Schadloshaltung zu sichern, endlich die Dänemark durch seine Schiffe gegebene Möglichkeit, jeden Augenblick im Rücken der deutschen Armee zu landen, wie es bei Flensburg, Kiel und Sonderburg zu wiederholten Malen versucht worden war, ließen das An-

erbieten englischer Vermittelung annehmlich erscheinen, und den deutschen Truppen wurde nicht nur ein Halt zugerufen, sondern sie mußten sich auch bis über Apenrade und Flensburg zurückziehen. Allgemein war der Schrei der Entrüstung über die schimpflichen Bedingungen, die von einem ohnmächtigen Gegner, unterstützt durch die Eifersucht mächtiger Feinde, dem siegreichen Heere auferlegt werden sollten, und um so allgemeiner, als Dänemark nicht nur das besetzte Alsen behielt, sondern auch des angeblich abgeschlossenen Waffenstillstandes ungeachtet in Schleswig wieder einrückte. Aber es war uns eine noch stärkere Demüthigung vorbehalten.

Hat es schon vor den Tagen des März ein Gefühl gegeben, worin alle Deutsche von Kopf und Herz einig waren, so war es das des Hasses gegen den deutschen Bundestag, in welchem allgemein die Verkörperung der schlimmsten Regierungsglüste entdeckt wurde. Wo irgend ein freimüthiges Wort gesprochen werden durfte, da machte sich auch der Grimm gegen diese höchste Behörde Deutschlands Luft, die treuesten Anhänger der Regierungsgewalt und ihre entschiedensten Bekämpfer brachen ihm den Stab, und mehr als ein Minister räumte auf der Rednerbühne ein, jener sei nicht, was er sein sollte. Und in der That, es ist auch nie, seit die Welt steht, die Sternkammer und den Rath der Zehn nicht ausgenommen, eine Staatseinrichtung so rücksichtslos und zu so schnöden Zwecken gemißbraucht worden, als der Bundestag, welcher zuletzt nur noch aus Marionetten zusammengesetzt schien, die Fürst Metternich an seinem Faden zog. Es ist ein trauriger Ruhm, in 33 Jahren gar nichts gethan zu haben, und doch kann der Bundestag nicht einmal diesen für sich in Anspruch nehmen, denn er hat viel Böses gethan; was er angriff, das verfälschte er, und das allgemein verbreitete Mißtrauen gegen die bestehenden Regierungen hat er groß gezogen. Herr von Radowitz ist in seiner bereits oben erwähnten Schrift der Meinung, daß die todtgeborne Organisation des deutschen Bundes mindestens einen Theil der Schuld seiner Versäum-

nisse trage, aber das ist falsch; denn wäre dasselbe Uebergewicht, welches die Beschlüsse von 1819, von 1832 und 1834 hervorgerufen hat, angewendet worden, um die Verheißungen der Bundesacte zu verwirklichen, so würde der Bund mächtig und geachtet dagestanden haben, wie er jetzt ohnmächtig und verachtet war, und allgemeine Befriedigung, wie jetzt allgemeine Entrüstung, würde sein Lohn gewesen sein. Es lag aber gar nicht in der Absicht des Fürsten Metternich und seiner Genossen, das Wort zu halten, welches sie im Angesicht Europa's verpfändet hatten, und mit dem Beschluß, welcher die Veröffentlichung der Bundesprotokolle unterdrückte, wurde selbst der Schein der Redlichkeit vernichtet, den man bis dahin noch aufrecht zu erhalten bestrebt gewesen war. Wie einstimmig aber auch Deutschland in Verurtheilung des Bundestages war, wie deutlich erkannt wurde, daß diese geheime Verschwörung der Fürsten gegen die Rechte der Völker nicht länger ertragen werden könne, — über den Weg zum Ziele herrschte nichts weniger als gleiche Einstimmigkeit; und da jede von den Regierungen öffentlich gemachte Zusage durch geheime Verabredungen wieder entkräftet werden konnte, wie ja Deutschland durch die Wiener Beschlüsse von 1834 um alle Früchte der bewilligten Verfassungen betrogen worden war, so befestigte sich in den redlichsten Herzen mehr und mehr die Meinung, daß nur auf gewaltsamem Wege die Lösung dieses verwickelten Verhältnisses erreicht werden könne. Je größer die Rathlosigkeit, desto größer war daher auch der Jubel, als Friedrich Bassermann am 5. Februar in der badenschen Kammer den Antrag stellte, durch Vertretung der deutschen Ständekammern bei dem Bundestage eine gemeinsame Gesetzgebung, sowie gemeinsame zur Nationaleinheit führende Einrichtungen zu erzielen, und als am 11. desselben Monats, trotz der entschiedenen Einsprache des Ministers von Dusch, die Kammer mit allen gegen vier Stimmen den Druck dieses Antrages beschloß. Ist derselbe auch durch den Strom der Ereignisse überholt worden, er ging doch, wie der erste Schein der

Morgenröthe, dem Aufgang der Sonne vorher. Ohne Zweifel wurzelt auch der Bundesbeschluß vom 10. März, durch welchen der Bundestag die Zuziehung von 17 Vertrauensmännern beantragte, in dem Bassermann'schen Antrage, der in ganz Deutschland die allgemeinste Zustimmung fand, wie denn die Berufung eines deutschen Parlaments sich in allen Petitionen und Anträgen wiederfindet, die von Gemeinden, Vereinen und Volksversammlungen in jener Zeit gestellt wurden. Aus diesem Antrage ist auch die Versammlung von 51 Ständemitgliedern, hauptsächlich der süddeutschen Staaten, entsprungen, welche am 5. März in Heidelberg zusammentrat und beschloß, die Idee der Volksvertretung bei dem Bundestage sofort in unmittelbare Ausführung zu bringen und auf je 100,000 Einwohner einen Abgeordneten aus der Zahl der Ständemitglieder für Ende des Monats nach Frankfurt zu berufen, um dort sich über die Grundlinien einer Verfassung zu berathen, deren Vorbereitung vorläufig einem Ausschuß aus sieben Männern übertragen wurde. Die Grundlagen, über welche sich diese 7 Männer vereinigten, wurden ebenso wie der Bassermann'sche Antrag durch den Gang der Ereignisse überflügelt, und zum Theil dadurch in den Hintergrund gedrängt, daß der Herzog von Nassau, welcher zuerst die Mitwirkung zu einer Vertretung des Volkes beim Bundestage ausdrücklich zugesichert hatte, um sein Versprechen zu erfüllen, den Legationsrath von Gagern absendete, und durch ihn den Versuch machte, die Regierungen für diese Idee zu gewinnen und zugleich die Aufhebung des von Oesterreich und Preußen veranlaßten Fürstencongresses zu Dresden, welcher, da von dem eigentlichen Zwecke desselben auch nicht das Mindeste verlautete, zu dem größten Mißtrauen Veranlassung gab, herbeizuführen. Diese Ideen fanden in Sachsen, Braunschweig, Darmstadt, Würtemberg, Baiern, Preußen bereits Gehör. Die Berufung von Abgeordneten des Volks nach Frankfurt fand so allgemeinen Anklang und die Nothwendigkeit irgend einer entscheidenden That lebte so kräftig im Volke,

daß überall Vereine aller Art und aller Bestandtheile zusammentraten und Abgeordnete nach Frankfurt wählten, ohne daß es in irgend einem Lande zur formellen Wahl der versammelten Ständekammern gekommen wäre. Auf diese Weise hatten sich an 600 Männer in Frankfurt versammelt, die, feierlich empfangen, zu einem sogenannten Vorparlament zusammentraten, und, ihrer gesetzlich unhaltbaren Stellung sich wohl bewußt, nachdem sie Mittermaier zum Präsidenten, Dahlmann, von Itzstein, Robert Blum und Jordan zu Vicepräsidenten erwählt hatten, vor allen Dingen den Beschluß faßten, sich gegenseitig als gleichberechtigte Abgeordnete anzuerkennen, ein Beschluß, der bei der Formlosigkeit der Wahlen als ein Ergebniß der Nothwendigkeit betrachtet werden muß. — Sie versammelten sich am 31. März früh um 9 Uhr im Römersaale, wo die Wahlen des Vorstandes durch Acclamation bewirkt wurden, und zogen dann unter dem Geläute der Glocken und dem Donner der Kanonen in die Paulskirche, welche die Stadt zu ihren Versammlungen eingerichtet hatte. Die republikanische Partei in Deutschland hatte große Hoffnungen auf diese Versammlung gesetzt, scheiterte aber von vorn herein mit allen ihren Anträgen. Die wichtigsten Beschlüsse sind: — Ganz Deutschland (mit Einschluß von Ost- und Westpreußen, und Schleswig) soll Vertreter senden, und zwar von 50,000 Einwohnern einen Abgeordneten, die Wahl soll eine unmittelbare sein, und weder von Schätzung, noch Stand, noch Glaubensbekenntniß abhängig; binnen vier Wochen müsse die constituirende Versammlung in Frankfurt zusammentreten, das Vorparlament daure bis zum Eintritt jener fort, und zwar solle (nach Gagern's Antrage) ein Ausschuß von 50 Männern gewählt werden, welcher der Bundesversammlung bei Wahrung der Rechte der Nation selbstständig berathen helfen und sich mit ihr als Männer des Vertrauens in Beziehung setzen sollte. Die nächste Concession des Bundestages war die Anzeige, daß derselbe alle Ausnahmegesetze und Beschlüsse zurückgenommen und beseitigt, auch der Prä-

sidialgesandte erklärt habe, daß alle Mitglieder des Bundestags, welche fühlten, daß auf sie die Bezeichnung „Männer des Rückschritts" Bezug haben könne, bereits ihre Entlassung genommen hätten oder doch unverzüglich verlangen würden. Es ist bekannt, daß nach Verwerfung des Zitz'schen republikanischen Antrags etwa vierzig Mitglieder mit offener Verhöhnung alles parlamentarischen Brauchs den Saal verlassen hatten, durch Itzstein's Bemühungen aber zum Wiedereintritt bewogen wurden. — Am 4. April trat der Ausschuß zusammen, und wählte Soiron zum Vorsitzenden, Blum und Abegg zu Stellvertretern, Simon, Venedey und Briegleb zu Schriftführern, und setzte sich mit dem Bundespräsidialgesandten Colloredo in Verbindung.

Inmitten dieser sich drängenden Ereignisse war auch der Bundestag nicht müssig geblieben, und hätte derselbe in den 33 Jahren seines Bestehens nur entfernt die Thätigkeit des März, April, Mai dieses Jahres entwickelt, so würde er seine Aufgabe würdiger gelöst haben. Er eröffnete den letzten Zeitraum seiner Wirksamkeit mit dem Aufruf vom 1. März, der von bedeutendem Einfluß auf das deutsche Volk hätte sein müssen, hätte er nicht alles Vertrauen zu sich und seinen Absichten längst entwurzelt gehabt. Diesem Beschluß folgte am 3. März die Aufhebung der Censur, am 7. der Beschluß der Veröffentlichung seiner Protokolle, am 20. der Beschluß über Annahme eines Reichswappens und die Erhebung der hart verfolgten Farbe schwarz-roth-gold zu der Farbe des einigen Deutschlands. Der Beschluß wegen abzusendender Vertrauensmänner ist schon erwähnt, und wie schnell den Wünschen des Vorparlaments entsprochen wurde, erhellt auch aus dem sofortigen Eingehen auf die Norm, daß von 50,000 Einwohnern der Bundesmatrikel von 1842 ein Abgeordneter und für jede überschießenden 25,000 ebenfalls ein solcher gewählt werden solle. Diese Wahlen sind in allen deutschen Ländern unbeanstandet ausgeschrieben worden; allein obgleich das Vorparlament die unmittelbaren Wahlen als die wünschenswerthe-

sten anerkannt hatte, wie sie denn unstreitig die zweckmäßigsten, und in einem Staate, der unter Theilnahme des Volkes beherrscht oder auch nur hergestellt werden soll, offenbar die einzig sachgemäßen sind, so erklärten sich doch weit die meisten Regierungen für mittelbare Wahlen. Am 12. April erkannte die Bundesversammlung die provisorische Regierung von Schleswig-Holstein an, und faßte den Beschluß, den Rückzug der Dänen erforderlichen Falles zu erzwingen. Die vorzüglichste Aufmerksamkeit des Funfzigerausschusses wendete sich von jetzt an dem in Baden sich vorbereitenden republikanischen Aufstande zu, wo nach der Verhaftung Fickler's und dem Austritt Struve's und Hecker's, in Verbindung mit den Proclamationen der deutschen Freischaaren in Paris, an der gewaltthätigen Schilderhebung sich nicht mehr zweifeln ließ. — Am 3. Mai gab der Ausschuß, mit Beziehung auf die Erklärung des Ministers von Pillersdorf in Wien, daß Oesterreich sich unter allen Umständen die Zustimmung zu den in Frankfurt gefaßten Beschlüssen vorbehalten müsse, die wichtige Erklärung ab, daß die Aufgabe der constituirenden Versammlung dahin gehe, ein einiges Deutschland zu gründen, und daß zwar die Sonderinteressen, welche dieser Aufgabe nicht widersprechen, möglichst geschont und erhalten, alle damit unvereinbaren aber sich diesem höchsten Zwecke unbedingt unterordnen müssen. Es ist offenbar, daß mit der unverbrüchlichsten Aufrechthaltung dieses Grundsatzes Deutschland stehen oder fallen muß. Mit einem Aufruf zur Begründung einer deutschen Flotte beschloß der Funfzigerausschuß seine Thätigkeit, obwohl er bis unmittelbar vor Eröffnung der constituirenden Versammlung Sitzungen hielt.

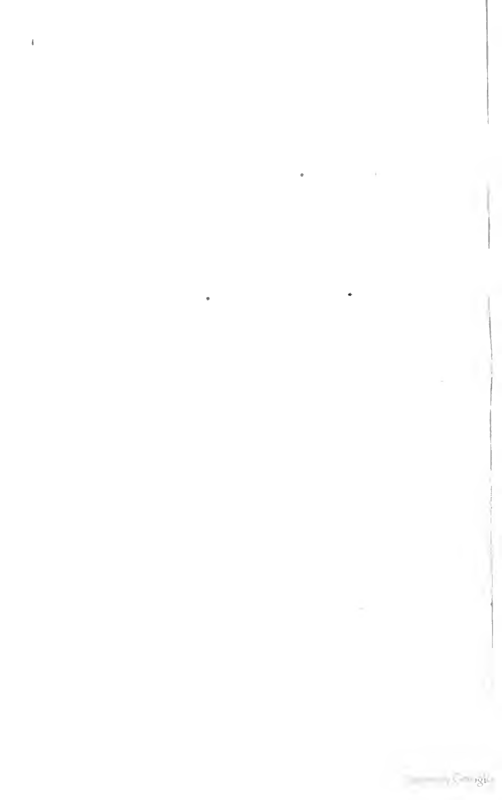
Die wichtigste Handlung der Reichsversammlung war die Ernennung des Erzherzogs Johann zum deutschen Reichsverweser, an welchen der Bundestag noch an demselben Tage ein Beglückwünschungsschreiben erließ und ihm die volle Zustimmung der deutschen Regierungen meldete. Am 12. Juli löste der Reichsverweser, un-

mittelbar nach Antritt seines Amtes, in öffentlicher Sitzung, der ersten nach vollen 30 Jahren, den Bundestag auf.

Die Vertrauensmänner, welche am 4. April zusammentraten, haben im Grunde gar keine Geschichte. Mit mißtrauischen Augen betrachtet, fühlten sie das Unhaltbare ihrer Stellung, und beantragten am 17. Mai selbst ihre Auflösung, die denn am 5. Juni auch ausgesprochen wurde.

Die Reichsversammlung selbst wurde am 18. Mai feierlich eröffnet; es waren bereits 350 Abgeordnete erschienen, die sich im Römer versammelten und in feierlichem Zuge nach der Paulskirche begaben, wo der Alterspräsident Dr. Lang aus Hannover die verfassunggebende Versammlung von Deutschland eröffnete. Am 19. wurde Heinrich von Gagern zum Präsidenten erwählt, der in einer kurzen Eröffnungsrede als Zweck die Beschaffung einer Verfassung für Deutschland, als Beruf und Vollmacht die Souverainetät der Nation bezeichnete, welche die Schwierigkeit, wenn nicht Unmöglichkeit einer Verständigung unter den Regierungen in die Hände der Versammlung gelegt habe. Zum Stellvertreter wurde Simon ernannt. Der Raum gestattet nicht, auch nur oberflächlich auf die einzelnen Verhandlungen dieser Versammlung einzugehen. Die große Mehrzahl der Abgeordneten, welche in ihren Forderungen an die neue Gestaltung Deutschlands sich am Weitesten von dem Bestehenden entfernten, nahmen die Bänke ein, welche links von der Bühne des Vorstandes errichtet sind, während diejenigen, welche das Bestehende gewahrt wissen wollten, die rechte Seite einnahmen. Uebrigens besitzt der Deutsche zu viel Selbstständigkeit, um sich so ganz an die Partei hinzugeben, wie es ehedem der Engländer, und noch heute der Franzose thut, und so gab und giebt es in der Paulskirche eine äußerste Linke, eine Linke, eine linke und eine rechte vermittelnde Partei, eine Rechte und eine äußerste Rechte, und nur das eigentliche Centrum schien im Anfange zu fehlen. Die äußerste Linke, welche, wenn auch nicht den gewaltthätigen, doch den unmit-





telbaren Umsturz des Bestehenden anstrebt, zählte nur wenig Mitglieder; zur äußersten Rechten, welche der neuen Zeit jede Anerkennung weigert, wollte sich Niemand rechnen lassen, und selbst die, welche so weit als möglich rückwärts möchten, waren nur wenig zahlreich vertreten. Die reine Linke erkannte in Robert Blum ihren Führer, dessen schändliche Hinmordung durch den Fürsten Windischgrätz noch in Aller Gedächtnisse lebt, und bis jetzt ungesühnt blieb. Blum war ein rechtschaffener, biederer Mann, von Jedem hochgeachtet; doch ging ihm, bei unleugbar großen Rednergaben und starker Willenskraft, jede tiefere Bildung ab, so daß er, des siegenden Eindrucks auf die Massen sicher, in der Reichsversammlung fast eben so oft, als er auftrat, an Boden verlor. Ihm gegenüber stand der, in Frankfurt selbst heimtückisch erschossene Fürst Lichnowsky, ein abenteurender Ritter, der vor etwa 15 Jahren für Don Carlos in Spanien gefochten hatte, sodann Herr von Vincke und von Radowitz, beide sich der äußersten Rechten zuneigend, die auch das Unrecht für Recht gelten läßt, blos weil es lange bestanden hat. Am zahlreichsten von den bedeutendsten Persönlichkeiten vertreten waren die rechte und die linke Mitte. Es ist gewiß, daß der Reichstag in der ersten Zeit seines Bestehens weit hinter den Erwartungen zurückblieb, welche man von ihm hegte, daß er namentlich seine Hauptaufgabe oft aus den Augen verlor, und mit Redseligkeit und Wortklaubereien eine Zeit verschwendete, die für das Volk besser hätte benutzt werden können.

Den Glanzpunkt ihrer Verhandlungen bildete bisher jedenfalls die über die Begründung einer provisorischen ausübenden Reichsgewalt, zu welcher nicht weniger als 113 Redner sich eingeschrieben und mehr als 40 gesprochen haben; unter ihnen fast alle bedeutenden Talente der Versammlung. Und wie weit anfangs die Meinungen von einander abstanden, es war unverkennbar, sie näherten sich, und wäre nach Gagern's kühnem Geiste am 24. Juni unmittelbar abgestimmt, es würde der Name Johann's von Oesterreich

einstimmig genannt worden sein. Das Resultat der Wahl gab 436 Stimmen gegen 85, und ganz Deutschland hat dieser Wahl zugestimmt; Johann's Zug durch Deutschland schien zum ersten Male das volle Gefühl der Einheit in allen deutschen Gauen wach zu rufen. — Erzherzog Johann, geboren am 20. Januar 1782, Sohn Leopold's II. und Marie Louisens, Tochter Carl's III. von Spanien, war durch Erziehung, Neigungen und Charakter vollkommen zu seiner hohen Stellung geeignet. Schon seine frühesten Neigungen waren den Kriegs- und den Naturwissenschaften zugewendet, und daß er in seinem 18. Jahre Moreau gegenübergestellt wurde, beweist mindestens, daß man große Erwartungen von ihm hegte. Wenn er nach anfänglichem Siege bei Amberg einige Tage später bei Hohenlinden unterlag, so war es nicht Mangel an persönlicher Tapferkeit. Nach dem Frieden von Luneville 1801 an die Spitze des österreichischen Festungswesens und Geniecorps gestellt, hat dieser Zweig ihm Alles zu danken. Im Jahre 1805 wurde er nach Tyrol gesandt, und hängt seitdem an diesem Lande mit wahrer Liebe; auch war es sein und Erzherzogs Carl Erscheinen im Rücken Napoleon's, welches denselben zum Frieden von Preßburg bewog. Im Jahre 1809 kämpfte er siegreich in Italien, und nicht durch seine Schuld ging die Schlacht bei Raab verloren. Um seinen Sinn für das Volk, dessen Rechte und dessen Werth, kennen zu lernen, muß man die herrlichen Briefe lesen, welche er an seinen Freund Johannes von Müller schrieb. Und spricht irgend etwas für diese Gesinnungen, so ist es der Umstand, daß er der entschiedene Gegner Metternich's war, mit dessen Gelangung zur Gewalt aus dem öffentlichen Leben zurücktrat, und sich von da an dem Landbau und den Wissenschaften widmete. In seiner Bergeinsamkeit gewann er auch die Kraft, mit der schönen Anna Plochl, Tochter des Postmeisters in Aussee, eine Heirath nach dem Herzen zu schließen, und wenn Oesterreich nicht ganz in Geistesdumpfheit versank, so trugen seine Bemühungen, es mindestens in wissenschaftlichen Beziehungen

zu Deutschland zu erhalten, wesentlich dazu bei. Durch eine Deputation des Reichstags am 8. Juli von seiner Erwählung in Kenntniß gesetzt, trat er am 12. Juli sein erhabenes Amt an, und kehrte nach Eröffnung des Reichstages in Wien, wohin sein Wort ihn rief, am 3. August mit seiner Gemahlin, Baronin Brandhof, und seinem Sohne, Grafen von Meran, nach Frankfurt zurück, um sich ganz seiner hohen Aufgabe zu widmen. Nach wenigen Tagen bereits vervollständigte er das Reichsministerium, und es gelang seiner schlichten Aufrichtigkeit, den ersten drohenden Riß in Deutschlands Einigkeit zu heilen.

Bis dahin hatten die Regierungen die Reichsversammlung ruhig gewähren lassen und, außer der Anerkennung der Wahl des Reichsverwesers, sich völlig stillschweigend verhalten. Es trat nun der Fall ein, daß sie einen entscheidenden Schritt thun und unwiderruflich ihre Meinung an den Tag legen sollten. Der 6. August war zur Huldigung der deutschen Bundestruppen für das Reichsoberhaupt, auf welches der Bundestag alle seine bisherigen Rechte übertragen hatte, bestimmt. Es war dies ein wichtiger Tag, gleichsam der Stempel der Errungenschaften des deutschen Volkes. Von dem Augenblicke an sollte die Einigkeit Deutschlands eine Wahrheit werden, und von Seiten des Volkes wurde derselbe als ein allgemeiner deutscher Festtag angesehen, als ein Bruderfest, das mit dem Gefühl der reinen Freude, mit dem Gefühl sittlicher Erhebung, zu begehen sei. — Anders ein großer Theil der Regierungen. „Deutschland soll aus einem Staatenbunde in einen Bundesstaat verwandelt werden", verhieß der König von Preußen am 18. März. Die braunschweigische Regierung schloß sich sofort dieser Erklärung an, welche Baden, Hessen, Würtemberg schon lange vorher gegeben hatten, die sämmtliche deutsche Regierungen wiederholten. Der verantwortliche Ministerpräsident von Auerswald erklärte in der Kammersitzung vom 4. Juli, daß die preußische Regierung mit der Wahl des Erzherzogs Johann und der dem Reichsverweser übertragenen Gewalt sich

einverstanden erkläre. Die Bundesversammlung erklärte sofort nach der Wahl des Reichsverwesers im Namen der deutschen Regierungen deren Anerkennung dieser Wahl, mithin nothwendiger Weise deren Anerkennung zu dem Gesetze, wodurch diese Reichsverweserschaft ins Leben gerufen wurde. Dieses anerkannte Gesetz vom 28. Juni aber verfügt in Art. 2, b, daß „die Oberleitung der gesammten bewaffneten Macht zu übernehmen und namentlich die Oberbefehlshaber zu ernennen" zu den Befugnissen der Reichscentralgewalt gehört. Was heißt es aber, den Reichsverweser anerkennen und die ihm gesetzlich zustehenden Attribute leugnen? Was heißt es, die deutsche Einheit wollen und deren nothwendige Bedingungen vereiteln? Die Regierungen hatten den Reichsverweser anerkannt, das Volk hatte ihn anerkannt mit begeistertem, jubelndem Hoch, und das Heer sollte ihn nicht anerkennen? Wäre das die verheißene Verschmelzung zwischen stehendem Heer und Bürgerthum gewesen? Betrachten wir nun das, was wirklich geschah, so zeigt sich zuerst, daß dieser Tag von den Bürgern aller Orten auf das Feierlichste begangen wurde, daß aber das Militair fast überall nur maschinenmäßig die vorgeschriebene Huldigung leistete. Namentlich war es Hannover, wo der König, trotz alles Dringens der Bevölkerung, die Truppen von der Huldigung abhielt, und sodann Preußen, wo man wenigstens nicht gerade am 6. August, und nur nach einer elusorischen Formel huldigen lassen wollte. In Preußen durfte es sogar ungestraft geschehen, daß gegen den Befehl des Königs der Stolz und die Eitelkeit einer verzogenen, übermüthigen Soldateska aufgerufen wurde, daß mehrere preußische Truppenabtheilungen sogar die deutschen Farben abrissen und in den Staub traten. Freilich ging ein allgemeiner Schrei der Entrüstung durch das Land, aber die Regierung schwieg zu diesen offenbaren Empörungen, und es wäre vielleicht zu traurigen Scenen gekommen, hätte der Reichsverweser nicht die Jubelfeier der Gründung des Kölner Domes am 15. August benutzt, um dort mit dem Könige von Preußen persön-

lich zusammenzukommen, und wenigstens den Schein zu retten. Allerdings hat auch in Preußen das Militair gehuldigt, aber unter einer Formel, welche den ganzen Huldigungsact zu einer leeren, bedeutungslosen Form herabwürdigte.

Mit Schmerzen gedenken auch wir Braunschweiger noch des 4. August, an welchem das Wohl und Wehe unsers Landes, es läßt sich nicht leugnen, auf der Spitze einer Nadel schwebte. Der Herzog hatte sich, in Folge eines dem Könige von Preußen geleisteten Versprechens, geweigert, die Huldigung am 6. August stattfinden zu lassen, obwohl er sich mit jedem andern Tage einverstanden erklärt hatte. In diesem Falle aber kam es wirklich auf den Tag an, es kam darauf an, daß durch ganz Deutschland an einem und dem nämlichen Tage dieser Befehl der Reichscentralgewalt vollzogen werde. Mehrere Deputationen waren an Se. Hoheit abgesandt, um den Herzog von der Lage der Dinge in Kenntniß zu setzen, und gleichfalls hatte die in aller Eile durch expresse Boten berufene Ständekammer sich ganz im Sinne des Volks entschieden. Als der Herzog nun auch aus dem Munde des gesetzlichen Organs die Ueberzeugung gewonnen, daß etwaige verschönernde Einflüsterungen irrig waren, und daß von dem ganzen Lande die vorgeschriebene Feier des 6. August begehrt würde, wurde der Nachmittags 4 Uhr auf dem Aegidienmarkte zusammengerufenen Volksversammlung der Entschluß des Herzogs, die Feier stattfinden zu lassen, eröffnet, und der drohende Sturm dadurch beruhigt. Unter Vorbereitungen zu diesem Nationalfeste erschien der 6. August, vom herrlichsten Wetter begünstigt. Die Volkswehr, im Bewußtsein der Bedeutung des Tages, war vollzählig erschienen, wie nie, und eine große Zahl Mitglieder der höchsten Behörden hatte sich ihr angeschlossen. Ihr Ausrücken durch die dichtgedrängten Straßen Braunschweigs, ihr Zug nach dem großen Exercierplatze unter Begleitung von Tausenden freudig bewegter Menschen war würdevoll, imposant. Die hier zur Messe anwesenden Fremden mit ihren Bannern hatten

sich angeschlossen, und alle reichten sich in ächt deutscher Gesinnung die Bruderhand. Ihr freiwilliger Anschluß war ein schönes Symbol deutscher Einheit, ein feierlicher Protest gegenüber allen Sonderbestrebungen. Auch ein Zug der Arbeiter mit einer Fahne hatte sich angeschlossen, und dadurch gezeigt, daß alle Classen von der Bedeutung des Tages durchdrungen waren, und auch der schlichte Arbeiter ein warmes Herz habe für sein deutsches, einiges Vaterland. Um 12 Uhr sollte der Huldigungsact vor sich gehen. War es Mangel an vorheriger Besprechung, oder war es Absicht: — wie es nicht hätte sein sollen, war Volkswehr und Militair gesondert, rückten beide getrennt aus. Auch der Huldigungsact selbst ging bei der gesonderten Stellung des Militairs vor sich, ohne daß die Volkswehr davon auch nur Kenntniß erhielt. Nach diesem Acte erschien der Herzog, Bürger und Militair defilirten an ihm vorüber, und zogen dann, gesondert wie sie gekommen, zurück in die Stadt. — Einen überaus heitern, schönen Eindruck hinterließ der zweite Act der Feier, das wahrhafte Volksfest auf dem kleinen Exercierplatze. Nicht gesondert, wie am Morgen, sondern herzlich vereint, Arm in Arm, zogen Wehrmänner und Soldaten nach dem kleinen Exercierplatze. Hier waren Zelte aufgeschlagen, Kletterstangen errichtet, Erfrischungen reichlicher vorräthig, als zweckmäßig vertheilt. Bedeutungsvolle Transparente prangten an vielen Orten, die Erleuchtung der Häuser gewährte einen freundlichen Anblick, ein Feuerwerk wurde abgebrannt, und bis spät in die Nacht wogten fröhliche, jubelnde Menschen auf dem Platze umher, Fremde und Einheimische, Militair und Bürger. Es war ein schönes, erhebendes Fest der Verbrüderung. Wie die alten homerischen und ossianischen Helden ihre Waffen gegenseitig austauschten zum Zeichen des Freundschaftsbündnisses, so sah man den Soldaten mit dem Hute des Bürgers oder der Mütze des Wehrmannes und diesen dafür mit dem Seitengewehr und der Militairmütze jenes, beide Arm in Arm, in herzlicher, fröhlicher Eintracht umherziehen.

Beide sind seit dem 6. August sich näher gerückt, beide haben sich als Brüder, als Söhne eines Vaterlandes kennen und empfinden lernen, beide werden auch hinfort eins sein, wenn es gilt, die Ehre und Freiheit Deutschlands zu vertheidigen. Daß der in Schleswig-Holstein weilenden Brüder herzlich gedacht wurde, verstand sich von selbst, und es waren Vorkehrungen getroffen, daß auch sie an unserer Freude Theil nehmen konnten. Doch haben sie, dem Vernehmen nach, die Huldigung erst auf der Heimkehr geleistet.

In der Bundesfestung Mainz war die Huldigung schon am Tage des Einzugs des Reichsverwesers in die Nationalversammlung geleistet. In den freien Städten geschah sie am 6. August mit aller Feier, während in Hannover nur die Bürgerwehr, nicht das Militair, huldigte, welchem letztern nur in den Casernenhöfen die Anerkennung des Reichsverwesers vorgelesen wurde. In Rendsburg beging die Feier lediglich die Bürgerwehr, weder die fremden, noch die einheimischen Truppen nahmen daran Theil. Ebenso wurde in Oldenburg und Cassel der Tag fast nur von dem Volke gefeiert, dem Militair aber ein Parolebefehl, gleich den übrigen, verlesen, und dann das vorschriftsmäßige dreimalige Hoch ausgebracht. Feierlicher schon war die Huldigung in Kiel, ebenso in Würtemberg und sonderbarer Weise wurde gerade in Wien dieser Tag feierlicher als fast an allen anderen Orten begangen. Ueberall aber ging die eigentliche Feier von den Bürgern und der Bürgerwehr aus, und man sah deutlich, daß das Widerstreben der Regierungen und in Folge dessen der Officiere auch auf die Soldaten in einem Grade einwirkte, daß, außer in Braunschweig, das Militair an dem eigentlichen Feste fast nirgend Antheil nahm.

Der sechste August scheint überhaupt als ein Wendepunkt gelten zu können, von welchem an die Hoffnungen des deutschen Volkes mehr und mehr zurücksanken. Nicht blos, daß dieser Tag dem Mißtrauen gegen die Regierungen wieder neue Nahrung gegeben hatte, es brach auch im Schooße der Reichsversammlung ein Sturm

los, der in den weitesten Kreisen eine große Mißstimmung hervorrief. Aengstliche Seelen sahen schon den Untergang des ganzen Verfassungswerkes. Aber das war nicht zu fürchten; die bis dahin würdevolle Haltung der Reichsversammlung mußte Vertrauen genug eingeflößt haben, so daß dasselbe durch einen einzelnen ungehörigen Ausbruch der Leidenschaft nicht wankend werden durfte. Auch würde dieser Eindruck bald wieder vorübergegangen sein, wäre nicht die Reichsversammlung durch einige ihrer späteren Beschlüsse, sowie durch ihre anscheinende Vernachlässigung des eigentlichen Verfassungswerkes, mehr und mehr mit der öffentlichen Meinung in einem Grade zerfallen, daß von allen Seiten her Mißtrauensvota an dieselbe eingingen.

Drei hervorragende Punkte sind es besonders, in deren Entscheidung die Nation Mangel an Energie bei der Reichsversammlung und der Centralgewalt zu finden glaubte: — der Waffenstillstand mit Dänemark, die Wiener Gräuel und der preußische Verfassungsstreit.

Noch in der Sitzung der Reichsversammlung vom 31. Juli verhieß der Reichskriegsminister von Peucker die energische Fortsetzung des Kampfes mit Dänemark. Die Truppen des 7., 8. und 9. Armeecorps sollten schleunigst mobil gemacht und dem Feinde die eindringliche Lehre gegeben werden, daß das einige Deutschland sich nicht ungestraft verhöhnen lasse. Wirklich erfolgte die Mobilmachung jener drei Corps, die frischen Truppen langten fast sämmtlich auf dem Kriegsschauplatze an, aber statt der verheißenen eindringlichen Lehre schleppte sich der labyrinthische Gang diplomatischer Verhandlungen langsam hin und statt der ersehnten Siegesbotschaft hörten wir, daß der Unterstaatssecretair M. von Gagern in Rendsburg den Fortgang der Friedensunterhandlungen überwache. Die höchst auffallende, einzig in der Geschichte dastehende Art der Führung des Krieges mit Dänemark war in der That nicht geeignet, Deutschland dem Auslande gegenüber in einer achtunggebieten-

den Stellung zu zeigen, wie überhaupt unsere auswärtige Politik auch jetzt noch unser wunder Fleck ist. Wahrlich, ist in irgend einem Kriege gesündigt worden, so war es in diesem. Oder haben wir den schmachvollen Rückzug aus Jütland schon vergessen? oder das Aufheben des Embargo auf dänische Schiffe, während die Dänen nach und nach mehr als hundert deutsche Schiffe wegnahmen? Dänemark glaubte und glaubt nicht an unsere Einheit, und trotzt noch heute auf diesen Glauben. Und die Schuld trug wieder das alte Zögern, die alte Thatlosigkeit unseligen Andenkens, das alte Feilschen und Markten mit dem Auslande, die alte Furcht vor England oder Rußland. Freilich, England und Frankreich wollten keine Erneuerung des Krieges, den sie als Kriegserklärung betrachteten; auch Rußland drohte in ähnlicher Weise. Da mußte wohl Deutschland das siegreich erhobene Schwert senken und wie vordem zu den Füßen seiner Lehrherren sitzen und auf ihren Rath horchen. Als ob England nicht das unglückliche Irland als schweres Gewicht an seinen Fersen, Rußland nicht genug mit Polen, mit den Tscherkessen, mit der türkischen Grenze, mit der Gährung in seinem Innern, und Frankreich nicht übergenug mit dem Deficit seiner Finanzen, mit dem geschlagenen, aber noch nicht besiegten Heere der communistischen Republik zu thun gehabt hätte! Und sind überdies die Ostseeprovinzen ein so gefahrloser Besitz für Rußland, und blickt nicht Schweden noch immer sehnsüchtig nach Finnland? Woher also die damalige Furcht vor Drohungen? — Aber die deutschen Küstenstädte, sagte man, rufen nach Frieden, die Ostseehäfen wenden sich ab von der deutschen Einheit, die den Ruin ihres Handels und ihrer Schifffahrt als Morgengabe mitbringt. Es läßt sich nicht leugnen, daß diese Klagen, dieses Sehnen nach endlichem Frieden die ernsteste Berücksichtigung verdiente, daß es Deutschlands Interesse forderte, diejenigen Provinzen, die noch obenein so fest an dem Preußenthum hingen, nicht durch allzuharte Opfer der Einheitsidee zu entfremden. Gerade aber des Friedens wegen, gerade um diesen

der Ehre Deutschlands würdig abzuschließen, hätte statt des Zögerns und Unterhandelns ein entscheidender Schlag geschehen, hätte Deutschland, den siegenden Fuß auf das wiedereroberte Jütland gesetzt, den Frieden dictiren sollen. Das geschah nicht, und statt dessen wurden von Neuem Waffenstillstandsunterhandlungen angeknüpft. Die schmähliche Bestimmung über die Entwaffnung der Herzogthümer wurde von der öffentlichen Meinung gerichtet. Die schleswig-holstein'sche Armee durfte nicht aufgelöst werden, es mußte eine hinreichende Anzahl Reichstruppen in den Herzogthümern bleiben, die Küste mußte gegen mögliche Angriffe der Dänen von den Inseln aus hinlänglich geschützt sein. Auch die provisorische Regierung, das gesetzmäßige Organ des Volkswillens, anerkannt von der Nationalversammlung, durfte nicht aufgelöst, Dänemark nicht das Recht eingeräumt werden, an ihrer Stelle eine andere, selbst nicht auf Vorschlag der Centralgewalt, einzusetzen, denn gerade diese Regierung wurzelte im Vertrauen der Nation. Eine Hauptbedingung aber war vor Allem die Anerkennung der deutschen Centralgewalt.

Und was geschah statt dessen? Preußen schloß mit Dänemark einen Waffenstillstand auf 7 Monate. Am 1. September wurden zu Lübeck die Ratificationen des Waffenstillstandsvertrages zwischen Dänemark einerseits und Preußen für Deutschland andererseits ausgewechselt. Der Vertrag enthielt 12 Artikel und 7 Separatvereinbarungen. Preußen aber schloß den Vertrag, nicht im Namen der Centralgewalt, sondern im Namen des deutschen Bundes, und wahrlich, nur der deutsche Bund, der zwar todt, aber noch nicht begraben war, konnte einen solchen Waffenstillstand schließen. Hatte Deutschland eine Centralgewalt oder nicht? War die deutsche Einheit eine Wahrheit oder ein Traum? War Erzherzog Johann der Träger dieser Einheit oder nicht? War der Reichsverweser die höchste vollziehende Behörde für das Gesammtdeutschland oder nicht? Mit keiner Sylbe erwähnte der Vertrag dieser Centralgewalt, und doch war es eben sie, nur sie, von welcher Preußen die Vollmacht be-

kommen. Aber nicht in ihrem Namen schloß Preußen den Vertrag, nein, im Namen des deutschen Bundes! Natürlich; Dänemark erkannte ja die Centralgewalt nicht an, der General Hedemann sagte es ja in seiner Depesche an Wrangel vom 24. Juli, der dänische Minister Knuth sagte es ja in seiner Note vom 12. August, daß Dänemark wünsche, im Gefühl für Preußens Ehre und Macht eine hinreichende Garantie zu sehen! Und darum unterhandelte Preußen im Namen des deutschen Bundes! Wann anders soll denn die Einheit Deutschlands dem Auslande begreiflich gemacht werden, wenn nicht bei Verträgen mit dem Auslande, wenn nicht bei Ausführung dieser Verträge?

Die erste entscheidende Gelegenheit, die Anerkennung der Centralgewalt Deutschlands zu fordern, gerade der Macht des Auslandes gegenüber zu fordern, welche am Hartnäckigsten auf den Fortbestand unserer Zerrissenheit pochte, diese erste Gelegenheit wurde schmachvoll versäumt. Deutschland mußte noch immer seine demüthige Rolle fortspielen, mußte noch immer der Spielball des Auslandes sein. Wen kann es noch wundern, wenn in London und Paris die Anerkennung der „Reichsgesandten" auf Schwierigkeiten stieß, wen wundern, daß Frankreich immer noch keinen ordentlichen Gesandten in Frankfurt hatte, daß Lord Cowley daselbst immer noch keinen diplomatischen, daß er nur einen „officiösen" Charakter entwickelte? Nach Artikel 1. läuft der Waffenstillstand am 1. April ab, und es ist nicht zu verwundern, wenn die öffentliche Meinung dabei eher an einen Aprilscherz, als an Wirklichkeit dachte. Das Schlimmste aber war, daß nach Art. 6. Holstein und Schleswig von einander getrennt wurden und die provisorische Regierung aufgelöst ward, dieselbe Regierung, die, aus dem Vertrauen des Volkes hervorgegangen und in demselben wurzelnd, anerkannt von dem Bundestage, wie von der Reichsversammlung, mit einem Striche vernichtet wurde. Gerade die Männer, die in den Tagen der Erhebung des Volkes ihre beste Kraft dem Vaterlande geweiht, die

sich bewährt hatten als treue Führer, als unerschrockene Kämpfer für Freiheit und Nationalität, gerade diese wurden beseitigt, um einigen Notabeln des Landes unter dem Präsidium des verhaßten, volksfeindlichen Grafen Moltke Platz zu machen. Und das sind die Früchte der blutigen Saat des 9. April, der die Blüthe der holstein'schen Jugend fallen sah durch Uebermacht und Verrath der Dänen, solche Früchte trug das Blut so vieler Tapferen, die für Deutschlands Ehre muthig in den Kampf gingen. Derselbe Boden, in welchem ihre Gebeine ruhen, den sie mit dem Schwerte befreit, ist durch Diplomatenkünste wieder in Schmach und Knechtschaft gefallen! Im Art. 10 wird Großbritannien um die Garantie für Beobachtung des Waffenstillstandes ersucht. Und diesen Vertrag schloß Preußen im Namen des deutschen Bundes! Preußen hatte Opfer gebracht, es ist wahr, der Tapferkeit des preußischen Heeres zollte ganz Deutschland seine Anerkennung und seinen wärmsten Dank. Aber die ganze Art der Kriegführung, wie sie General von Wrangel ausübte, und dieser Waffenstillstand lassen sich durch nichts beschönigen, selbst nicht einmal durch die Nothwendigkeit, die doch sonst Alles entschuldigt. Und was that die Centralregierung, was die Reichsversammlung? Preußen hatte den Vertrag in seinem und des deutschen Bundes Namen geschlossen, und die Worte: — „Preußen für sich und zugleich im Namen des deutschen Bundes" (der gar nicht mehr existirte) bildeten einen traurigen Contrast zu den so oft gehörten Worten: — „Preußen soll in Deutschland aufgehen", falls man sie, wie der Abgeordnete Hollandt von Frankfurt schrieb, nicht so auslegen will: — „es soll als Sonne aufgehen." Jenes „für sich" enthielt eine jeden Vaterlandsfreund tief verletzende Erklärung, wenn man die Note des schwedischen Gesandten las, die geradezu darauf hinwies, wenn Deutschland nicht mitwolle, könne ja Preußen für sich, seine Truppen, Handelsschiffe und Häfen allein contrahiren! Ja, hinterher hat sich sogar noch gezeigt, daß Dänemark von einer Hauptbedingung abstehen wollte, während doch von

preußischer Seite versichert wurde, es sei durchaus nichts weiter zu erreichen gewesen! Was den Rechtspunkt betrifft, so hat sich die hin und wieder geltend gemachte Ansicht, als sei Deutschland völkerrechtlich gegen Dänemark gebunden, eine Aufhebung des Waffenstillstandes sei Treubruch ꝛc., nach Vorlage der Acten als grundfalsch herausgestellt. Preußen hatte wirklich nur die bekannte bedingte Vollmacht erhalten, und wenn dasselbe Dänemark gegenüber so auftrat, als habe es eine unbedingte, so ist das wahrlich nicht Deutschlands Schuld. — Die Stimmung des deutschen Volkes sprach sich so allgemein und so entschieden gegen diesen Waffenstillstand aus, daß von allen Orten Petitionen und Adressen an die Reichsversammlung abgingen, und in Volksversammlungen energisch gegen denselben protestirt wurde. Und was that die Reichsversammlung? Welche Rücksicht nahm sie auf die Wünsche und Forderungen des gesammten deutschen Volkes? Sie genehmigte den Waffenstillstand, oder, wie der zarte Ausdruck lautete, sie beschloß, ihn, so weit er nach der damaligen Sachlage noch ausführbar war, nicht zu hindern. Wie weit er noch ausführbar sei, und wie weit nicht, darüber verlautete nichts; man weiß überhaupt nicht, warum jener Zwischensatz gemacht wurde. Haben nun die frei gewählten Vertreter des deutschen Volkes in männlich entschiedener Sprache, welche jeden Zweifel beseitigt und das jämmerliche diplomatische Drehen und Deuteln abschneidet, die Abänderungen des Vertrags von Malmö, welche sie im Namen des deutschen Volks fordern zu müssen glaubten, haben sie diese bezeichnet? Nein! Sie forderten nur die provisorische Centralgewalt auf, „die geeigneten Schritte zu thun, damit auf den Grund der dänischer Seits amtlich erklärten Bereitwilligkeit über die nothwendigen Modificationen des Vertrags baldigst eine Verständigung einträte“. Und solch ein Beschluß sollte die Ehre Deutschlands retten! Das Schlimmste war, daß diese Modificationen nicht zur Bedingung der Genehmigung des Waffenstillstandes gemacht, ja in dem Beschlusse nicht

einmal ausgesprochen wurden. Auch hatte jene Berufung auf die dänische Bereitwilligkeit (die sich ohnehin später als ungegründet erwies) etwas ungemein Verletzendes. Mochte Dänemark amtlich oder nicht amtlich eine solche Bereitwilligkeit ausgesprochen haben oder nicht — wenn die Reichsversammlung, wie es nicht anders war, im Waffenstillstandsvertrage verwerfliche Sätze fand, so mußte sie diese scharf und mit aller Bestimmtheit herausheben und ihre Bestätigung oder Abänderung ohne Weiteres fordern, für den Fall aber, daß man sich in der dänischen Bereitwilligkeit getäuscht oder verrechnet habe, die Fortsetzung des Krieges dictiren. Es macht einen demüthigenden Eindruck, wenn in einer 45 Millionen vertretenden Versammlung auch nur der Schein der Schwäche erregt wird. Nicht auf Grund dänischer Bereitwilligkeit, sondern weil es die Ehre und Würde Deutschlands gebot, mußte die Nothwendigkeit der Abänderung des Vertrags vom 26. August ausgesprochen werden. Freilich war in dem ganzen Vertrage von Deutschland keine Rede; in ihm athmete nur Preußen und spukte nur der Geist des abgeschiedenen deutschen Bundes, der seiner Sünden wegen noch immer keine Ruhe im Grabe finden konnte. Aber, fährt das treffliche deutsche Tageblatt fort, es giebt doch ein Deutschland, es giebt doch eine deutsche Ehre und einen deutschen Volkswillen, der diese Ehre wahrt. Das deutsche Volk ist der Träger dieser Ehre, und der Mann in der Paulskirche, der den Volkswillen nicht finden wollte in Adressen, Zeitungen und Volksversammlungen, der ihn nur finden wollte in den Ständekammern, wird belehrt werden, daß Ständekammern, daß Nationalversammlungen nichts sind, wenn sie nicht getragen und geschirmt werden von dem großen Ganzen des Volkes, dessen Organ und Stimme sie sein sollen.

Es war dies der erste öffentliche Vertrag, den Deutschland als ein einiges Ganzes abschloß, und als solcher war er eine wichtige historische That. Wenn nun aber diese That von der schmäh-

lichen Politik der Schwäche zeugt, gegen welche in der Paulskirche sich warnende Stimmen erhoben, so ist die Gefahr da, daß aus dem schwächlichen Kinde niemals ein kräftiger Mann, ein siegreicher Held werde.

Von allen Gründen, welche man für den Waffenstillstandsvertrag vorbrachte, ist der triftigste der des Mangels einer Kriegsmarine. Und es giebt ein schönes Zeugniß für die Weisheit und Thätigkeit des deutschen Bundes, daß er nicht im Stande war, binnen 33 Friedensjahren auch nur die Anfänge einer deutschen Kriegsflotte zu schaffen. Ohne eine eigne Kriegsmarine müssen wir alle Hoffnung aufgeben, Dänemark für sein völkerrechtswidriges Benehmen gestraft oder auch nur zur Gewähr voller Entschädigung genöthigt zu sehen.

Gewiß aber ist der Gedanke empörend, daß dieser Vertrag nicht nur die Berechtigung der deutschen Revolution überhaupt leugnete, und dem stammverwandten Lande dasjenige entzog, wofür sich Deutschland erhob, sondern er stellte sogar die Berechtigung dieses Krieges in Frage, und ließ die dargebrachten Opfer, ließ das vergossene Blut als vergeudet erscheinen. — Das deutsche Volk unterwarf sich, wenn auch mit blutendem Herzen, dem Befehl der Reichsversammlung. Aber von dem Augenblicke an hatte diese Versammlung, in welcher das Volk sich nicht mehr wahrhaft vertreten sah, ihren Halt im Volke verloren, und ihre späteren Beschlüsse haben keineswegs dazu beigetragen, das Vertrauen wieder zu beleben. — Die Bundestruppen kehrten aus Schleswig-Holstein zurück, und zwar unsere Braunschweigischen Cameraden, die mit herzlichem Jubel in der Heimath empfangen wurden, mit unverhohlenem Grimm gegen die Oberleitung in diesem Kriege. Selbst die gewöhnlichen Soldaten behaupteten, es sei dort „nicht mit rechten Dingen zugegangen".

Ob es klug gewesen von Anfang an, daß Deutschland sich mit Dänemark in Krieg einließ, mit einem Feinde, der ihm unverfolg-

bar unter den Händen weglief, ist eine andere Frage. Gewiß aber ist, daß dieser Krieg für die deutsche Einheit geführt wurde, und daß er eben als ein greifbares Ereigniß diese Idee dem Bewußtsein des Volkes näher gebracht hat, als tausend Predigten und Reden darüber, als ein rein friedliches Wirken für diese Idee vermocht haben würden. Gewiß ist ferner, daß die nachgiebige Schwäche der Reichsversammlung auch mitten in Deutschland selbst blutige Trauerscenen im Gefolge hatte. Sie diente als Vorwand für das Attentat auf die Reichsversammlung zu Frankfurt a. M., sowie für den einem Raubzug gleichenden Einfall in das badensche Oberland. Allerdings gährten die dort zum Ausbruch kommenden Leidenschaften schon lange; aber es bedurfte zu ihrem Ausbruch immer noch erst eines Anlasses, und dieser fand sich in der allgemeinen Mißbilligung der von der Reichsversammlung bewiesenen Schwäche. In Folge der am 17. September Abends nach 8 Uhr bekannt gewordenen Genehmigung des Waffenstillstandes fanden von Seiten des erbitterten Volkes schon in der nämlichen Nacht heftige Excesse statt, und steigerten sich am folgenden Tage zu einem Grade, daß schon um Mittag in den lebhaftesten Gassen Frankfurt's sich Barrikaden erhoben, und der Tod bis zum Abend eine blutige Erndte hielt. Die Reichsversammlung — es ist ein Schandblatt in der Geschichte Deutschlands — mußte unter dem Schutz der Bajonette berathen, und Frankfurt selbst wurde in Belagerungsstand erklärt. Die bedeutendsten Opfer dieses Tages waren Lichnowski und Auerswald, beide schändlich ermordet. Als wir diese Scenen lasen, deren Schauplatz der Sitz der Reichsversammlung war, diese Scenen von Rebellion und Kampf und cannibalischem Meuchelmord, standen wir von dem Eindrucke dieses furchtbaren Stückes unserer Geschichte überwältigt da, und konnten nicht begreifen, wie solche Thaten an solchem Orte möglich seien. Und wie ein Hohn trat uns dann immer wieder die eisige Wahrheit entgegen: — Die Freiheit der deutschen Nationalversammlung hat auf Barrikaden, unter Blut und

Meuchelmord, gegen den Despotismus einer fanatisirten Rotte vertheidigt werden müssen, welche zum Deckmantel ihrer Gräuel die Republik mißbrauchte. Fast gleichzeitig erhoben diese „Rothen Republikaner" ihr Haupt im badenschen Oberlande, wo sie einen zweiten Versuch machten, ihre hochverrätherischen Pläne zu verwirklichen. Struve rief auf die Nachricht, daß der Waffenstillstand genehmigt sei, alle wehrfähige Mannschaft des Oberlandes, Schwarzwaldes ꝛc. zum Zuge nach Frankfurt auf, mit der Drohung, jeder, der nicht mitzöge, solle erschossen werden. Angst und Schrecken zogen vor den Freischaaren her, welche die öffentlichen Gebäude plünderten, die Cassen raubten, und unter der Schreckensherrschaft eines Struve, Weißhaar und Sigl den deutschen Namen schändeten. In Lörrach allein wurden aus der Obereinnehmerkasse an 18,000 Gulden von den Freischaaren weggenommen. An der Spitze der eingesetzten provisorischen Regierung stand Struve. Sein Reich war aber von kurzer Dauer; schon am 25. September wurden die Aufrührer bei Stauffen gänzlich gesprengt, und der entflohene Struve sammt seiner Frau in Wehr bei Schopfheim festgenommen.

Alles das waren die Folgen einer Schwäche, welche die Entrüstung des gesammten Volkes erregte, eine heilige Entrüstung, die von jenen wüsten oder excentrischen Köpfen mißgedeutet und als eine Auflehnung gegen die Reichsversammlung angesehen wurde, worauf sie fußen zu können glaubte. Aber ihr schändlicher Plan scheiterte an dem Rechtsgefühl des deutschen Volkes. War auch sein Vertrauen wankend geworden, es ehrte in seinen Vertretern dennoch das Gesetz, und fügte sich den Beschlüssen derselben. — Wollen wir davon reden, ob nicht der Waffenstillstand uns doch irgend *einen* Nutzen gebracht habe, so müssen wir zugestehen, daß er uns lebhafter als Alles an die schleunigste Beschaffung einer deutschen Kriegsmarine mahnte. Wir *müssen* eine solche haben, und geht der Eifer der Regierungen mit dem Enthusiasmus des Volkes Hand in Hand, so ist die Zeit lang genug gewesen, um

bei dem Wiederausbruch des Krieges auch zur See hinlänglich gerüstet zu sein. Und wiederausbrechen **wird** der Krieg mit Dänemark. Es gilt die Rettung der deutschen Ehre, es gilt die treue Erfüllung des dem Brudervolke gegebenen Wortes, es gilt aber auch die durch Dänemark schwer verletzten und bedrohten materiellen Interessen Deutschlands. Wir können und dürfen Schleswig-Holstein nicht im Stiche lassen. Es steht fest, daß Holstein zum deutschen Reiche, daß es zum deutschen Bunde gehört. Es steht eben so fest, daß Schleswig mit Holstein seit Jahrhunderten in der engsten staatlichen Verbindung hinsichtlich der Verfassung, Besteuerung und Gesetzgebung sich befunden hat, und daß diese Verbindung durch das Staatsgrundgesetz von 1840 nochmals besonders gewährleistet ist. Die Versuche Dänemarks, diese Verbindung zu lösen, Schleswig von Holstein loszureißen und Dänemark einzuverleiben, waren daher eben sowohl ein Eingriff in die Rechte Holsteins, ein Eingriff in die Rechte eines deutschen Bundeslandes, und deshalb war Deutschland zum Kriege gegen Dänemark berechtigt, nicht um Schleswig zu erobern (woran es nie gedacht hat), sondern um die rechtliche Existenz, die Selbstständigkeit dieser untrennbar verbundenen Staaten aufrecht zu erhalten. Mit Recht ist gesagt, daß schon 1815, als Deutschland reorganisirt wurde, auch die Verhältnisse Schleswigs gründlich hätten geordnet werden, daß es eben so wie Holstein in den deutschen Bund hätte aufgenommen werden müssen, weil es immer ein unglücklicher Zwitterzustand ist, mit einem Lande unzertrennbar verbunden zu sein, das einem größern Staatsganzen angehört, ohne selbst ein Theil und Glied dieses größern Ganzen zu sein.

Der Krieg wird, selbst nach dem Urtheile der Engländer, unvermeidlich sein. Von Seiten Dänemarks ist, in Bezug auf Unterhandlungen, schon seit geraumer Zeit General Oxholm als Unterhändler in London, während erst nach dem 9. December der Ritter Bunsen von der Reichsgewalt in Stand gesetzt wurde, in ihrem

Namen zu handeln. Nach den Berichten aus London hat es allen Anschein, daß die Dänen, im Vertrauen auf Frankreich und Rußland, in hartnäckigem Widerstand bleiben, und sollten sie selbst die Unabhängigkeit Schleswigs von Dänemark anerkennen, so würde diese doch nur eine sehr scheinbare, für Schleswig und Deutschland sehr drückende sein. Für jetzt sind, wie die Forderungen Dänemarks lauten, alle Aussichten auf einen definitiven Frieden unmöglich. Es wird auch hierin Vieles auf die Politik des neuen Präsidenten von Frankreich ankommen. Rußland ist der natürliche Feind Deutschlands, während wir, trotz seines Wohlwollens, von England wenig zu hoffen haben; denn es wird sich, seiner Handelsinteressen wegen, in Allem durch größeste Liebe zum Frieden bestimmen lassen. Lasset darum vor allen Dingen uns einig sein, auf daß wir dadurch stark sind, und ewige Schmach dann denen, welche das große Werk der Einigung Deutschlands verzögert und die Beschaffung der nöthigen Mittel zur Kriegführung mit Dänemark in diesen 7 Monaten versäumt haben.

Die zweite Schwäche, welche der Reichsversammlung und Centralgewalt Schuld gegeben wird, fand in Bezug auf Oesterreich und die Wiener Ereignisse statt.

Am 6. October brach in dem unter eine Soldaten- und Camarilladespotie gestellten Wien ein abermaliger Aufstand aus, der rasch zum scheußlichsten Blutvergießen führte, entsetzliche Scenen, wie die der Ermordung des Kriegsministers Latour, im Gefolge hatte, einigen Hunderten Bürgern und Soldaten das Leben kostete, und Veranlassung war, daß der Kaiser abermals bei Nacht und Nebel sich auf die Flucht begab. Am 7. Morgens 11½ Uhr beschloß der Reichstag, daß er die constituirende und executive Gewalt übernähme, und Commissaire mit diesem Erlaß in die Provinzen sende. Ganz Wien stand unter Waffen, hielt sich aber, einige Aufregung abgerechnet, vollkommen ruhig. Aber es war die Ruhe, welche einem noch heftigern Wetterschlage vorherzugehen pflegt.

Wien war ruhig, aber diese Ruhe war nicht der Frieden nach ausgerungenem Kampfe, nicht die Versöhnung nach geendetem Streit, es war die Ruhe der Spannung, der Erwartung, der Besorgniß. Die Abreise des Kaisers hatte die Aufregung der Gemüther in bedenklicher Weise gesteigert, und von Neuem Argwohn und Mißtrauen hervorgerufen. Der Kaiser, der eben den Reichstag in der königlichen Freistadt Pesth aufgelöst, der eben alle in Ungarn und seinen Nebenländern, sowie in Siebenbürgen liegenden Truppen dem Oberbefehl des Banus von Croatien, Slavonien und Dalmatien, dem Feldmarschall-Lieutenant Baron Joseph Jellachich untergeordnet, der diesen entschiedenen Vorfechter des Slaventhums mit unbeschränkter Machtvollkommenheit ausgerüstet, alle genannten Länder unter dessen Botmäßigkeit gestellt und das Kriegsgesetz über Ungarn ausgesprochen hatte, dieser Kaiser verließ Wien wiederum im entscheidenden Augenblicke. Er verließ Wien „wegen seines Hanges zum Aufruhr“ und „um anderswo die Mittel zu finden, die unterjochte Wiener Bevölkerung zu befreien“. Die Diplomaten oder die Camarilla, welche dem Kaiser diese Sprache dictirt, mögen dereinst alle das Blut verantworten, das ihr nichtswürdiger Rath fließen machte. Aber die Wiener Bevölkerung fühlte sich von nichts unterjocht, als von einer verhaßten Hofpartei und einem mißliebigen Ministerium. Das Volk wollte nicht fechten unter einem Slaven, unter dem „Attila des Wiener Hofes“, gegen die Magyaren. Aber Wien hatte nichts gethan, was gegen den Kaiser, was überhaupt gegen den Bestand der constitutionellen Monarchie gerichtet gewesen wäre. Alles beweist, daß man gegen die Person der Kaisers nichts im Schilde führte, daß man sie sehr wohl von der dunkeln Gruppe zu unterscheiden wußte, die hinter ihm flüsterte und raunte und den Absolutismus um jeden Preis retten wollte. Die Petition an den Reichstag wegen Verbannung des Erzherzogs Ludwig und der Erzherzogin Sophie sprach hier deutlich genug, und wenn es wahr ist, daß eben diese Personen es waren, welche sich

zwischen den constitutionellen Kaiser und sein Volk wie eine Scheidewand stellten, so war in ihnen der eigentliche Sitz des Aufruhrs zu finden, und Wien konnte den Vorwurf des Hanges zum Aufruhr dem irregeleiteten Kaiser gegenüber auf dessen eigene Freunde und Berather zurückwälzen. Nahe lag die Besorgniß, daß die Camarilla den Kaiser in die Nähe des Banus Jellachich führe, und daß Jellachich, der Slave, nicht das „unterjochte" Wien befreien, sondern das befreite unterjochen solle. Und so war es in der That. Jellachich rückte immer näher, und war am 9. October nur noch eine Stunde von Wien entfernt. Die Bürgerschaft sah einem Bombardement entgegen, und sie kannte ihre Leute zu gut, als daß sie sich durch die Erklärung des englischen Gesandten: — man dürfe nach den Bestimmungen des Völkerrechts eine Stadt nicht bombardiren, in der sich diplomatische Corps des Auslandes befänden, hätte beruhigen lassen. Bereits am 10. October erwartete man einen Angriff; in der Stadt herrschte Zerrüttung und Anarchie, und der Sicherheitsausschuß mit dem Gemeinderathe waren in voller Thätigkeit. Die ganze Stadt wurde organisirt, und selbst der Landsturm aufgeboten, als man vernahm, daß auch Auersperg und Windischgrätz heranzögen, so daß es immer mehr Wahrscheinlichkeit gewann, daß das kaiserliche Manifest gegen Ungarn, die Abreise des Monarchen und das rasche Erscheinen des von den Ungarn geschlagenen Banus vor den Thoren Wiens in genauer Verbindung ständen. Aus diesem Gesichtspunkte war ein Angriff auf die Hauptstadt mit Sicherheit vorauszusehen. Vergebens erging von dem Reichstage an Jellachich die Weisung, sich vom österreichischen Boden zu entfernen; er berief sich auf den Befehl des Kaisers, der ihn gegen Wien gesandt, — der seine Hauptstadt einer Horde Barbaren preiszugeben beschlossen hatte. — Nun rüstete sich Wien zu ernstlichem Widerstande, Aula und Bürgerwehr bewaffneten sich, bildeten sich in reguläre Corps, fuhren Kanonen auf, und am 11. ließ der Gemeinderath 70,000 Patronen mit Kugeln fertigen. Kurz,

der Kampf der deutschen Revolution gegen die mit dem Slaventhum jetzt offen verbündete Hof- und Reactionspartei drängte in Wien zur Entscheidung, und diese Entscheidung sollte eine unerhört schauderhafte werden.

Vieles in der Geschichte dieser Wiener Schreckenszeit ist noch bis heute unerklärlich. Beide im offenen Kampfe mit einander befindlichen Parteien beriefen sich zugleich auf den Namen des Kaisers, und beide waren durch die Coalition verschiedenartiger und auf verschiedenartige Zwecke hinarbeitender Elemente gebildet. Die Militairmacht und das Slaventhum, welche noch im Juni im Prager Aufstande einander wüthend bekämpften, waren in dem Augenblicke unter dem Fürsten Windischgrätz, der vom Kaiser zum Oberbefehlshaber ernannt war, und Jellachich verbündet. Beide kämpften für die Gesammtmonarchie gegen die deutsche Freiheitsbewegung, nur mit dem Unterschiede, daß die servile Militair- und Hofpartei gegen das demokratische, die slavische Partei gegen das deutsch-nationale Element dieser Bewegung gerichtet war. Von der, aus allen deutschen Provinzen Oesterreichs verstärkten, bewaffneten Bevölkerung Wiens wurde dagegen Beides, die deutsche Sache und die Sache der Freiheit, vertheidigt, während die Magyaren sich ihr nur für den Augenblick angeschlossen hatten, um mit ihr vereint gegen die slavische Nationalität den Schlag zu führen. — Das war die Stellung der Parteien in diesem großen Kampfe; der Schauplatz aber, auf welchem er entschieden werden sollte, war folgender: — Rings um Wien herum lagerten in weitem Kreise Ruthenen, Massuren, Russinaken und Polen aus Galizien, Deutsche und Czechen aus Böhmen; und ehrliche Altösterreicher bildeten die Truppen, welche um Wien lagen. Weiterhin schwärmten die beweglichen Schaaren des Banus Jellachich: Illyrier mit ihren rothen Mützen, die Rothmäntler (Sereschaner), Croaten, zahlreiche Gränzer, und dazwischen Cavallerie und Artillerie der kaiserlichen Armee.

Die Fäden der ganzen Armee concentrirten sich in verschiede-

nen Brennpunkten, welche waren: — 1) der Reichstag und der von ihm gewählte Wohlfahrtsausschuß, welcher letztere in steter directer Verbindung mit allen bewaffneten Körpern und mit den Ereignissen selbst stand; 2) der Gemeinderath, welcher erst am 6. zusammengetreten war und viele radicale Elemente enthielt; 3) das Generalcommando der Nationalgarde, für die Organisation der bewaffneten Macht; 4) das Studentencomité, welches nicht allein die Angelegenheiten der Legion leitete, sondern von der ganzen Bevölkerung als Centralpunkt für wichtige Meldungen und Befragungen betrachtet wurde. Hierhin wandten sich die Arbeiter und Bürger um Munition, hierhin wurden alle Gefangenen, Kanonen, Bagagewagen, Cassen, die viertelstündigen Berichte vom Observatorium des Stephansthurms 2c., gebracht; 5) das Centralcomité der demokratischen Vereine, welches durch seinen Einfluß auf die zahlreichen Mitglieder der verschiedenen Vereine, dann durch Placate und Deputationen einen nicht unbedeutenden Antheil an der Leitung der Bewegung hatte. Daß im Hintergrunde auch noch heimlich agirt wurde, hat sich nachher nur zu deutlich gezeigt.

Auf Jellachich's Versicherung, „er sei nicht in feindlicher Absicht nach Wien gekommen, sondern um die Ordnung dort wiederherstellen zu helfen, und würde in dieser Beziehung mit seinen Truppen gerne den Reichstag unterstützen", wurde ihm bedeutet: — „er habe die Waffen niederzulegen und seine Schaaren dahin zurückzuführen, woher sie gekommen. Man bedürfe keiner Croaten in Wien, um das Werk der Freiheit und der Verfassung zu gründen". — Am 14. October traf eine Proclamation des noch in Prag befindlichen Fürsten Windischgrätz ein, worin er erklärte, er würde gegen die Anarchie in Wien zu Felde ziehen. Die Erbitterung in Wien stieg nun auf das Aeußerste, und schon fing man an, ungeduldig zu werden und den Reichstag der Mattigkeit anzuklagen. Und doch trat der Obercommandant der Wiener Bürgerwehr, Messenhauser, mit Umsicht und Energie auf. — Es ist bekannt, daß die von der

Centralgewalt abgesandten Bevollmächtigten, Welcker und Mosle, weder in Wien, noch in Ollmütz etwas ausrichteten, und daher unverrichteter Sache zurückkehrten. Viele Deutsche hatten wirklich einige Hoffnung auf Erfolg. Denn Niemand glaubte, daß der constitutionelle Kaiser, der „Gütige und Milde", der „Vater seines Volks", — der eine besondere Liebhaberei für die Flucht gehabt zu haben scheint, — wo es zu handeln, zu helfen und zu heilen galt, so recht mit Absicht sein Volk zu ruiniren und die Sache der Volksfreiheit, die Sache der Deutschen zu unterdrücken beabsichtige.

Am 15. October kamen Robert Blum und die übrigen nach Wien bestimmten Deputirten der Linken der deutschen Reichsversammlung in Breslau an, und reisten am 16. in Begleitung zweier Wiener Legionairs weiter. Blum erklärte hier in einer Rede: — „aus Wien entweder mit einer Siegesbotschaft heimkehren, oder dort unter den Kämpfern den Tod für die Sache des Volks suchen zu wollen". Und er hat Wort gehalten, wie ein Held! Am 18. October langte er in Wien an. —

Währenddem war auch Windischgrätz angelangt, erklärte am 21. October Wien in Belagerungszustand, und proclamirte das Standrecht. Beide Schritte erklärte der Reichstag am 22. für ungesetzlich, und der Gemeinderath erklärte an demselben Tage, daß er nicht in der Lage sei, die vom Fürsten eingesandten Placate zu veröffentlichen; an demselben Tage erschien auch Messenhauser's Verkündigung, daß Wien nebst Umgebung in Vertheidigungsstand gesetzt werden solle. Und an diesem Tage wurde Wien auch von dem diplomatischen Corps verlassen, so daß nun an einem Bombardement der Stadt nicht mehr zu zweifeln war.

Die Manifeste, welche der Kaiser erließ, von seiner Flucht in Wien an bis auf die aus Ollmütz, waren wahrhafte Versündigungen am Geiste der Zeit, am Geiste des Volkes. Wie sie die Bewegung in Wien verkannten, so vergriffen sie sich auch in den Mitteln, die tobenden Leidenschaften in das Bett des Friedens zurück-

zuführen. Es waren reactionäre Kundgebungen der schlimmsten Art, und als solche wurden sie vom Volke aufgenommen; sie steigerten die Erbitterung, ja sie rechtfertigten hinterdrein die Wiener Bewegung und legten auch dem blöderen Auge die Absichten des constitutionellen Kaisers oder seiner verderbten und verblendeten Camarilla gegen das Volk und seine Freiheiten klar vor Augen.

Waffengewalt war das einzige Mittel, zu welchem der Kaiser griff, und das Werk des Friedens wurde dem eignen Ermessen eines Windischgrätz anvertraut! Volksrechte und Militairdictatur sind zwei Begriffe, die auf einer Scholle der Erde nicht zusammen existiren können. Daß das zweite aus Ollmütz erlassene Manifest milder und weicher war, als das erste, besserte die Sache um nichts. Denn wenn ein constitutioneller Fürst in unseren Tagen, wenn ein Vater seiner Völker, wenn der Kaiser von Oesterreich, das sich in der kritischsten Lage von der Welt befindet, erst herumtappen mußte, um die rechten Saiten zu finden, die er anschlagen wollte, und wenn er vollends im ersten entscheidenden und am längsten nachwirkenden Augenblicke einen Ton anschlug, der eher an russische Ukase als an alles Andere erinnert, der dem Kanonendonner verwandter ist wie der sanften Friedensbotschaft, so mußte ein ungeheurer Riß zwischen Fürsten und Volk vorhanden sein. Dieser Riß war und ist der Absolutismus, der sich nicht lebendig begraben lassen will, und der, obschon ihn das Jahrhundert niederringt, immer und immer wieder in stets wechselnden Gestalten und Formen hervordrängt und seine Sache nicht verloren giebt, ob auch Posaunen ihn riefen zum Gericht der Vernichtung.

Am Morgen des 28. October begann das Bombardement der Stadt Wien. Am 30. Mittags capitulirte der Gemeinderath. Die Kanonen sollten an Windischgrätz ausgeliefert werden. Am Nachmittag verbreitete sich die Nachricht von dem Zuzug von 20,000 Ungarn; Windischgrätz sandte ihnen 15,000 Mann entgegen und schlug sie aufs Haupt. — Währenddem hatte der Gemeinderath,

auf Betrieb des Generals Bem, die Kanonen wieder zurückgenommen und die Feindseligkeiten wieder begonnen. Windischgrätz wandte sich daher wieder gegen die Stadt, der Kampf begann aufs Neue, und nun war an eine Vermittelung nicht mehr zu denken. Windischgrätz verfuhr mit einer unerhörten Barbarei, trefflich von Jellachich's Horden unterstützt, und selbst die liberale Czechenpartei äußerte sich mit aller Macht gegen die dem Fürsten Windischgrätz ertheilten, sogar über die Verfassung erhabenen Vollmachten. Es wurde nun Allen klar, daß dieser Schlag nicht gegen den Aufruhr, sondern gegen die Constitution gerichtet war. Selbst jene erwähnte Partei erklärte, die Bewegung in Wien sei eine antislavische, Windischgrätz aber habe sie zu einer politischen gemacht, und man sähe nicht ein, was die slavische Freiheit dadurch gewinnen könne, daß die ganze Freiheit überhaupt niedergedonnert, die Verfassung verletzt werde.

Am 1. November war die ganze Stadt in den Händen der Truppen, und sofort begannen Nachsuchungen in allen Häusern nach den genau bezeichneten „Rebellen". Die akademische Legion und die Nationalgarde wurden aufgelöst, und die Stadt auch hinfort unter dem Belagerungszustande gehalten. Den Zweck des Belagerungszustandes aber erklärte Windischgrätz dahin: — es sei dies kein anderer, als den Uebergang von der Anarchie zu dem geregelten constitutionellen Rechtszustande vorzubereiten. In der preußischen, in der sächsischen Kammer, in der Reichsversammlung hat man, wie fast überall in Oesterreich, die Sache mit anderen Augen angesehen; man konnte theils nicht finden, daß sich Wien durchweg im anarchischen Zustande befände, theils wollte man nicht glauben, daß ein geregelter constitutioneller Rechtszustand das wirkliche Ziel dieses Militairdespotismus sei. Endlich vermißte man auch jede Garantie dafür, daß die gefährdeten deutschen Interessen in Oesterreich nicht verletzt würden. Die Frankfurter Reichsversammlung beschloß daher, daß die Reichscommissaire das Ansehen der Cen-



tralgewalt zu voller Geltung zu bringen, die Interessen Deutschlands in Oesterreich zu schützen, und die Rechte der österreichisch-deutschen Völker kräftig zu wahren suchen sollten, so daß sich auf diese Weise die von Berlin und Dresden aus gestellten Forderungen begegneten. Daß diese Beschlüsse auf das Wiener Cabinet keinen Eindruck machten, ist nicht die Schuld der Reichsversammlung. Oesterreich hatte sich factisch schon längst von Deutschland losgesagt, und es fehlte der Centralregierung an der nöthigen Macht, um die Beschlüsse der Versammlung mit Erfolg zur Ausführung zu bringen. Am wenigsten vermochte sie die Gräuel zu hindern, welche von den zügellosen Söldlingen im Dienste eines rachsüchtigen Menschen, wie Windischgrätz, ausgeübt wurden, Gräuel, die jedes menschliche Herz empören mußten, Gräuel, die noch dazu durch den Namen „Ferdinands des Gütigen und Milden" sanctionirt waren, der, wie Windischgrätz sagte, die Stadt Wien drei Tage lang der Plünderung preisgegeben. Täglich Executionen, zum Theil mit raffinirter Grausamkeit ausgeführt, zum Theil förmlich auf eine Verhöhnung Deutschlands berechnet. Dahin gehört namentlich eine schauerliche That, die unter der Firma des Belagerungszustandes, die unter dem Schilde und Wappen des Standrechts in Wien verübt wurde. Robert Blum, der Abgeordnete Leipzigs zur deutschen Nationalversammlung, hatte, seinem Worte getreu, mit den Wienern zu stehen und zu fallen, auf den Wiener Barrikaden gekämpft gegen Windischgrätz; er hatte gekämpft, wofür er immer kämpfte, für das Volk und seine Freiheit — und am 9. November wurde er in der Brigittenau zu Wien auf Befehl Windischgrätz's erschossen! Der Tod versöhnt; eine heldenmüthige That, ein Opfertod ist Buße und Sühnung auch in den Augen derer, die ihn ob seines politischen Treibens antasteten, verleumdeten, verunglimpften. — Windischgrätz ließ in ihm einen Deutschen erschießen nach Standrecht. Das möchte zeitlich gerechtfertigt sein, wenn Blum nach Verkündigung des Standrechts im gewaltsamen Widerstande ergriffen ward.

Das Standrecht selbst ist damit noch nicht gerechtfertigt, so wenig wie diese ganze von der Reaction willkürlich herbeigeführte, genährte und bis zu offenem Bruche gesteigerte Wiener Bewegung. Aber Windischgrätz hat einen Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung erschießen lassen, ohne diese Versammlung dem Gesetze gemäß wegen der Anklage und Verhaftung zu befragen. Das Standrecht machte das deutsche Staatsrecht, welches sich das gesammte deutsche Volk durch seine frei gewählten Vertreter gegeben hatte, zu Schanden. Doch Windischgrätz wollte von einem Deutschland, das Deutsche auch in Oesterreich schützt, nichts wissen; er wollte nicht wissen, daß ein Abgeordneter zum deutschen Parlamente vorerst eben so unverletzlich ist, wie die Häupter von Gottes Gnaden. Das deutsche Parlament, die Centralgewalt, das deutsche Volk forderte Genugthuung für diesen Mord. Der Beschluß in der Reichsversammlung wurde einstimmig gefaßt, und ohne weitere Discussion, ein Beweis, daß es Dinge giebt, wo nicht mehr rechts und links gilt, sondern eine große Gesammterhebung im Geiste der Wahrheit statt hat.

Ich komme zu dem dritten Punkte, bei welchem die Reichsversammlung, offenbar durch einen Blick in die Zukunft und aus Rücksicht auf die Wichtigkeit Preußens für Deutschland bewogen, in den Augen der Nation sich einer bis zur Schwäche reichenden Rücksichtsnahme schuldig machte: — die preußische Verfassungsfrage.

Die als Gegengewicht gegen die Reichsversammlung, zur Vereinbarung der Verfassung berufene, am 22. Mai vom König von Preußen in Person eröffnete Nationalversammlung war, wie sich nicht leugnen läßt, in ihren Beschlüssen von Anfang an schwankend, und rechtfertigte keineswegs die Hoffnungen, welche das preußische Volk auf dieselbe gesetzt. Statt an dem Verfassungswerke zu arbeiten, vergeudete sie die Zeit mit elenden Formfragen und Spitzfindigkeiten. Doch es kann nicht meine Absicht sein, die traurige

Wirksamkeit dieser Versammlung zu verfolgen; ich gehe daher sogleich zu demjenigen Augenblicke über, in welchem diese Kammer zum ersten und einzigen Male ihre Stellung begriff und eine imposante Würde annahm, zu einer Zeit jedoch, als es in jeder Hinsicht zu spät war.

Als der Zwiespalt zwischen der Krone und der Nationalversammlung immer größer und unheilbarer wurde, als die letztere sich von ihrer Kleinigkeitskrämerei losmachte, um einen energischen Gang anzunehmen, schien mit einem Male der Absolutismus in Preußen aus seinem geheimnißvollen Dunkel wieder hervortreten zu wollen. Der Staat stand am Rande des Verderbens. Kraft der Oberhoheit von Gottes Gnaden wählte der König die Minister nach seinem Sinne, und verfügte über die Nationalversammlung wie über ein Stück Eigenthum, das man beliebig an einen andern Ort transportirt, das man beliebig ungebraucht läßt. Er zeigte der Bürgerwehr, daß sie „die Waffen von ihm habe" — er löste sie auf. Der Nationalversammlung stellte er das Militair entgegen. Er berief das Ministerium Brandenburg-Manteuffel, vertagte die Nationalversammlung und verlegte sie nach Brandenburg: — die erste Handlung des neuen, dem Volke aufgedrängten Ministeriums. Die deutsche Reichsversammlung schien sich den gewaltigen Ereignissen gegenüber zu einer größern Energie und Thatkraft zu ermannen, und mißbilligte officiell das Verfahren der preußischen Krone. Diese aber ließ sich nicht irren; sie bestand auf der Verlegung, weil die Nationalversammlung in Berlin nicht frei und ungestört verhandeln könne, — worüber doch nur die Versammlung selbst zu entscheiden hatte, — sie bestand so eigensinnig darauf, daß sie die Versammlung der Vertreter und Abgeordneten des Volks sogar durch Bajonette aus einander treiben lassen wollte. Da geschah es, daß die Nationalversammlung zu dem letzten, einzigen Mittel griff: — sie erklärte das Ministerium für unfähig, die Einkünfte des Landes zu verwalten. Die preußische Regierung und mit ihr die Reichs-

versammlung erklärte diesen Schritt für ungesetzlich. Aber ungesetzlich war er sicherlich nicht. Daß ein solcher Act die Staatsgesellschaft gefährdet, vermag Niemand zu leugnen. Aber das läßt sich von jeder allgemeinen Steuerverweigerung behaupten, und doch bildet sie als die Kehrseite der Steuerbewilligung ein ständisches Recht, und kann also aus dem Grunde der Staatsgefährlichkeit nicht angefochten werden.

Während man in Frankfurt über dieses Ereigniß noch hin und her berieth, und keinen Weg sah, der aus diesem Labyrinthe führte, zerhieb der König den gordischen Knoten mit dem Schwerte: — er erklärte die Nationalversammlung für aufgelöst, erließ aus eigner Machtvollkommenheit eine Constitution, und zwar eine solche, die Niemand unter diesen Umständen und unter solchem Ministerium erwartet hatte. Sie wäre, hätte man nicht fast überall Hinterthüren offen gelassen, — wäre ihre Fortbildung nicht durch ein engherziges Wahlgesetz auf's Höchste gefährdet, die freisinnigste Verfassung, welche gegenwärtig in Deutschland besteht, und könnte von allen Seiten mit gerechtem Jubel aufgenommen werden, klebte ihr nicht ein Makel an, der unvertilgbar ist: — der nämlich, daß sie ein aufgedrungenes Geschenk der Krone ist.

Die Reichsversammlung schwieg dazu, und sie hatte jetzt ohnehin alle Hände voll zu thun: — was sie früher versäumte, suchte sie jetzt durch doppelten Eifer wieder nachzuholen, und kaum verging ein Tag, an welchem nicht die wichtigsten Gesetze fast ohne alle Discussion angenommen wurden.

Am 18. Januar wurden von dem gesammten deutschen Volke (mit Ausnahme Oesterreichs) die „Grundrechte“ anerkannt und aller Orten gefeiert, scheinbar am Lauesten in Braunschweig; doch lag die Schuld weniger an dem guten Willen, als an dem Mangel frühzeitiger Vorbereitungen. Viele deutsche Regierungen erkannten ohne Weiteres die Verbindlichkeit dieser Grundrechte an, und namentlich gebührt der Regierung des Herzogthums Braunschweig die

Anerkennung, daß sie die Gültigkeit dieser Rechte nicht von irgend einer Vereinbarung abhängig machte, sondern dieselben durch den Beschluß der Reichsversammlung und die Genehmigung der Reichscentralgewalt als de jure und de facto eingeführt erachtete, und sie sofort zu Braunschweigischen Landesgesetzen erhob. Unsere Deputirtenkammer hat durch das Einführungsgesetz die Aufgabe bekommen, diejenigen Punkte, die einer vorherigen Neugestaltung der Verhältnisse bedürfen, binnen spätestens sechs Monaten zu erledigen, so daß wir Deutschen, und namentlich wir Braunschweiger, uns dann mit Stolz die freiesten Bürger der Erde nennen können. Wir haben in letzter Zeit wieder uns von dem aufrichtigen Eingehen unserer Regierung in die Wünsche des Volkes überzeugen können, und dürfen, bei der Zusammensetzung unserer Kammern, einer wahrhaft freien und soliden Verfassung entgegensehen. Zu befürchten ist nur, daß unser eignes unverständiges Festklammern an Stände und Zünfte, daß unsere eigenen Sonderinteressen auf die Wahlen einen nachtheiligen Einfluß ausgeübt haben können. Daß sämmtliche Abgeordnete rechtschaffene, von dem besten Willen beseelte Männer sind, läßt sich nicht bezweifeln. Aber gerade dieser Landtag, der durchaus ein constituirender sein wird, erfordert als Eigenschaften der Abgeordneten eine hohe geistige und politische Ausbildung, genügende Kunde der Gesetze und die Fähigkeit scharfsinniger Unterscheidung; sie erfordert ferner einen Blick, der, nicht in kleinliche Gewerksschranken eingeengt, nicht von egoistischen Standesinteressen geblendet, das große Ganze im Auge behält und im Stande ist, alle Verhältnisse in ihrem Zusammenhange und ihren gegenseitigen Beziehungen zu überschauen. Ohne Furcht, mißverstanden zu werden, — denn ich bin mir der besten Absicht bewußt, — spreche ich es hier aus, daß, so ehrenwerth und wichtig der Stand der Gewerbtreibenden und der Landleute ist, es doch offenbar gegen den allen Standesunterschied aufhebenden Geist der Zeit und gegen unsere Bedürfnisse handeln hieß, wenn bei den Wahlen nicht ausschließlich

auf die geistige und moralische Befähigung Rücksicht genommen, sondern das Hauptgewicht darauf gelegt wurde, ob ein Candidat dieser oder jener Kaste angehörte. Mit Kummer sehe ich voraus, daß die Folgen davon in unserer künftigen Verfassung nur zu sehr erkennbar sein werden. Wie gesagt, ich bezweifle bei Keinem den guten Willen, aber bei Manchem die Fähigkeit.

In mehreren deutschen Staaten machte die Regierung die Einführung der Grundrechte von einer Vereinbarung mit den Deputirtenkammern abhängig, so in Preußen und dem Königreich Sachsen; und in zwei norddeutschen Republiken, in Hamburg und Bremen, mußte die Einführung sogar dem Senate abgezwungen werden.

Aber trotz dieser Grundrechte kann ich nur mit trübem Blicke in die Zukunft schauen. Was die Deutschen zu Grunde richten wird, ist ihre Engherzigkeit, die den Blick nicht von der einzelnen Erdscholle losreißen kann. Dieselben Bestrebungen, welche Jahrtausende lang Deutschland zerrissen, machen sich auch in diesem Augenblicke noch geltend. Und gebe in diesem Falle nur Niemand den Fürsten die Schuld! Es ist an vielen Orten das Volk selbst, welches sich der Einigung Deutschlands hindernd in den Weg stellt, und noch in diesen Tagen erlebten wir es, wie die sächsische Deputirtenkammer durch einen unbesonnenen Beschluß sich gegen die Reichsversammlung empörte und den Wünschen des ganzen übrigen deutschen Volkes feindlich entgegenstellte. Es handelt sich um die Einsetzung einer definitiven Centralregierung für Deutschland. Allem Anschein nach wird in Frankfurt ein Kaiser, und zwar ein erblicher, ernannt werden. Wohin Deutschland dadurch, daß es ein Wahlreich gewesen, gekommen ist, lehrt die Geschichte: — zur Zerstückelung, zur Ohnmacht; und Oesterreichs Beispiel zeigt, wohin das Bestreben der Wahlkaiser gerichtet gewesen ist: — nicht auf die Erhaltung des Ansehens des Gesammtreiches, sondern auf die Vergrößerung ihrer Hausmacht. Ein erblicher Kaiser wird dagegen nothwendig so gänzlich mit dem Reiche eins werden, daß sein

Interesse mit dem des Reiches völlig zusammenwächst. — Eine Trias, ein Turnus unter den drei Hauptmächten, würde nur die üblen Folgen eines Wahlreichs haben, ohne dessen Vorzüge zu gewähren. — Daß die ganze Lage der Dinge aber Preußen, als die stärkste Macht, an die Spitze Deutschlands gebieterisch ruft, wird kein Hellsehender in Abrede stellen können. Die Wahl konnte nur zwischen Preußen und Oesterreich schwanken. Aber Oesterreich — Volk und Regierung — haben sich förmlich von Deutschland losgesagt, ja die Regierung stellt sich sogar durch ihre Einsprache gegen eine Kaiserwahl dem übrigen Deutschland feindselig entgegen, während das preußische Volk entschieden deutsch ist, und der preußische Staat, wie Deutschland nicht ohne ihn, so er nicht ohne Deutschland bestehen kann.

Gebe Gott denen, in deren Händen das Schicksal Deutschlands liegt, Erleuchtung und guten Willen. Wir Deutsche aber wollen uns nicht zu einem Spielball der Eitelkeit dieses oder jenes Volksstammes herabwürdigen lassen, und wo die Noth und das Beste des Vaterlandes es erheischen, da wären wir ungeartete Söhne desselben, wenn wir persönliche Zuneigung oder Abneigung irgend vorwalten lassen wollten. Von allen Seiten bedroht, bleibt uns nur eine einzige Rettung: — und diese ist die Einheit und Einigkeit des Vaterlandes. Wie wichtig dieselbe ist, lehren uns die Angst und die Versuche des Auslandes, sie zu hintertreiben. So unbedeutend das zerstückelte Deutschland war, so sehr fürchtet jenes die überwiegende Gewalt des in Ein Reich vereinigten Deutschlandes, das um so stärker dastehen wird, weil durch das Bestehen der Einzelstaaten die entnervende Centralisation anderer Länder bei uns keinen Eingang finden kann.

Darum, was die Einheit fördert, was diese sichert, sei uns willkommen; und — wen unsere Vertreter in Frankfurt auch an die Spitze des deutschen Reiches stellen mögen: — er sei willkommen, denn wir können überzeugt sein, daß die Wahl eine gute, daß

sie eine solche sein werde, welche unserm Vaterlande eine große Zukunft verbürgt. Haß also und Verachtung allen kleinlichen separatistischen Umtrieben, Haß jedem, der sich diesem Ziele entgegensetzt, und wäre es der Gewählte selbst; Haß und Verachtung aber auch allen Machinationen der Eitelkeit.

Thöricht aber ist es, aus der Privatmacht des künftigen Reichsoberhauptes Besorgnisse für die Volksfreiheit und für unsere freien Institutionen zu schöpfen. Welche materielle Macht das künftige Oberhaupt Deutschlands auch besitzen möge, nie kann es willkürlich über Deutschlands Schicksal entscheiden; die wahre Gewalt besitzt es nur so lange, als es sich an die Spitze der Wünsche des gesammten Volkes stellt, sich mit den Gesinnungen und Empfindungen desselben identificirt und ihm zu dem Ziele, welches das Volk erreichen will, voranschreitet; bekämpft dagegen eine Regierung die Ideen und Wünsche der Nation, so bringt sie stets die ihren Absichten entgegengesetzten Resultate hervor.

Stellt Euch, Ihr Fürsten der Erde, an die Spitze der Ideen der Zeit, und diese Ideen werden Euch nachfolgen und Euch stützen; geht hinter ihnen her und sie reißen Euch mit sich fort; tretet denselben feindlich entgegen und sie stürzen Euch zu Boden!

Druck von Gebrüder Meyer.

